DER HAUPTSTADTBRIEF

117. Ausgabe | 2013 INFORMATIONS- UND HINTERGRUND-DIENST AUS BERLIN 15. Jahr | 5 Euro

FOTOLIA/VRD; FOTOLIA/MORPHART; MONTAGE: HSB/MS

Jede Stimme für die Eurorettung

Qual der Wahl 2013: Um welchen Preis will ich den Euro gerettet sehen? Um jeden Preis? Koste es, was es wolle? Mit Eurobonds, Einlagensicherung, Marshallplan, Solidaritätsbeitrag? Mit Pauken und Trompeten? Keine leichte Wahl für Deutschlands Wähler.

Werner Weidenfeld: Der Wahlkampf der Schweigsamen

Brun-Hagen Hennerkes: Das neue Wahlrecht schwächt den Bundestag

Dietrich Murswiek: Die EZB verstößt gegen das Demokratieprinzip

Daniel D. Eckert: Mit dem Papiergeld kam die Staatsverschuldung

ISSN 2197-2761

degewo
Mehr Stadt. Mehr Leben.
Fairness: wohnt bei degewo.
Faire Mieten. Fair Bauen. Fair Modernisieren.
Wohnen ist Leben – kein Renditefaktor. Jedenfalls für uns. Deshalb sorgen wir für stabile Mieten, sanieren energetisch und bauen neue Wohnungen. Knapp 500 bringen wir bis 2014 auf den Weg, weitere 3000 sind bis 2020 geplant. Das degewo-Prinzip: Fairness
Erfahren Sie mehr unter:
fairness-wohnt-bei-degewo.de
Für faires Wohnen.

DER HAUPTSTADTBRIEF 117

5 Editorial
Bruno Waltert: Wahlspekulationen

6 Der Wahlkampf der Schweigsamen
Werner Weidenfeld: Die große Stille zur Antwort auf die Zukunftsfragen der Republik

12 Das neue Wahlrecht schwächt die demokratische Qualität des Bundestages
Brun-Hagen Hennerkes: Im nächsten Bundestag könnten die Listenkandidaten überwiegen

17 Was es kostet, wenn Wahlprogramme Wirklichkeit werden
Johannes Hers: In den Niederlanden rechnet das Forschungsinstitut CPB die Auswirkungen von Parteivorhaben durch

22 Von den Niederländern können unsere Politiker etwas lernen
Reiner Holznagel: Eine von allen Seiten akzeptierte Analyse wie in den Niederlanden gibt es in Deutschland nicht

25 Wer regieren wird, steht in den Sternen
Die neuesten forsa-Umfragewerte

26 Die Bürger sind hungrig nach Informationen zur Euro-Rettungspolitik
Claudia Mast: Die meisten Menschen fühlen, dass sie die Rechnung für die Eurokrise bezahlen müssen

28 Aus den Medien
Pressespiegel: Was Unternehmer, Wissenschaftler und Journalisten zur Eurorettung sagen

33 Staatsanleihenkäufe der EZB: Verstoß gegen das Demokratieprinzip
Dietrich Murswiek: Zentralbanker maßen sich Entscheidungen an, die Haushaltsrisiken zwischen den Eurostaaten umverteilen

42 Wie teuer ist „Zeit kaufen“?
Philipp Bagus: Die Gewinner des Zeitkaufens sind nicht mit jenen identisch, die die Kosten dafür tragen

44 Impressum

46 Mit dem Papiergeld kam die Staatsverschuldung
Daniel Eckert: Das Experiment mit dem Geld aus dem Nichts steht auf der Kippe

52 Ein Primärüberschuss, Herr Professorin!
Marko Martin: Wie EU-kompatibler Nebelsprech jegliche Vernunft ausmanövriert. Eine Polemik

54 Die 15 Techniken der verdeckten Besteuerung
Jörg Guido Hülsmann: Die Steuerpropaganda von heute hätten die klassischen Ökonomen wohl kaum für möglich gehalten

60 Durch Steuererhöhungen zu Mindereinnahmen
Hans-Georg Jatzek: Ein Praxisbeispiel aus Frankreich, das zu denken gibt

65 Lasst uns die Energiewende revidieren
Dieter Ameling: Die globale Erwärmung macht Pause. In der Energiepolitik müssen wir völlig umdenken

68 Grüne Glaubenskrieger
Roland Tichy: Viele Grüne sind nicht mehr verhandlungsfähig – Symptom einer neuen politischen Religion. Die fremde Feder

71 Energiesicherheit ist ein unterschätzter Sicherheitsfaktor
Zum ersten Mal beriet eine Sicherheitskonferenz, wie die Nachfrage nach Energie zu befriedigen – und zu sichern ist

74 Wen lassen wir eigentlich ins Land?
Hans Kremendahl: Zur Frage der Asylpraxis ein Plädoyer für klare Linien und differenzierte Lösungen

79 Von Träumen und gelebter Freiheit
Irena Nalepa: Meret Oppenheim war eine der mutigsten Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts

Warum von der Stange buchen, wenn es auch nach Maß geht?

Denken Sie um, steigen Sie ein.
Und wählen Sie aus unseren drei Tarifen BASIC, SMART und BEST genau den Flug, der zu Ihnen passt.

AB
33 €*
INKL. MEILEN
+ Aufpreis bei Gepäckaufgabe im BASIC-Tarif

Lufthansa Group

germanwings

*Preis pro Flugstrecke und Person inklusive Meilen. Begrenzte Sitzplatzkontingente. Bei Zahlungen, die nicht per Lastschrift getätigt werden, entstehen Zuschläge. Dies gilt ebenso bei Aufgabe von Gepäck. Es gelten die Allgemeinen Beförderungsbedingungen.

ANDREAS SCHOELZEL

Bruno Waltert
Herausgeber

Wahlspekulationen

Wenige Tage vor der Bundestagswahl vom 22. September 2013 steht die Frage im Vordergrund: Wer wird in den nächsten Jahren Deutschland regieren? Klar scheint nur, dass die Union die stärkste Fraktion stellen wird. Aber sie braucht zur Regierungsbildung die FDP. Ob die es aber in den neuen Bundestag schafft, ist derzeit ungewiss.

Bliebe die FDP unter der Fünfprozentgrenze, gäbe es – selbst wenn die Kanzlerin weiterhin Angela Merkel hieße – eine Politik mit anderen Schwerpunkten. Das Abschneiden der FDP ist also am 22. September von richtungsbestimmender Bedeutung. Was könnte dazu führen, dass es den Liberalen dieses Mal doch gelingt, die Fünfprozenthürde zu überspringen? Es gibt da eine Spekulation, dass die Liberalen es bei der Bayerischen Landtagswahl – wie schon 1994, 1998 und 2003 – auch 2013 nicht ins Maximilianeum schaffen.

Ziert den Euro: die Eule der Athene, Wahrzeichen Griechenlands.

Das könnte für alle, die sich im Bund weiterhin Schwarz-Gelb wünschen, ein Schock sein. Und Wahlmüde oder noch Unentschlossene unter ihnen veranlassen, der FDP am 22. September ihre Stimme zu geben. Deren Zweitstimmen-Kampagne verfinge außerdem zusätzlich. Kämen die Liberalen danach im Bund auf mehr als fünf Prozent, könnte Kanzlerin Merkel ihre schwarz-gelbe Koalition in der neuen Wahlperiode fortsetzen. So wie sie es sich ja auch wünscht.

Ob diese Spekulation aufgeht, muss sich zeigen. Sie hat aber einiges für sich. Allerdings muss man auch sehen, dass es bei der aktuellen Bundestagswahl einige Sondereinflüsse gibt, die manche Spekulation zunichte machen könnten. So fördert die Eurorettung eine zunehmende Neigung der Deutschen zur Wahlverweigerung oder Protestwahl – zuletzt fühlten sich die Bürger über erneute Hilfszahlungen an Griechenland schlecht informiert. Die Professorin Claudia Mast beschreibt das Phänomen in diesem Heft.

Ein Beitrag über den „Wahlkampf der Schweigsamen“ legt dar, warum die politischen Parteien den Antworten auf die Zukunftsfragen verweigern. Hinzu kommt das neue Wahlrecht, das die demokratische Qualität des Bundestages schwächen wird. Wer immer tatsächlich ins Parlament einziehen wird – bis zum Abend des 22. September bleibt doch alles offen.

Ihr

Bruno Waltert

BUNDESTAG.DE

Prof. Dr. Dr. h. c. Werner Weidenfeld ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München. Für den HAUPTSTADTBRIEF beschreibt er das Beschweigen und Verschweigen aller echten Probleme, das den Bundestagswahlkampf 2013 auszeichnet – und findet bei Machiavelli eine Erklärung dafür.

Der Wahlkampf der Schweigsamen

Hinter der Routine-Rhetorik der Wahlkämpfer entdeckt der Beobachter die große Stille zur Antwort auf die Zukunftsfragen der Republik | Von Werner Weidenfeld

Künftige Historiker werden den Bundestagswahlkampf 2013 in das Buch der Rekorde eintragen. So dicht hat sich noch nie ein Profil der Langeweile über die Republik gelegt. Wahlen waren seit 1949 meist Momente der dramatischen Zuordnung, der Entscheidung über große Zukunftsbilder, der aufgeregten Autosuggestion, der scharfen inhaltlichen und personellen Konflikte. Damals fanden bis zu mehr als 90 Prozent der stimmberechtigten Bürger den Weg an die Wahlurne.

Dieses gesellschaftliche Modul wird seit geraumer Zeit nicht mehr gepflegt; es existiert nicht mehr. Bestenfalls löst ein situativer Event der Society ein Augenblicks-Momentum der Aufmerksamkeit aus, woran man sich spätestens Übermorgen meist kaum noch erinnern kann. Sollte sich von Ferne eine ernsthafte Frage andeuten, dann wird sie sofort mit aufgeregter Rhetorik in die Sphäre der Banalitäten versetzt. Das Gelächter über merkwürdige Wahlplakate und skurrile Versprecher und die Fehltritte in Fettnäpfchen – dieses Phänomen blieb das markanteste Zeichen des Wahljahres 2013.

Bildlich gesprochen: Das Verteilen von Schlaftabletten schien zur wichtigsten Aktion der Vorwahlzeit geworden zu sein. Die Analytiker erklärten die „Demobilisierung“ zur Schlüsselkategorie – mal mit dem Zusatz „asymmetrisch“, mal „symmetrisch“. Die mediale TV-Vermittlung der Politik erfolgte mehr und mehr in den Event-Kategorien von Comedy, Show, Klamauk. Sanfte Wattierungen werden zusätzlich immer wieder angeboten, um jeder harten Kante des politischen Lebens ihre schmerzhafte Schärfe zu nehmen. Da die Geländer zur Wegesicherung im Nebel verschwunden sind, ist die Zahl der Unentschlossenen und Wahlverweigerer entsprechend deutlich gewachsen.

> *„Gemein ist allen Themen: Es handelt sich um monetäre Details, um Zuschüsse, Gebühren und Steuern.“*

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland griff der Bundespräsident – offenbar tief besorgt über diese Entwicklung – massiv in den Wahlkampf ein: Er forderte die Parteien auf, sich nun inhaltlich zu äußern, endlich anzugeben, in welche Richtung welche Weichen in der Republik gestellt werden sollten. Aber, so dramatisch diese Aufforderung und dieser Zuspruch des Bundespräsidenten auch war: Jede Wirkung blieb aus. Inhaltliche Schweigsamkeit prägte weiterhin die Szene.

Wie ist das zu erklären? Was steckt dahinter? Warum gibt es einen Wettlauf ausgerechnet der höchst Schweigsamen in die Ämter der Macht?

Zur Klärung muss man sich zunächst die Stichworte der Wahlprogramme und der Wahlreden vor Augen halten: Mindestlohn, Strompreis-

PICTURE ALLIANCE/PHOTOSHOT

TV-Zweikampf der Spitzenkandidaten der größeren Parteien (auf dem Monitor: Angela Merkel, CDU, und Peer Steinbrück, SPD): Bestenfalls löst ein situativer Event ein Augenblicks-Momentum der Aufmerksamkeit aus, woran man sich spätestens Übermorgen meist kaum noch erinnern kann.

senkung, Rentensteigerung oder -senkung, Krankenversicherungsbeiträge, Kindergeld, Pkw-Maut, Länderfinanzausgleich, Mietpreise, Solidaritätszuschlag, Steuererhöhung und Steuersenkung. Diese lange Liste ließe sich geradezu beliebig fortsetzen. Gemein ist allen Themen: Es handelt sich um monetäre Details, um Zuschüsse, Gebühren und Steuern. Jeder mag seinen Geldbeutel schütteln und prüfen, bei welcher Partei er am besten gefüllt wird. Die Lupe, die sich auf die Geldscheine im eigenen Geldbeutel richtet wird zum elementaren Prüfinstrument in Wahlzeiten. Die Erfahrung aus der Beobachtung früherer Wahlen aber zeigt, dass man damit keine Wählerbewegungen auslöst.

Der Wähler ist offenbar rationaler und klüger, als es der Horizont des schlichten Wahlkämpfers wahrzunehmen in der Lage ist. Es gehört ja zur Tradition der Parteiengeschichte, solche monetären Versprechungen nach der Wahl nicht einzuhalten, sie schnell zu den Akten zu legen, manchmal sogar das Gegenteil in Regierungsverantwortung zu beschließen. Die finanziellen Minimalia gehen den Menschen, die sich existentielle Fragen stellen, offenbar nicht unter die Haut. Aber entscheidend kommt hinzu: Man glaubt den Versprechungen der Politiker nicht. Sie haben bisher sowieso nicht Wort gehalten. Das frühere öffentliche Gut des Vertrauens ist aufgezehrt.

Im jährlich ermittelten Trust Barometer nimmt Deutschland den Spitzenplatz in der Misstrauensskala ein. Entsprechend tief ist das Ansehen der Politiker gesunken. Ganze 6 Prozent der Bevölkerung begegnen diesen Wahlkämpfern noch mit Achtung und Respekt (Institut für Demoskopie Allensbach). In der Misstrauensgesellschaft ist kein Platz für die ernsthafte Erfassung monetärer Detailankündigungen. Diese Routine-Rhetorik der Wahlkämpfer vermittelt Töne aus der Routine des Event-Business – aber dahinter entdeckt der sensible Beobachter die große Stille zur Antwort auf existentielle Fragestellungen, die Schweigsamkeit zu den Zukunftsfragen der Republik.

Wer schweigt, kann später zu seinen Aussagen auch nicht zur Rechenschaft herangezo-

◀ BINDER **ULTRA**.GUARD™
-86 °C Ultra- Tiefkühlschrank
zur Langzeitlagerung von Proben

Unter den vielen bemerkenswerten Eigenschaften eines BINDER Simulationsschrankes gibt es eine, die uns besonders auszeichnet: die Präzision. Zwischen - 86° und 300° Celsius arbeiten unsere Schränke besonders genau und liefern erstklassige Ergebnisse. Jeder einzelne Schrank erfüllt dabei einen Teil unserer Mission: Die Gesundheit und Produktqualität für die Menschheit zu erhöhen. Als international agierendes Familienunternehmen sind wir seit Jahren der weltweit größte Spezialist unseres Fachs.

BINDER GmbH | Im Mittleren Ösch 5 | D-78532 Tuttlingen
Telefon: 07462/2005 0 | www.binder-world.com

BINDER
Best conditions for your success

gen werden. Schweigsamkeit kann den Weg zum machtpolitischen Erfolg ebnen. So hofft man. Viele Bilder und Sentenzen der Kulturgeschichte beschreiben als Weg zum Erfolg das Beschweigen, das Verschweigen, das Verstummen. Auf Sizilien gehörte es über Jahrhunderte geradezu zur Überlebensphilosophie. Bei solchen machtpolitischen Kernfragen nach dem Erfolg mag manch einer immer wieder bei

PICTURE ALLIANCE/DPA/HANNIBAL HANSCHKE

TV-Dreikampf der Spitzenkandidaten der kleineren Parteien (v.l.n.r. Gregor Gysi, Linke, Rainer Brüderle, FDP, Jürgen Trittin, Grüne): Die mediale TV-Vermittlung der Politik erfolgt mehr und mehr in Event-Kategorien und verbirgt die Schweigsamkeit zu den Zukunftsfragen.

Niccolò Machiavelli nachschlagen. Man muss geradezu vermuten, dass ein Wahlkämpfer Il Principe und die Discorsi unter dem Kopfkissen liegen hat. Machiavelli hat dazu aufgefordert, „Teile nur wenigen mit, was du ausführen wirst“. Diese Weisheit ist offenbar bis ins Wahljahr 2013 zur politischen Perfektion fortentwickelt worden: Teile niemandem mit, was du ausführen wirst. Der Preis dieses methodischen Vorgehens der Politik ist aber hoch. Der potentiell machtpolitische Gewinn wird bezahlt mit dem Abtauchen vor den Lösungsstrategien existentieller Fragen, die der Republik eine positive Zukunft eröffnen würden. Halten wir uns einige Beispiele solcher zukunftsstrategischer Existenzfragen vor Augen:

- Die Demographie des Landes verlangt weitgehende Korrekturen bisheriger sozialer Kompositionen. Die Eingrenzungen von Jung, Reif und Alt, die über Jahrhunderte gewachsen waren, sind nun überholt. Die Fixierung des Rentenalters beispielsweise stammt noch aus längst untergegangenen Zeiten. Gesellschaftliche Mitverantwortung ist ganz neu zu ordnen. Dies wird verschärft durch weltweites Bevölkerungswachstum und durch internationale Generationsverschiebungen, bei denen Gesellschaften mit ungewöhnlich hohem Altersschnitt neben Gesellschaften mit ungewöhnlich niedrigem Altersschnitt existieren. Diese verschieden sozial komponierten Gesellschaften stehen in ökonomischem und kulturellem Wettbewerb zueinander.

- Die Globalisierung hat die Bundesrepublik Deutschland nun tief in die Arena internationa-

ler Konflikte einbezogen. Wie die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, in der Arabischen Welt, in Südostasien geregelt werden, davon werden soziale Sicherheit, Energieversorgung, wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland abhängen. Die Suche nach dem Angebot eines Konzepts weist auf: Fehlanzeige.

- Ein Schlüssel zur künftigen Lösungsstrategie liegt in der Zukunftsgestaltung des europäischen Kontinents. Dazu kennen wir ein situatives Krisenmanagement, das die Zustimmung fast aller relevanten Parteien findet, und die Bürger durchaus beeindruckt. Aber wie die zukunftsfähige Architektur aussehen und dann erreicht werden soll – dies wird mit Schweigsamkeit unterfüttert.
  Die Europäische Union wird künftig neben der Komplettierung der Wirtschafts- und Währungsunion mit ihrer Außen- und Sicherheitspolitik in die explosiven Spannungsfelder weltpolitischer Mitverantwortung einbezogen. Dabei werden drei große Problemkategorien nach politischen Antworten verlangen: Legitimation, Transparenz, Führungsstruktur.

- Die Digitalisierung des Lebens hat einen anderen Aggregatzustand des Politischen geschaffen. Die Geschwindigkeit des Datentransfers hat sich drastisch gesteigert. Gleichzeitig sind die Daten kontextlos geworden – und nur schwer begreifbar. Das Orientierungswissen fehlt, um die Daten einzuordnen und zu deuten. Die Cyberattacke gehört zum Alltag und damit der gefährliche Angriff auf ein Gut, das in keiner anderen Gesellschaft einen solch hohen Stellenwert besitzt, wie in Deutschland: die Sicherheit.

Auch diese Liste der Existenzfragen der Republik ließe sich fortsetzen. Aber zu alledem ist im Wahlkampf nur ein Phänomen zu beobachten: die Schweigsamkeit. Alle inhaltlichen Grundsatzthemen werden beschwiegen. Dabei bleibt außer acht, worum es eigentlich in der Politik geht, was das Eigentliche des Politischen ausmacht: das Ringen um die Idee der Gestaltung menschlichen Zusammenlebens. Politik bezieht ihre Vitalität nicht aus Gebühren und Zuschüssen, sondern aus einem normativen Horizont.

Man kann der Politik vor diesem Hintergrund für künftige Wahlen durchaus einen Rat geben: Die aktuellen Performances eröffnen im Blicke auf das jeweilige Wahlergebnis den Blick auf die Logik des Glücksspiels. In der höchst fluiden Wählerschaft, die ein liquid voting praktiziert und in der ein Stammwähler inzwischen zu einer exotischen Minderheit zählt, gewinnt derjenige, der in den Augenblicken vor der Wahl gute situative Aufmerksamkeiten zu bieten hat. Dann rollt die Roulette-Kugel in das richtige Feld.

> *„In der Misstrauensgesellschaft ist kein Platz für die ernsthafte Erfassung monetärer Detailankündigungen."*

Von solchen Zufälligkeiten kann sich diejenige Politik jedoch unabhängig machen, die existentielle Zukunftsfragen benennt und dazu strategische Zukunftsperspektiven bietet. Das strategische Zukunftsnarrativ eröffnet das Potential, smart power zu erringen. Der Wahlkämpfer sollte auch einmal die Bücher des Niccolò Machiavelli zur Seite legen und statt dessen zu Quintus Tullius Cicero greifen. Er hat in einem Brief an seinen berühmten Bruder Marcus Tullius Cicero Konzepte der Wahlkampfführung beschrieben. Dabei lautet ein Schlüssel zum Erfolg: Hoffnung wecken! Also sollte der Wahlkämpfer statt im Sinne des Machiavelli die Existenzfragen zu beschweigen, Hoffnung auf die Zukunftslösung wecken.

Man sollte also die Zuversicht nicht aufgeben, dass die großen inhaltlichen Schweiger des Wahlkampfes dann nach der Wahl zu den Schöpfern von smart power werden – den großen Deutern der komplizierten Lage und den großen Lösern der Zukunftsprobleme. Auch unter den Schweigern ist nie das letzte Wort der Geschichte gesprochen. ◆

SIXT rent a car

Sixt ist ein Berliner!

(Günstige Mietwagen gibt es 18x in Berlin und über 4.000x weltweit)

www.sixt.de

the *spirit* of mobility

STIFTUNG FAMILIENUNTERNEHMEN

Prof. Dr. Dr. h.c. Brun-Hagen Hennerkes
ist Vorstand der Stiftung Familienunternehmen.
Für den HAUPTSTADTBRIEF nimmt er das neue Wahlrecht unter die Lupe.
Was er sieht, sind immer weniger Abgeordnete,
die souverän gewählt auch souverän entscheiden.

Das neue Wahlrecht schwächt die demokratische Qualität des Bundestages

Das Selbstbewusstsein der Direktmandatsträger stärkt naturgemäß die Demokratie. Im nächsten Bundestag könnten aber die Listenkandidaten überwiegen. Das verheißt weniger Entscheidungsfreiheit | Von Brun-Hagen Hennerkes

Die Ausgestaltung des Wahlrechts in seinen Einzelheiten entscheidet stets auch über Fragen von Macht und Einfluss der verschiedenen Parteien. Wenn am 22. September 2013 die Bürger ihren Stimmzettel in die Wahlurne geworfen haben, dann werden die Parteien dieses Mal in doppelter Weise von dem geänderten Wahlrecht profitieren; zum einen über zusätzliche Sitze im Parlament und zum anderen über eine stärkere Einwirkungsmöglichkeit auf ihre Abgeordneten. Umso mehr wundert es, dass sich die Öffentlichkeit, aber auch die Medien bisher so wenig mit den konkreten Auswirkungen des am 22. September erstmals geltenden neuen Bundestagswahlrechts befasst haben.

> *„Das neue Wahlrecht wird mehr Volksvertreter in den Bundestag bringen, die den Zumutungen ihrer Parteien ausgesetzt sind."*

Unter anderem können die Parteien darauf hoffen, selbst dann eine größere Zahl von Abgeordneten in den Bundestag zu entsenden, wenn sie im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 an Stimmen verloren haben. Aufgrund des geänderten Wahlrechts wandeln sich dieses Mal Wahlverlierer in Wahlgewinner.

Um gut 60 Sitze könnte das neue Parlament nach den Wahlen aufgestockt werden müssen. Doch die Erwartung, dass die gestiegene Zahl der Mandatsträger künftig zu einem vergrößerten Einfluss jedes einzelnen Abgeordneten auf die von ihm zu treffenden Parlamentsentscheidungen und damit zu einem Mehr an Demokratie führen wird, könnte sich als trügerisch erweisen: Mit wachsender Abgeordnetenzahl werden politische Themen immer kleinteiliger zerlegt, so dass der Überblick über das große Ganze erschwert wird. Immer mehr Parlamentarier müssen sich dann begrenzte Redezeiten untereinander aufteilen, da es an einem gleichzeitigen Zuwachs interessanter Berichterstattungsthemen ebenso fehlen wird wie an weiteren parlamentarischen Leitungsämtern. Damit wird es für den einzelnen Abgeordneten schwieriger, Profil zu gewinnen. Vereinzelt sind die parlamentarischen Fachgruppen bereits heute dazu übergegangen, Beratungen in kleinere und damit debattenfähigere Gremien zu verlegen. Kurz: Der einzelne Volksvertreter ist dabei, an individuellem Standing gegenüber seiner Partei und damit an politischem Gewicht im Parlament zu verlieren.

Wie ist das neue Wahlrecht entstanden und wie kann es zu einer Vergrößerung des Parlaments kommen? Bisher saßen 598 Abgeordnete

PICTURE ALLIANCE/DPA/ SOEREN STACHE

Schon jetzt ist der Bundestag groß (im Bild die Sitzung vom 3. September, die letzte vor der Bundestagswahl). Durch das neue Wahlrecht droht eine Aufblähung um 60 Sitze. Nur noch die Abgeordnetenhäuser in Nordkorea (687) und in China (2987) besäßen dann mehr Sitze als wir – eine schon im Hinblick auf die hohen Zusatzkosten für den deutschen Steuerbürger wenig erfreuliche Entwicklung.

im Bundestag, so die Ausgangslage. Aus 299 Wahlkreisen zieht zunächst immer der per Erststimme gewählte Kandidat ins Parlament ein. Weitere 299 Abgeordnete gelangten über die Listen der Parteien in den Bundestag. Diese Mandate werden, soweit sie nicht durch die gewonnenen Direktmandate ausgeschöpft sind, nach den Zweitstimmen-Anteilen verteilt, welche die Parteien insgesamt errungen haben.

Ist es einer Partei gelungen, in einem Bundesland mehr Direktmandate zu gewinnen, als ihr nach dem Verhältnis der Zweitstimmen zustehen, so greift eine Spezialität des deutschen Wahlrechts, wonach die Partei diese sogenannten Überhangmandate behalten darf. Hierdurch werden Stimmsiege innerhalb einzelner Wahlkreise besonders honoriert.

Bei der letzten Bundestagswahl hat allein die Union von dieser Regelung profitiert. Der Bundestag vermehrte sich damals um 24 Sitze, die sämtlich der CDU/CSU zufielen. Das lag, vereinfacht ausgedrückt, daran, dass die Union zwar ein relativ schwaches Zweitstimmen-Ergebnis einfuhr, andererseits jedoch bei den Erststimmen vielfach als Sieger das Feld verließ. In den drei Bundestagswahlen zuvor hatte der Hauptnutzen der Regelung noch bei der SPD gelegen.

Nach dem neuen Wahlrecht sollen künftig alle politischen Farben von den Überhangmandaten einzelner Parteien profitieren. Erringt zum Beispiel die CDU ein Überhangmandat, so erhält ihre politische Konkurrenz hierfür entsprechende Ausgleichsmandate. Das führt dazu, dass der nächste Bundestag aufgebläht wird – in welchem Umfang ist allerdings vor der Wahl ungewiss. Die Prognosen schwanken. Es könnte sich hierbei nur um zehn Sitze handeln, wie einige Wahlexperten prophezeit haben. Möglich ist aber auch eine Erhöhung um 50 bis 60 Sitze,

wie es viele Parlamentarier erwarten. Damit läge Deutschland dann in der weltweiten Liga aller Volksvertretungen in der Spitzengruppe. Nur noch die Abgeordnetenhäuser in Nordkorea (687) und in China (2987) besäßen dann mehr Sitze als wir – eine schon im Hinblick auf die hohen Zusatzkosten für den deutschen Steuerbürger wenig erfreuliche Entwicklung. Insofern ist es erstaunlich, dass das neue Wahlrecht quasi im Schnellzugtempo den Bundestag passiert hat.

Das gilt insbesondere für die Union, bei der ausweislich des Parlamentsprotokolls allein der Abgeordnete von Stetten – seines Zeichens Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand – mit „Nein" gestimmt hat. Dabei hätte gerade die Union Anlass zu Widerspruch gehabt. Sollte sie nämlich wie bei den Bundestagswahlen 2009 abermals eine hohe Zahl von Direktmandaten erringen und erneut bei den Zweitstimmen weniger gut abschneiden, so würden gerade die kleinen Parteien profitieren, da diese nach der neuen Regelung Ausgleichsmandate erhalten werden.

Mit den neuen Ausgleichsmandaten verändert sich jedoch nicht nur die Größe, sondern auch die demokratische Qualität des Bundestages. Bisher lag die Zahl der direkt gewählten Mandatsträger stets über derjenigen der Listenkandidaten. Wahlkreis-Sieger bringen jedoch erfahrungsgemäß ein stabileres Selbstbewusstsein in das Parlament ein als Abgeordnete, die – wie die Listenkandidaten – vom Wohl und Wehe der Partei abhängen. Das Selbstbewusstsein der Direktmandatsträger stärkt naturgemäß die Demokratie. Dies zeigt sich in besonderem Maße dann, wenn Abgeordnete von der Fraktionsdisziplin abweichen wollen.

„Man fühlt sich wie Rotkäppchen im Schneesturm", klagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann, als er vor zwei Jahren über den vorläufigen Euro-Rettungsschirm zu befinden hatte. Innerhalb weniger Tage sollte der Bundestag damals weitreichenden Garantien für die Schulden anderer Staaten zustimmen. Verweigert haben sich diesem Fraktionszwang überwiegend nur die direkt gewählten Parlamentarier. Sie brauchten eben für die Zukunft nicht um einen Listenplatz zu bangen.

Denn dies ist das Damoklesschwert, das über jedem Abgeordneten hängt, der sein Mandat der Platzierung auf der Parteiliste zu verdanken hat. Selten hat jemand dies so unverblümt ausgesprochen wie Franz Müntefering, als er 2001 als SPD-Generalsekretär die Abstimmung über den Mazedonien-Einsatz vorzubereiten hatte. „Über die Listenaufstellung zur Bundestagswahl entscheiden die Landesdelegiertenkonferenzen", stellte er damals eindeutig klar. Den dort versammelten Parteivertretern sei natürlich das Abstimmungsverhalten jedes einzelnen Abgeordneten aus der Vergangenheit stets besonders dann präsent, wenn es um künftige Listenaufstellungen gehe. Viele SPD-Parlamentarier wollten sich damals dem Mazedonien-Einsatz der Bundeswehr verweigern. „Jeder muss sich darüber klar sein, dass es die SPD ist, weswegen er gewählt wird", schüchterte Müntefering seinerzeit drohend die Abgeordneten ein.

> *„Es wird Zeit, dem Parlamentarier nicht nur bei Gewissenentscheidungen, sondern grundsätzlich sein Abstimmungsverhalten frei zu stellen."*

Von Fraktionszwang steht nichts in der Verfassung. Dort heißt es in Artikel 38 lapidar über die Abgeordneten: „Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen". Das neue Wahlrecht wird tendenziell mehr Volksvertreter in den Bundestag bringen, die den Zumutungen ihrer Parteien stärker ausgesetzt sind. Es fehlt ein Gegengewicht zu dieser Entwicklung. Da hilft nur ein radikaler Schnitt im Interesse der Wähler: Es ist für den künftigen Bundestag an der Zeit, dem Parlamentarier nicht nur bei den seltenen Gewissenentscheidungen, sondern grundsätzlich sein Abstimmungsverhalten frei zu stellen. ◆

RealLTE
MADE FOR DATA

Mehr Power für Dich

Mit dem Highspeed-Netz von Vodafone.

Vodafone
Power to you

GROTH GRUPPE

BERLIN BAUT AUF UNS. SEIT ÜBER 30 JAHREN.

Mehr als 30 Jahre Groth Gruppe – das ist eine Erfolgsgeschichte mit vielen eindrucksvollen Kapiteln. Denn seit 1982 prägen unsere Projekte das Gesicht Berlins entscheidend mit. Tiergarten Dreieck, Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin Neu-Karow, Lentzeallee oder Wohnen am Spittelmarkt – diese von uns entwickelten Projekte wurden zu vielfach ausgezeichneten Adressen. Und sie beweisen, dass sich Qualität am Markt behaupten kann.

Schlagen wir gemeinsam die nächsten spannenden Seiten auf. Mit unserer ganzen Expertise aus mehr als 30 Jahren Bauerfahrung und mit unseren neuen Wohnbauprojekten wie Belles Etages, Wohnen an der Wallstraße, Flottwell Living, Wohnen am Kunst-Campus, Heydt Eins, Lehrter Straße und Wohnen am Mauerpark.

Kurfürstendamm 50 | 10707 Berlin
Telefon +49 30 88 094–0 | www.grothgruppe.de

WWW.CPB.NL

Johannes Hers ist Chefanalyst Öffentliche Finanzen beim Centraal Planbureau (CPB) in Den Haag, Niederlande. Für den HAUPTSTADTBRIEF erläutert er, wie die in unserem Nachbarland allseits akzeptierte Institution die wirtschaftlichen Auswirkungen von Wahlprogrammen der Parteien errechnet. Das niederländische Modell könnte ein Vorbild für Deutschland sein.

Was es kostet, wenn Wahlprogramme Wirklichkeit werden

In den Niederlanden rechnet das Forschungsinstitut CPB im Vorfeld von Wahlen die zu erwartenden Auswirkungen von Parteivorhaben durch – zum Nutzen der Parteien und der Wähler | Von Johannes Hers

Beim Centraal Planbureau (CPB) handelt es sich um ein Forschungsinstitut, das seit 1945 wirtschaftliche Kursanalysen erstellt. Diese Analysen nimmt es sowohl aus eigener Initiative vor wie auch im Auftrag der niederländischen Regierung, des Parlaments, von Parlamentsabgeordneten, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen und politischen Parteien. Wir sind dem Wirtschaftsministerium angeschlossen, inhaltlich aber völlig unabhängig. Das CPB hat drei Hauptaufgaben:

- An erster Stelle steht die Erstellung von Schätzungen für die niederländische und die globale Ökonomie als Grundlage für den politischen Entscheidungsprozess.
- Zweitens analysiert es die wirtschaftlichen Auswirkungen politischer Vorschläge und wertet die Effekte einer gegenwärtigen Politik aus. Das CPB nimmt gesellschaftliche Kosten-Nutzen-Analysen von Infrastrukturprojekten vor, führt aber auch Untersuchungen auf den Gebieten Unterricht, Überalterung, Sozialfürsorge und Finanzmärkte durch.
- Und nicht zuletzt kommt dem CPB eine Rolle bei den Wahlen zu; seit 1986 berechnen wir im Auftrag politischer Parteien im Vorfeld zu den Wahlen die wirtschaftlichen Auswirkungen ihrer Wahlprogramme.

> *„Die Analyse der Wahlprogramme ist eine Hilfestellung zur besseren Einschätzung der realen Auswirkungen geplanter Maßnahmen."*

Wir analysieren die Wahlprogramme bezüglich ihrer Auswirkungen auf verschiedene Themenbereiche, wobei der Umfang mit den Jahren zunahm. In der ersten Studie (1986) berechneten wir die Auswirkungen der Wahlprogramme der drei größten politischen Parteien im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum, die staatlichen Finanzen, die Kaufkraft und das Arbeitsplatzangebot für die kommende Regierungsperiode. In der letzten Studie (2012) wurden die Auswirkungen von zehn Wahlprogrammen auf zwölf Themenbereiche dargestellt. Unterschieden wurden dabei Auswirkungen den Staatshaushalt und Schulden betreffend, mittelfristige makroökonomische Effekte, Auswirkungen auf die Kaufkraft, das langfristige Arbeitsplatzangebot und die Tragfähigkeit der staatlichen Finanzen, auf Energie und Klima, Sozialfürsorge, Unterricht, Innovation, Wohnungsmarkt, Mobilität und Natur. Zur Bestimmung der Auswirkungen auf Energie und Klima, Mobilität und Natur arbeitet das CPB mit dem darauf spe-

PICTURE ALLIANCE/ASSOCIATED PRESS/PETER DEJONG

Schon vor einem Jahr, am 12. September 2012, haben die Niederländer ihr neues Parlament gewählt. Sie hatten es besser, als die Deutschen; denn ihnen waren die Kosten der Wahlversprechungen bereits bekannt. Das unabhängige Forschungsinstitut CPB rechnet sie für die Parteien unvoreingenommen aus – damit die Bürger wissen, was auf sie zukommt.

zialisierten Planbureau voor de Leefomgeving (Planungsbüro für die Umwelt) zusammen.

Wir gehen dabei in mehreren Schritten vor. Im ersten wird für die kommende Regierungsperiode (in der Regel vier Jahre) ein aktueller Grundlagenpfad für die Entwicklung der niederländischen Wirtschaft und den Staatshaushalt ausgearbeitet. Dieser Grundlagenpfad bildet den Richtwert, dem die möglichen Auswirkungen zukünftiger Politik gegenübergestellt werden.

Im zweiten Schritt legen die Parteien die Vorhaben vor, die sie im Falle eines Wahlsiegs umzusetzen gedenken (im Schnitt etwa 250 pro Partei), einschließlich der Finanzumfänge, die sie umwidmen oder erhöhen wollen. Es finden dabei nur solche Vorhaben Eingang in die Berechnung, deren Einfluss auf die öffentliche, wirtschaftliche und private Finanzsituation innerhalb der nächsten Regierungsperiode absehbar ist, nicht aber solche, deren Auswirkungen erst jenseits dieses Zeitraums greifen würden.

Das CPB berechnet dann den direkten Ertrag für den Haushalt beziehungsweise die Kosten einzelner Vorhaben. In dieser Phase besteht ein intensiver Kontakt zwischen dem CPB und den Parteien, und nicht selten erfolgt hier noch eine Anpassung oder Differenzierung der geplanten Maßnahmen in den Wahlprogrammen. Ausgangspunkt ist die fiktive Situation, dass jede Partei über mehr als 50 Prozent der Sitze in der zweiten Kammer verfügt. Vorhaben, die eine Änderung des Grundgesetzes erfordern, die nicht einseitig von der niederländischen Regierung getroffen werden können und solche, die praktisch oder juristisch nicht durchführbar sind werden nicht oder nur zum Teil berücksichtigt.

Anschließend werden die Auswirkungen der Parteivorhaben auf die Wirtschaft, die Staatsfinanzen, die Kaufkraft usw. mit einer Reihe spezifischer, vom CPB entwickelter Modelle dargestellt. Die Ergebnisse aller Analysen werden jeder Partei übermittelt, und diese haben nochmals die Möglichkeit, Vorhaben anzupassen

Kraftpaket

PowerTOP® Xtra Stecker und Kupplungen:
Extra griffsicher.
Extra schlagfest.
Extra geschützt.

„Kompromisslos.
Für härteste Bedingungen!“

MENNEKES Elektrotechnik GmbH & Co. KG
Spezialfabrik für Steckvorrichtungen
Aloys-Mennekes-Str. 1 | D-57399 Kirchhundem
Telefon 0 27 23 / 41-1 | Telefax 0 27 23 / 41-214
E-Mail info@MENNEKES.de | www.MENNEKES.de

MENNEKES®
Plugs for the world

oder zurückzuziehen. Danach wird der abschließende Bericht erstellt und unter dem Titel „Keuzes in Kaart“ (Entscheidungen im Überblick) publiziert, was in den Niederlanden jedes Mal ein großes Medienecho findet. Die Veröffentlichung des Berichts erfolgt in der Regel mindestens zwölf Wochen vor der Wahl. Parteien, die keine Öffentlichmachung der sie betreffenden Daten wünschen, werden ausgelassen.

Das CPB sieht sich nicht als eine wertende Instanz. Die erstellte Analyse ist eine Hilfestellung zur besseren Einschätzung der realen Auswirkungen geplanter Maßnahmen – für die Parteien selbst wie für die Öffentlichkeit. Sie macht auch das Dilemma anschaulich, das die Parteien bei der Abwägung des Für und Wider der von ihnen propagierten Vorhaben erleben und den Dominoeffekt, den Entscheidungen langfristig haben können. So wird eine Partei, die Einkommensunterschiede verringern will, die Auswirkungen in ihren Ergebnissen bei der Entwicklung der Kaufkraft für verschiedene Einkommensgruppen wiederfinden (Zeilen 12 bis 15 der gezeigten Tabelle). Als Folge davon nimmt die marginale Steuerlast zu, und das Schaffen neuer Arbeitsplätze ab. Langfristig sinkt das Arbeitsplatzangebot (Zeile 9 der Tabelle).

Bei einer Partei, die eine schnelle Besserung des Haushaltsdefizits herbeiführen will, schlägt sich dies in einem geringeren Defizit am Ende der Regierungsperiode und in einer Besserung des Tragfähigkeitsdefizits nieder (Zeilen 3 und 4 der Tabelle). Die negativen, kurzfristigen Effekte der Sparmaßnahmen auf die Wirtschaft und die Kaufkraft werden allerdings auch sichtbar (Zeilen 6 und 11 der Tabelle).

Die Analyse des CPB hilft also den Parteien, ihre Wahlprogramme zu konkretisieren und zu verbessern. Sie erleichtert die Verhandlungen zwischen Parteien, die nach den Wahlen eine Koalition anstreben, beträchtlich. Und sie versieht nicht zuletzt im Vorfeld der Wahl Journalisten und Wahlbürger mit verlässlichem Datenmaterial und fundierten Entscheidungshilfen. ◆

Beispiel Niederlande: Was Wahlversprechen kosten, wie sie wirken

Von den Auswirkungen auf den Staatshaushalt bis hin zur Stauwahrscheinlichkeit auf Autobahnen – das Forschungsinstitut Centraal Planbureau CPB berechnet, was sich nach den Wahlen ändern wird, wenn ein Wahlprogramm Wirklichkeit würde.

Auf dieses niederländische Modell machte im Herbst 2012 erstmals die Stiftung Familienunternehmen aufmerksam. Im Auftrag der Stiftung hatte das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) eine Studie erarbeitet, die zeigt, wie der Weg für eine „Agenda 2030“ bereitet werden könnte. Der Leiter des Forschungsbereichs Öffentliche Finanzwirtschaft am ZEW, Dr. Friedrich Heinemann, stellte die Studie im HAUPTSTADTBRIEF 112, Seite 33, vor und plädierte für die Übernahme des niederländischen Vorbilds.

Die Tabelle (rechts) zeigt die Berechnung der Kosten und Wirkungen, die das Centraal Planbureau CPB zur letzten Parlamentswahl in den Niederlanden vorgelegt hatte, die vor einem Jahr am 12. September 2012 stattfand. Der Prognosezeitraum reicht ein Jahrfünft (bis 2017) und mehr (2020) in die Zukunft, bei einigen Punkten sogar bis ins Jahr 2040. Farbig markiert sind die Zeilen, deren Ergebnisse im Text (links) zur Sprache kommen.

Das sind die Parteien

VVD = Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (Volkspartei für Freiheit und Demokratie), rechtsliberal

PvdA = Partij van de Arbeid (Arbeitspartei), sozialdemokratisch

PVV = Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit), rechtspopulistisch

CDA = Christen Democratisch Appèl (Christlich-Demokratischer Aufruf), christdemokratisch

SP = Socialistische Partij (Sozialistische Partei), sozialistisch

D66 = Democraten 66 (Demokraten 66), sozialliberal

GL = GroenLinks (Grün-Links), rotgrün

ChrU = ChristenUnie (Christen-Union), christdemokratisch-calvinistisch

SGP = Staatkundig Gereformeerde Partij (Reformierte Politische Partei), orthodox-calvinistisch

DKP = Democratisch Politiek Keerpunt (Demokratisch Politische Trendwende), rechtsliberal

Partei	VVD	PvdA	PVV	CDA	SP	D66	GL	ChrU	SGP	DPK
WWU-Saldo (2017, ex ante, Mld. Euro)	16	15	7¼	13¾	10	14	15	14	14¼	10½
WWU-Saldo (2017, ex ante, % BIP)	2,5	2,4	1,1	2,1	1,6	2,2	2,4	2,2	2,2	1,6
WWU-Saldo (2017, ex post, % BIP)	1,4	1,1	1,3	1,1	0,8	1,0	1,0	1,1	0,7	0,9
Tragfähigkeit (% BIP)	3,2	2,4	0,4	3,4	1,6	3,3	3,2	3,3	2,5	1,9
Staatsschulden (2017, % BIP)	0,4	0,5	0,6	0,5	-1,4	-0,5	-4,8	-1,6	0,0	0,6
BIP-Volumen (2017, %)	-0,2	-2,3	0,7	-0,6	-1,8	-1,1	-2,0	-1,4	-1,4	-0,4
Arbeitslosigkeit (2017, %-p)	0,8	1,3	-0,5	1,2	0,4	1,3	1,1	1,0	1,5	0,6
Saldo Kontokorrent (2017, % BIP)	1,1	1,3	1,2	1,0	0,5	1,0	0,2	1,0	0,9	1,6
Strukturelles Arbeitsplatzangebot (2040, %-p)	3¾	-1	-¼	2¼	-3¾	1½	2¼	1	1	0
Strukturelle Arbeitslosigkeit (2040, %-p)	-2	-½	-½	-1	¼	-¾	-1¾	-¾	-½	-¼
Kaufkraft, Medianwert (2017, a)	-1¼	-¼	2	-3¼	3	-2½	2½	1	-1	-1¼
Kaufkraftunterschiede (2017, a):										
Niedrigste vgl. mit höchsten Einkommen (b)	-2	3¾	¼	-½	6¼	-¾	1	-½	¼	¾
Unterstützungen vgl. mit Arbeitnehmern	-6¼	1½	-2¾	-¾	½	-2	-½	-2	2	-1½
Ruheständler vgl. mit Arbeitnehmern	-2¼	¾	-¾	1	-2½	0	-3½	-2	-1	¾
Treibhausgase (2020, Mton CO2-Äqu.)	-14	-34	5	-7	-23	-31	-63	-28	-16	4
Erneuerbare Energie (2020, %-p)	5	9	-1,5	2	5	7	9	8	5	-1,5
Arbeitsplatzangebot Sozialfürsorge (2017, Tsd.)	-75	-55	-5	-50	-25	-45	-15	-60	-55	-20
Eigene Zahlungen Sozialvers. (2013, Euro)	70	-30	-60	40	-110	50	20	50	-30	-60
Mehr (+) oder weniger (-) Wettbewerb im Gesundheitswesen	+/-	- -	-	+/-	- -	+/-	+/-	+/-	+/-	0
BIP-Effekt auf Unterricht (strukturell, %)	2,9	2,7	-0,2	0,7	0,5	3,5	1	1,8	0,7	0,8
Innovation (Wertung zwischen + und -)	?	?	-	0	+	+	?	?	?	?
Wohnungsmarkt (Wohlstandsgewinn, % BIP)	-0,2	0,4	-0,9	-0,1	-0,4	0,1	0,7	0,3	0,4	0
Preis für Wohnungseigentum (2017, %)	2	-5	2	-2	-4	-3	-7	-5	-5	0
Nettomiete (2017, %)	1	3	-5	2	-5	1	6	3	2	0
Erreichbarkeit (Wohlstandsgewinn, % BIP)	-0,01	0,02	-0,02	-0,02	0,01	0,04	-0,04	0,02	0	-0,02
Autonutzung (2020, %)	2	-10	2	2	-15	-15	-22	-15	0	2
ÖPNV-Nutzung (2020, %)	-2	5	0	-2	12	5	20	7	0	2
Staus auf Autobahnen (2020, %)	10	-37	12	7	-20	-47	-67	-32	-25	15
Biodiversität (Vogel- und Habitatrichtlinie; %-p)	-10 bis -5	0 bis 5	-10 -bis 5	-5 bis 0	5 bis 10	10 bis 15	20 bis 25	0 bis 5	-5 bis 0	-10 bis-5

(a) %, kumulativ 2013-2017

(b) niedrigste Einkommen: weniger als 175 % des Bruttomindestlohns; höchste Einkommen: mehr als 500 % des Bruttomindestlohns.

BDST

Reiner Holznagel ist Präsident des Bundes der Steuerzahler. Für den HAUPTSTADTBRIEF hat er sich die Wahlversprechen-Kostenanalyse der Niederländer angesehen, die eine in unserem Nachbarland allseits akzeptierte Institution erstellt (siehe den vorhergehenden Beitrag über das Centraal Planbureau). Hier sein Urteil über das niederländische Modell.

Von den Niederländern können unsere Politiker etwas lernen

Auch in Deutschland werden Wahlversprechen nachgerechnet. Aber die eine von allen Seiten akzeptierte Analyse wie in den Niederlanden gibt es nicht | Von Reiner Holznagel

Lernen von den Niederländern können bei uns vor allem die Parteien. Ihre Bereitschaft, ihre Wahlprogramme umfassend und speziell auf ihre volkswirtschaftlichen Effekte hin analysieren und prüfen zu lassen und der Veröffentlichung dieser Ergebnisse dann auch noch zu zuzustimmen, ist nicht ausgeprägt. Vielleicht scheuen sie den direkten Vergleich. Würde so doch offensichtlich, welches Wahlprogramm aus ökonomischer Sicht die besten Effekte in den einzelnen Politikbereichen erzielt. Umgekehrt würde leicht erkennbar, welche Partei zwar möglicherweise gesellschaftspolitisch populäre Konzepte bietet, Wachstum und Wohlstand jedoch eher zweitrangig behandelt. Wenn solche Ergebnisse dann auch noch von einer parteiübergreifenden und unabhängigen Institution veröffentlicht würden, wäre die Wirkung gewaltig. So eine Institution gibt es in Deutschland nicht.

> *„Keine Partei sollte die steuerpolitische Analyse der Wahlprogramme des Bundes der Steuerzahler ignorieren."*

Dennoch ist es nicht so, dass die hiesigen Wählerinnen und Wähler auf eine solche Analyse und einen solchen Vergleich verzichten müssten. Zahlreiche Institute und Verbände analysieren und bewerten die Wahlprogramme – auch ohne explizite Zuarbeit der Parteien. Ihre Analysen sind ein wichtiger Beitrag zur politischen Diskussion. Denn mit ihnen konzentriert sich die politische Wahlkampfdebatte nicht nur auf die jeweils parteiinterne Deutung des Wahlprogramms und die Interpretation der gegnerischen Parteien. Durch die außerparteilichen Analysen und Vergleiche kommt ein objektiver Bewertungsmaßstab in den Wahlkampf.

So sollte keine Partei die steuerpolitische Analyse der Wahlprogramme des Bundes der Steuerzahler ignorieren. Schließlich zeigen wir nicht nur die individuelle Belastung und Entlastung der Steuerzahler anhand konkreter Beispielrechnungen auf, sondern dokumentieren auch das geplante Gesamtvolumen an Steuerrechtsänderungen. Anhand unserer Berechnungen kann jeder Bürger die Auswirkungen des jeweiligen Wahlprogramms auf seine individuelle Steuerlast aus einer Tabelle ablesen. Zugleich wird deutlich, dass Steuererhöhungen im zweistelligen Milliardenbereich volkswirtschaftliche Wirkungen mitsichbringen. Solche massiven Änderungen werden nicht spurenlos an Wirtschaft und Unternehmen vorüber gehen.

Analysen wie die unsrige und die von anderen Instituten und Verbänden unterschiedlicher Cou-

leur sind damit ein wichtiger Beitrag zur politischen Diskussion. Zahlen, Daten und Fakten lassen sich nicht ideologisch interpretieren. Sie bieten den Wählern auch einen genauen Überblick über die möglichen mittel- und langfristigen Auswirkungen auf den Standort Deutschland, die Wettbewerbsbedingungen für deutsche Unternehmen, das Investitionsverhalten, den Arbeitsmarkt, die Bildungschancen oder auch die Entwicklung der Staatsverschuldung.

PICTURE ALLIANCE/DPA/FLORIAN SCHUH

Die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler zeigt das Anwachsen der Staatsverschuldung, und sie zeigt Wirkung: Die politische Elite hat sich eine Schuldenbremse verordnet. Ab 2016, immerhin. Oben rechts: die Staatsverschuldung vom 10. September 2013, 12 Uhr.

Damit geben solche Analysen nicht nur Impulse für die politische Diskussion und Auseinandersetzungen um die beste Programmatik. Vielmehr können diese Ergebnisse von den Parteien selbst zur Überprüfung der Wirkungsweise ihrer Politik herangezogen werden. Am Ende könnte ein fein ausgefeiltes Wahlprogramm entstehen. Die Parteien machen von dieser Möglichkeit jedoch noch kaum Gebrauch.

Auf der anderen Seite können die Berechnungen, Analysen und Bewertungen der Experten die Sicht der Wähler auf die Wahlprogramme verändern: Möglicherweise sucht der Einzelne dann nicht mehr nur nach genau der einen Partei, die seine aktuellen Interessen vertritt. Der Blick der Wähler könnte sich stärker auf die mittel- und langfristige Wirkung der Parteienprogramme richten. Diese Verlängerung der zeitlichen Betrachtungs- und Bewertungsperspektive würde Themen wie gerechte Besteuerung, Generationengerechtigkeit oder Staatsverschuldung eine größere Gewichtung einräumen.

Heute geht es den Parteien im Wahlkampf noch immer mehr um das von ihnen entworfene Gesellschaftsbild und um ihre Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit. Die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen dieses Bildes treten hinter dem Ideal zurück. Eine Diskussion über die tatsächlichen individuellen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen und vor allem die Kosten findet bislang ausschließlich auf Initiative und Druck von Instituten oder Verbänden wie dem Bund der Steuerzahler statt. Wenn die Parteien also von den Niederländern lernen wollten, sollten sie sich die in Deutschland ebenso vorliegenden Berechnungen, Analysen und Bewertungen genau ansehen und ihre Programme an entsprechender Stelle nachjustieren. Davon würden Bürger, Wirtschaft und Parteien gemeinsam profitieren. Eine von allen Seiten akzeptierte Analyse wie in den Niederlanden könnte auch in Deutschland eine Motivationshilfe für die Parteien sein. ◆

Der Bund der Steuerzahler (BdSt) wurde 1949 gegründet und hat heute eine viertel Million Mitglieder. Er ermittelt die Verschwendung von Steuergeldern, verteidigt die Rechte der Steuerzahler und setzt sich für den Abbau der Staatsverschuldung ein. Mit dem Karl-Bräuer-Institut (KBI) verfügt er über eine eigene finanzwissenschaftliche Forschungseinrichtung. www.steuerzahler.de

Power

Für das Wasserkraftwerk Bärenwerk fährt eine **Gripper-TBM** von Herrenknecht (Ø 3,8 m) mit **extrem starkem** Antrieb einen 3 km langen Druckstollen auf.

Tempo

Sieben Monate für Konzeption, Fertigung und Baustellenmontage: Die Gripper-TBM arbeitet sich im Höchsttempo durch alpinen Fels – bis zu **322 m pro Woche.** Schneller durch Hartgestein. Mit Herrenknecht-Technologie.

Nummer 1

130 Herrenknecht Hartgestein-TBM, über **670 km neue Tunnel,** Weltrekord am Gotthard-Basistunnel.

Pioneering Underground Technologies

› www.herrenknecht.com

HERRENKNECHT
Tunnelvortriebstechnik

Die aktuellen Parteipräferenzen im Bund

Wer regieren wird, steht in den Sternen

Alle Angaben in Prozent

Umfrage-Werte in Woche …	CDU/CSU	FDP	SPD	Grüne	Die Linke	Piraten	AfD	Sonstige
2013 **36. (3.9.-9.9.)**	**39**	**6**	**25**	**9**	**10**	**3**	**3**	**5**
35. (27.8.-2.9.)	40	5	23	11	9	3	4	5
34. (20.8.-26.8.)	41	5	22	11	10	3	3	5
33. (13.8.-19.8.)	41	6	22	13	8	3	2	5
32. (6.8.-12.8.)	40	5	23	13	8	3	3	5
31. (29.7.-5.8.)	40	5	23	14	7	3	3	5
30. (22.7.-26.7.)	41	5	22	13	8	3	2	6
29. (15.7.-19.7.)	41	5	22	12	9	4	2	5
28. (8.7.-13.7.)	41	5	23	14	8	2	2	5
27. (1.7.-5.7.)	41	5	22	15	9	2	2	4
26. (24.6.-28.6.)	41	5	22	14	9	2	2	5
25. (17.6.-21.6.)	41	5	22	15	8	2	2	5
24. (10.6.-14.6.)	40	6	22	15	8	2	2	5
23. (3.6.-7.6.)	40	5	24	13	9	2	2	5
22. (27.5.-31.5.)	41	4	24	13	8	3	3	4
21. (20.5.-24.5.)	40	4	24	14	8	3	3	4
20. (13.5.-17.5.)	41	4	24	13	8	3	3	4
19. (6.5.-10.5.)	40	4	23	14	9	3	2	5
18. (29.4.-3.5.)	39	4	24	15	8	2	3	5
17. (22.4.-26.4.)	39	5	23	14	8	3	3	5
16. (15.4.-19.4.)	42	5	23	14	7	3	2	4
15. (8.4.-12.4.)	42	5	22	15	8	3	–	5
14. (2.4.-5.4.)	41	6	23	14	9	3	–	4
13. (25.3.-28.3.)	40	5	24	15	8	3	–	5
12. (18.3.-22.3.)	41	5	24	14	8	3	–	5
11. (11.3.-15.3.)	40	6	24	15	7	3	–	5
10. (4.3.-8.3.)	40	4	24	16	8	3	–	5
Bundestagswahl*	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	–	–	6,0

* Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 27. September 2009 (Zweitstimmen)

Das forsa-Institut ermittelte diese Werte durch wöchentliche Befragung von in der Regel rund 2500 wahlwilligen Deutschen.

Quelle: forsa

UNIVERSITÄT HOHENHEIM

Professorin Dr. Claudia Mast leitet das Fachgebiet Kommunikationswissenschaft und Journalistik der Universität Hohenheim in Stuttgart. Für den HAUPTSTADTBRIEF erläutert sie die Ergebnisse der von ihr geleiteten Gemeinschaftsstudie der Universität Hohenheim und der Direktbank ING DiBa über die Kommunikation in der Eurokrise.

Die Bürger sind hungrig nach Informationen zur Euro-Rettungspolitik

Die meisten Menschen fühlen, dass sie mit ihren Familien und Kindern die Rechnung für die Eurokrise bezahlen müssen | Von Claudia Mast

Obwohl im Wahlkampf weitgehend verschwiegen, hat die Eurokrise für die Wähler derzeit oberste Priorität. Das ist das Ergebnis unserer aktuellen Umfragen. Die Bürger sind hungrig nach Informationen zur Euro-Rettungspolitik. Sie wollen wissen, ob ihr Geld stabil bleibt und ob ihre Altersvorsorge sicher ist. Erschreckende 91 Prozent befürchten, dass uns die Eurokrise noch lange beschäftigen wird. Wenn die Politiker das Thema der Eurokrise weiterhin ausblenden, besteht die Gefahr, dass sich immer mehr Bürger von den Parteien missachtet fühlen und zu Wahlverweigerern werden.

„91 Prozent der Bürger befürchten, dass uns die Eurokrise noch lange beschäftigen wird."

Die meisten Menschen fühlen, dass sie mit ihren Familien und Kindern für die Eurokrise die Rechnung bezahlen müssen. Denn sie wird von 82 Prozent vor allem als soziales Problem wahrgenommen. Zudem befürchten 49 Prozent, dass sie den Wohlstand gefährdet. Das ist ein Alarmzeichen für die Politik.

Schnell wächst z. B. die Angst vor Altersarmut durch die andauernde Niedrigzinspolitik. Viele sorgen sich, dass die Krise letztlich die Werte gefährdet, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, z. B. die Verlässlichkeit von Regeln, die für alle gelten und eingehalten werden sollten.

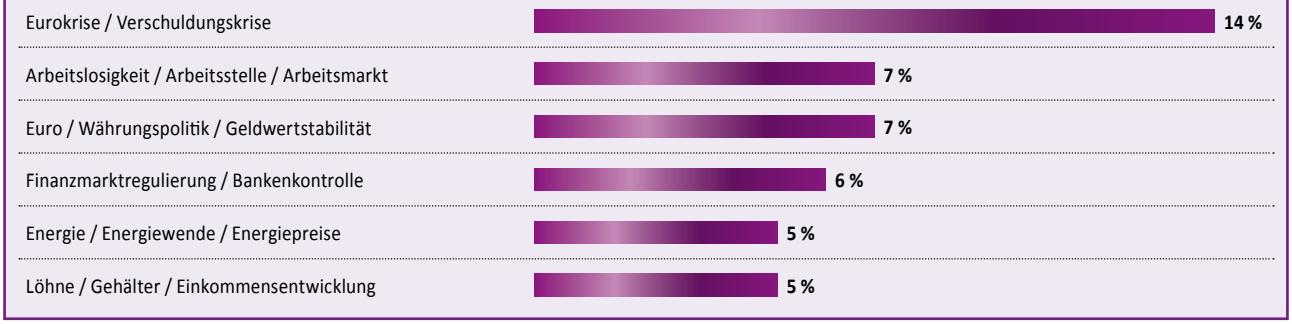
Nahezu jeder Dritte befürchtet eine Beschädigung der Demokratie durch das intransparente politische Krisenmanagement und die EU-Politik. Deshalb hat derjenige, der die Menschen bei der Eurokrise unterschätzt, schon verloren. Denn dieses Megathema überlagert alle anderen Themen. Eine ehrliche Diskussion über die Folgen der jetzigen Politik und alternative Wege werden unausweichlich.

Kein Wunder, dass die Bürger mit der Kommunikation aller Parteien unzufrieden sind. 89 Prozent sind überzeugt, dass die Politiker ihnen bei der Eurokrise nicht die Wahrheit sagen. Zudem glauben 71 Prozent der Befragten nicht, dass die gewählten Volksvertreter sich für die Interessen der Bürger einsetzen. Das ist die Note „ungenügend" für die demokratische Legitimation bei der aktuell wichtigsten Zukunftsfrage.

Das Ausblenden eines unbequemen Themas, Nebelsprech oder Hinweise auf eine angebliche „Alternativlosigkeit" sind Strategien, die einer Kommunikationsverweigerung gleich kommen. Auf diese Weise verbreitert sich die Kluft zwischen der politischen Kaste und der Bevölkerung, die mit zunehmender Wahlverweigerung reagiert. ◆

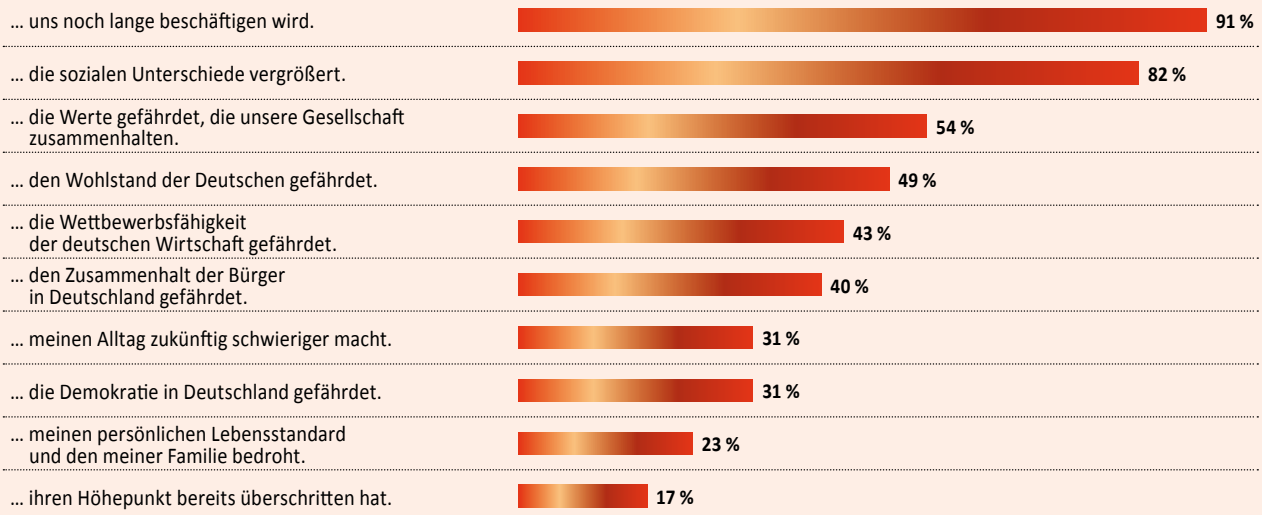
Die Eurokrise interessiert die Bürger am meisten

Frage: „Welches Thema oder Ereignis in der Berichterstattung über Wirtschaft interessiert Sie zur Zeit am meisten?“
Offen gefragt, d. h. die Frage wurde ohne Antwortvorgabe gestellt.



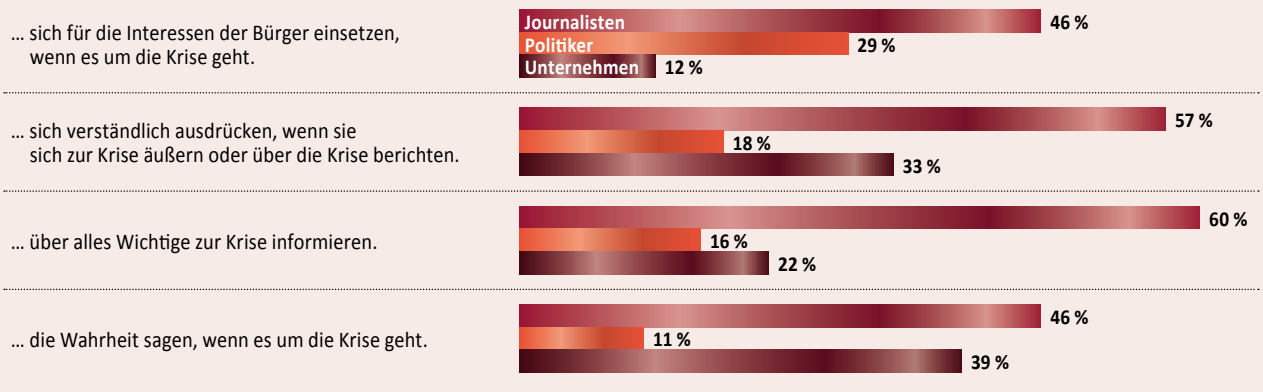
Die Eurokrise spaltet die Gesellschaft und wird zu einem sozialen Problem

Die Bürger stimmen („voll und ganz“ und „eher“) zu, dass die Krise ein Problem ist, das …



Die Kommunikation mit den Bürgern in der Eurokrise erhält schlechte Noten

Die Bürger meinen („voll und ganz“ und „eher“), dass die folgenden Akteure …



Quelle: Repräsentative Bevölkerungsumfrage der Universität Hohenheim und der ING DiBa AG im Juni 2013.
Die Datenerhebung erfolgte durch forsa. Ein Webspecial zur Studie „Wirtschaftskommunikation – Innovationen und Trends“ mit weiteren Ergebnissen finden Sie unter www.wkm-online.com

Aus den Medien: Was Unternehmer, Wissenschaftler

Die Anglo-Irish-Falle

Griechenland drängt auf direkte Bankenhilfe aus dem Rettungsschirm ESM. Das ist riskant und könnte für den Steuerzahler sehr teuer werden

Langsam nimmt das Thema „Euro-Krise“ im Wahlkampf Fahrt auf. Kürzlich brachte der griechische Finanzminister Stournaras die Idee ins Spiel, bereits an Griechenland gezahlte Hilfen von 50 Milliarden als direkte Bankenrekapitalisierung rückwirkend vom ESM übernehmen zu lassen. Der Sinn dahinter: im Gegensatz zu sonstigen Finanzhilfen aus dem ESM soll die direkte Bankenhilfe nicht auf die Staatsverschuldung angerechnet werden. Das könnte so dazu beitragen, die griechische Schuldentragfähigkeit so „schön“ zurechnen, dass auch der IWF bei der Griechenland-Rettung an Bord bleibt.

Im ESM-Vertrag ist die direkte Bankenhilfe als Rettungsinstrument bisher nicht vorgesehen. Die Euro-Finanzminister wollen aber – voraussichtlich nach der Bundestagswahl – gestützt auf Artikel 19 des ESM-Vertrages ein solches Rettungsinstrument einführen.

Wie stehen die deutschen Parteien zur direkten Bankenrekapitalisierung durch den ESM? Und ist diese nach geltendem deutschem Recht überhaupt möglich?

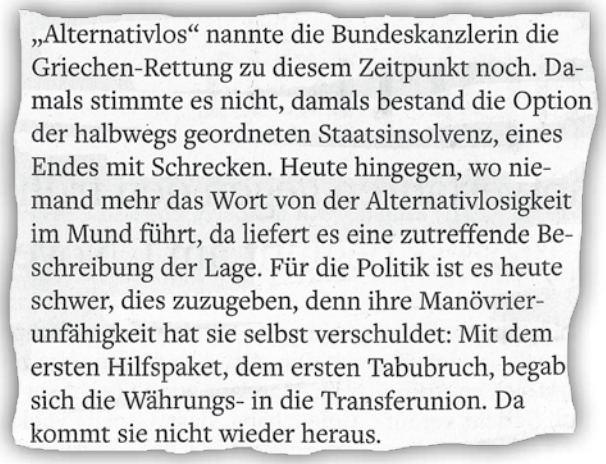
Der ESM-Vertrag ist ursprünglich nicht für direkte Bankenhilfen konzipiert worden. Aufgrund des Paradigmenwechsels vom Gläubiger- zum Anteilseignerstatus des ESM muss der ESM-Vertrag eigentlich geändert werden, und die nationalen Parlamente müssen dieser Änderung zustimmen.

Der Bundestag sollte sich bewusst machen, dass es schwierig sein wird, aus der direkten Bankenrekapitalisierung auszusteigen, wenn sie einmal begonnen wurde, und sehenden Auges entscheiden, ob die umfassende Rekapitalisierung der europäischen Banken mit deutschen Steuergeldern aus innen- und/oder außenpolitischen Gründen im deutschen Interesse ist – oder eben nicht. Ohne Zustimmung des Bundestages gibt es keine direkte Bankenhilfe durch den ESM. Der Bundestag sollte daher seine haushaltspolitische Verantwortung kritisch und selbstbewusst wahrnehmen.

Bettina Brück, Rechtsanwältin bei der Luther Rechtsanwaltsgesellschaft Frankfurt, im „Forum“ in der *Süddeutschen Zeitung* vom 2. September 2013

Rückwärts nimmer

Angesichts der griechischen Misere ist die Sehnsucht nach radikalen Lösungen verständlich. Aber die finanziellen und politischen Kosten wären viel zu hoch – in Südeuropa wie in Deutschland. Weitere Hilfen für Griechenland sind tatsächlich alternativlos



„Alternativlos“ nannte die Bundeskanzlerin die Griechen-Rettung zu diesem Zeitpunkt noch. Damals stimmte es nicht, damals bestand die Option der halbwegs geordneten Staatsinsolvenz, eines Endes mit Schrecken. Heute hingegen, wo niemand mehr das Wort von der Alternativlosigkeit im Mund führt, da liefert es eine zutreffende Beschreibung der Lage. Für die Politik ist es heute schwer, dies zuzugeben, denn ihre Manövrierunfähigkeit hat sie selbst verschuldet: Mit dem ersten Hilfspaket, dem ersten Tabubruch, begab sich die Währungs- in die Transferunion. Da kommt sie nicht wieder heraus.

Florian Eder, Wirtschaftsredakteur, Leitartikel in *Die Welt* vom 28. August 2013

und Journalisten zur Eurorettung sagen

DIE WELT | 17. August 2013

"Deutschland kann die Euro-Zone nicht retten"

Kai A. Konrad, Chefberater des Finanzministers, erwartet das Kollabieren der Euro-Zone. Er schlägt einen Ausstieg Deutschlands aus der Währungsunion vor – Europa müsse gerettet werden, nicht der Euro. *Von Martin Greive*

Die Welt: Sollte Griechenland zumindest temporär aus dem Euro aussteigen?

Konrad: Nein. Die dann wegen der Währungsabwertung höheren Auslandsverbindlichkeiten würden das Land erdrücken. Wenn man die Währungsunion aufbrechen will, sollte man dies an der Nordgrenze tun. Wenn, dann muss Deutschland aus dem Euro raus.

Die Welt: Deutschland soll zum dritten Mal Europa in die Luft sprengen? Das wird keine Bundesregierung je tun.

Konrad: Der Euro ist nicht Europa. Europa sollten wir retten, nicht den Euro! Deutschland kann zwar aus politischen Gründen aus dem Euro nicht selbst aussteigen. Die anderen Länder könnten Deutschland aber dazu drängen. Dazu kann es kommen. Die wirtschaftlichen Zustände werden in einigen Ländern unerträglich. Dazu treten politische Unruhen. Und wenn Deutschland und ein paar andere starke Länder die Währungsunion verlassen, wird der Euro abwerten und die südeuropäischen Länder kämen wirtschaftlich wieder auf die Beine.

Die Welt: Der Preis dafür ist der Ruin der deutschen Exportwirtschaft.

Konrad: Sie könnte sogar gestärkt daraus hervorgehen. Sie hat die regelmäßigen Aufwertungen der D-Mark in früheren Jahrzehnten immer wieder gemeistert und wurde so fit für den Wettbewerb. Heute hat sie es da besser. Aber die Fähigkeit, auf Herausforderungen zu reagieren, geht dabei verloren. Und das ist gefährlich.

Die Welt: Trotzdem müsste die deutsche Notenbank die Notenpresse anwerfen, um dem Aufwertungsdruck der D-Mark entgegenzuwirken.

Konrad: Ja, die Bundesbank müsste große Summen in Fremdwährungen aufkaufen, um die D-Mark-Aufwertung in Grenzen zu halten.

Die Welt: Womit Deutschland in eine große Abhängigkeit geraten könnte – wie China heute, das auf riesigen Dollar-Reserven hockt.

Konrad: Die Chancen überwiegen. Die Geldschöpfungsgewinne wären gewaltig. Die Währungsreserven könnte man unkonventionell investieren. Zum Beispiel wie ein staatlicher Investitionsfonds Unternehmen, Rohstofflager und Immobilien im Ausland kaufen. Außerdem: Die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung würde steigen, Reisen, Benzin und viele andere Güter würden billiger.

Die Welt: Fürchten Sie keinen Währungskrieg, wenn Deutschland mit der Notenpresse auf Beutezug geht?

Konrad: Nein, im Gegenteil. Deutschland würde ja nur eine Aufwertung zulassen, die richtig wäre und die innerhalb des Euro nicht möglich ist.

Die Falschen gerettet

Die Europäer helfen nicht Griechenland, sondern nur den Banken des Landes

Es wird viel über einen neuen Finanzierungsbedarf Griechenlands diskutiert. Kaum etwas hört man dagegen zur Frage, wer bisher von den Hilfen der Steuerzahler profitiert hat. Rund ein Viertel der Kredite der Euro-Zone und des Internationalen Währungsfonds (IWF) an den griechischen Staat, über 50 Milliarden Euro, kommt Gläubigern griechischer Banken zugute. Sie finanzieren umfangreiche staatliche Rekapitalisierungen, die im Mai 2013 vorerst abgeschlossen wurden. Notwendig war die Hilfe unter anderem durch den ersten Schuldenschnitt, der den vier griechischen Großbanken 28 Milliarden Verluste beibrachte.

Zusätzliche Gelder kamen von der Europäischen Zentralbank (EZB). Bereits zu Beginn der Schuldenkrise 2010 und 2011 ergriffen die institutionellen Gläubiger griechischer Banken die Flucht. Die EZB gab alleine den vier Großbanken bis Ende 2012 zur Deckung 110 Milliarden Euro an Kredit. Das gesamte Bankensystem wird zusammen mit den Kapitalmaßnahmen rund 200 Milliarden Euro erhalten.

Das Hauptmotiv für das griechische Vorgehen war, dass Bankgläubiger von einem Staatsschuldenschnitt ausgenommen werden sollten. Etwa 70 Prozent der Verluste durch den Schuldenschnitt werden den Banken faktisch vom Staat zurückerstattet. Die Motive auf europäischer und insbesondere deutscher Seite bleiben dagegen im Dunkeln. Der Bundesfinanzminister steht nun vor der Herausforderung eines möglichen neuen Schuldenschnitts für Griechenland, weil man den alten Schuldenschnitt nicht konsequent durchgeführt hat.

Hans-Joachim Dübel,
Chef von Finpolconsult Berlin, Gastkommentar
im *Handelsblatt* vom 29. August 2013

Aus den Medien

Systemrelevant ist der Bürger, nicht eine einzelne Industrie

Nicht jeder, der über Europa diskutieren will, ist gegen Europa oder gegen eine Griechenland-Rettung, aber Wahlkampf ist schon die Zeit für Klarheit und Wahrheit. Das eigentliche Thema

ist, dass die Regierung eine doch gravierende Verformung unserer Marktwirtschaft zugelassen hat, in der Risiko und Verantwortung eigentlich miteinander gekoppelt sind, untrennbar für jeden Mittelständler, für jeden kleinen Gewerbetreibenden. Sie haben eine Ausnahme gemacht für den Bankenbereich. In Wahrheit retten wir auch nicht Griechenland, sondern wir retten Banken, die hohe Verbindlichkeiten in diesem Land haben. Die werden gerettet, das Geld kommt nachweislich ja nicht bei griechischen Rentnern an. Wir machen eine Bankenrettung – Staaten retten Banken, Banken retten Staaten, und wenn beide nicht weiter wissen, gehen sie zur Notenbank und lassen Geld nachdrucken. Das sind die Sachverhalte in diesen Monaten, und über die muss in diesem Wahlkampf gesprochen werden, gerade mit einer konservativen Regierung. Das war anders abgemacht.

Die Kanzlerin versucht, die Diskussion mit dem Wort „alternativlos“ abzuwürgen. Sie hat die Banken für systemrelevant erklärt. Das darf in einer Demokratie nicht sein. Systemrelevant ist der Bürger und nicht eine einzelne Industrie.

Gabor Steingart, Herausgeber des *Handelsblatts*, in der ARD-Sendung „Günther Jauch“ vom 25. August 2013

DIE WELT | 25. August 2013

EU ist ein Mietshaus mit dreister Erpresserkultur

Lange war unserem Autor Europa so egal wie das Wetter. Doch die Brüsseler Glühbirnendiktatur überzeugte ihn: Die EU ist zwar eine schöne Idee, nur droht aus ihr eine totalitäre Ideologie zu werden.

Von Henryk M. Broder

Ich muss zugeben, dass mir "Europa" lange egal war. Es gibt einige Dinge, die ich als selbstverständlich nehme. Dass ich ein Mann bin, dass ich einen deutschen Pass habe, dass ich ein Europäer bin, dass ich in einem Rechtsstaat lebe, dass ich genug zu essen und zu trinken habe. Ich muss mich für nichts entschuldigen, ich brauche für nichts dankbar zu sein.

Ich glaube weder an Gott noch an die Klimakatastrophe, ich sammle Schneekugeln und Kühlschrankmagneten, ich leiste meinen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt, zahle meine Steuern, halte an der roten Ampel und fühle mich überall dort wohl, wo ich in Ruhe gelassen werde.

Mein Moment der Erleuchtung kam Anfang August 2012, als ich beim Zappen in eine Sendung des ZDF mit dem Titel "Giftiges Licht" geriet, eine 30-Minuten-Dokumentation über die Entstehungsgeschichte der Energiesparlampe, die auf Beschluss der Europäischen Kommission zum 1. September 2012 die konventionelle Glühbirne ersetzen sollte. Wohlgemerkt, es war keine Empfehlung, sondern eine verbindliche Verordnung, mit der den Einwohnern der 27 EU-Staaten die Benutzung der alten Glühbirne untersagt und die Benutzung der neuen Energiesparlampe vorgeschrieben wurde.

Auch die neu hinzugekommenen Kroaten dürfen jetzt ihre Glühbirnen aussortieren. In der ZDF-Doku ging es vor allem um die Tatsache, dass die Energiesparlampe Quecksilber enthält, das extrem gesundheitsschädlich ist. Deswegen darf sie nicht einfach weggeworfen, sie muss unter erheblichem Aufwand entsorgt werden.

Hätte die EU-Kommission beschlossen, dass jeder EU- Bürger einmal am Tag den Atem für drei Minuten anhalten soll, um den globalen CO_2-Ausstoß zu reduzieren, wäre dies nicht weniger absurd gewesen. Hinter dem Beschluss der Kommission standen zwei Hersteller, die sich von der "Reform" ein Milliardengeschäft versprachen.

Süddeutsche.de | 7. September 2013

Trügerische Langeweile

"Yes, we gähn" - so hieß es in Anspielung auf einen Obama-Slogan über den Wahlkampf von 2009. Die Artikel von damals kann man jetzt wieder drucken, man muss nur den Namen Steinmeier durch Steinbrück ersetzen. Trotzdem sehen sich 18 Millionen Menschen das TV-Duell an. Vielleicht, weil sie spüren: Die Langweiligkeit des Wahlkampfs ist nur eine Kulisse, hinter der es brodelt.

Ein Kommentar von Heribert Prantl

Genau das wiederholt sich 2013. Dabei waren die nun zu Ende gehenden Jahre der schwarz-gelben Koalition noch viel turbulenter - nicht nur wegen der FDP, die erst an Größenwahnsinn, dann an Dilettantismus litt: Es gab eine Energiewende, den Abschied von der Wehrpflicht, die Guttenbergiade und die Wulffiade; es gab die Armuts- und Reichtumsberichte, die eine höchst bedenkliche Entwicklung der deutschen Gesellschaft aufzeigten; es gab die furchtbaren Erkenntnisse über das Versagen der Sicherheitsbehörden gegen den mörderischen Rechtsextremismus. Und es gab die alles beherrschende Fortsetzung der Finanzkrise in Gestalt der Euro-Krise und des Absturzes der EU-Südländer. Es wuchs die Furcht, dass in Europa das Soziale unter die Räder gerät. Es wuchs das Missverhältnis zwischen der Hektik der Spardiktate, die über die Südländer der EU verhängt wurden und der politischen Lustlosigkeit, wenn es um die Regulierung der Bankenkrise ging: Gerettet wurden nicht Menschen. Gerettet wurden Schuldverhältnisse, Finanzbeziehungen, Wirtschaftssysteme.

Brandt

Natürlich lecker.

Leichter Genuss mit Zwieback

Genießen Sie unseren guten Markenzwieback doch einmal ganz in Ruhe. Nehmen auch Sie sich Zeit für eine Tasse Tee, knusprig-leichten Markenzwieback und ein gutes Buch.

www.brandt-zwieback.de

78.000 Stunden still sitzen?
Sie haben Besseres verdient. **ON®**

So viel Sitzzeit wird dem Körper im Laufe eines Büroarbeitslebens zugemutet. Setzen Sie deshalb auf mehr und natürliche Beweglichkeit. – Setzen Sie (sich) auf den **ON®**. Von führenden Experten weltweit als bester Bürostuhl empfohlen. Für mehr Gesundheit, mehr Lebensfreude, mehr Leistung. **ON®**. Made for motion.

Wilkhahn

Mehr darüber unter www.wilkhahn.de/on

PRIVAT

Prof. Dr. Dietrich Murswiek ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Öffentliches Recht der Universität Freiburg. Er ist Prozessvertreter des Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler im Verfahren gegen den ESM und die EZB vor dem Bundesverfassungsgericht. Für den HAUPTSTADTBRIEF stellt er die verfassungsrechtlichen Hintergründe des EZB-Verfahrens dar.

Staatsanleihenkäufe der EZB: Verstoß gegen das Demokratieprinzip

Eine kleine Gruppe demokratisch nicht legitimierter Zentralbanker maßt sich Entscheidungen an, die Haushaltsrisiken in gigantischem Ausmaß zwischen den Eurostaaten umverteilen | Von Dietrich Murswiek

Als die Eurokrise im Mai 2010 ihren ersten dramatischen Höhepunkt erreichte, die Renditen der Staatsanleihen der Problemstaaten in die Höhe schossen und die Staats- und Regierungschefs der Eurostaaten in einer Nacht- und Nebelaktion einen „Rettungsschirm“ in Höhe von 750 Milliarden Euro beschlossen, wurde auch die Europäische Zentralbank (EZB) zur Rettung der Problemstaaten – und das heißt immer auch zur Rettung der Gläubiger dieser Staaten, vornehmlich Banken und Großinvestoren – aktiv. Die EZB begann in großem Umfang, Staatsanleihen Griechenlands, Spaniens, Portugals und Italiens aufzukaufen – bis jetzt für über 200 Milliarden Euro.

„Die Ankündigung, Staatsanleihen in unbegrenzter Höhe zu kaufen, wirkt für die Marktteilnehmer wie eine kostenlose Versicherung.“

Am 6. September 2012 stellte die EZB dieses Ankaufprogramm, das sogenannte „Securities Markets Programme“ (SMP), ein und löste es durch ein neues Ankaufprogramm, das „Outright Monetary Transactions (OMT)“-Programm, ab. Die Ankündigung dieses neuen Programms hatte auf den Anleihemärkten durchschlagenden Erfolg; denn EZB-Präsident Draghi hatte angekündigt, Staatsanleihen der Problemstaaten wenn nötig in unbegrenzter Höhe zu kaufen. Die Ankündigung dieses Programms wirkt für die Marktteilnehmer wie eine kostenlose Versicherung: Sie können damit rechnen, dass die EZB ihnen die Anleihen abnimmt, wenn dramatische Kursverluste drohen. Die Folge war, dass die Renditen für die Staatsanleihen der Problemstaaten drastisch sanken mit der Folge, dass die betreffenden Staaten sich bei der Emission neuer Anleihen frisches Geld für wesentlich geringere Zinsen beschaffen können. Ohne im Rahmen des neuen OMT-Programms bisher auch nur eine einzige Anleihe zu kaufen, hat die EZB mit der Ankündigung dieses Programms die Finanzierungskonditionen der Problemstaaten wesentlich verbessert und zugleich die Finanzmärkte beruhigt.

Warum ist das problematisch? Warum sollen wir nicht in den großen Chor derer einstimmen, die ein Loblied auf die „erfolgreiche“ Politik der EZB singen? Aus politisch-ökonomischer Sicht deshalb nicht, weil der „Erfolg“ dieser Politik teuer erkauft wird, und zwar mit dem Geld vor allem der deutschen Steuerzahler. Die Versicherung, die die EZB mit ihrem Versprechen, notfalls unbegrenzt zu kaufen, bietet, ist nämlich nur für

diejenigen kostenlos, denen sie nützt – für Banken, Großinvestoren und alle anderen, die Staatsanleihen der Problemstaaten halten. Die Kosten trägt die EZB in Form der Solvenzrisiken, die sie in ihre Bilanz nimmt. Die Risiken der Staatsverschuldung der Problemstaaten werden durch die Staatsanleihenkäufe vergemeinschaftet.

Für die Schulden der Problemstaaten haften plötzlich alle Eurostaaten. Deutschland ist mit dem größten Anteil dabei, mit mindestens 27 Prozent – das entspricht dem Kapitalanteil Deutschlands an der EZB. Und wenn einzelne Staaten zahlungsunfähig sind, kann der von Deutschland zu tragende Anteil noch wesentlich größer werden. Die Eurostaaten haften zwar nicht unmittelbar für Verluste der EZB. Ökonomisch haben sie aber letztlich die Folgen dieser Verluste zu tragen, sei es in Form ausbleibender Zentralbankgewinne, die normalerweise in die Staatshaushalte fließen, sei es in Form notwendig werdender Rekapitalisierungen. Die Staatsanleihenkaufprogramme der EZB bewirken eine gigantische Umverteilung von Solvenzrisiken. Während der Vertrag von Maastricht festgelegt hatte, dass jeder Eurostaat für seine Finanzen selbst verantwortlich ist und dass die Haftung der Mitgliedstaaten für die Schulden anderer Staaten ausgeschlossen ist, bewirkt die Ankaufpolitik der EZB das Gegenteil: Für die von der EZB aufgekauften Anleihen der Problemstaaten haften alle.

> *„Für die von der EZB aufgekauften Anleihen der Problemstaaten haften alle Staaten der Eurozone."*

Verfassungsrechtlich ist die Ankaufpolitik der EZB skandalös, weil sie in krasser Weise gegen das Demokratieprinzip verstößt, und dies gleich in mehrfacher Hinsicht:

1. Die EZB ist von den Mitgliedstaaten niemals ermächtigt worden, derartige Staatsanleihenkäufe zu tätigen.

2. Die EZB ist auch nach ihrer Entscheidungsstruktur und ihrer Zusammensetzung für derartige Entscheidungen nicht legitimiert.

3. Die Staatsanleihenkäufe belasten die nationalen Haushalte mit hohen Risiken, ohne dass die betroffenen Parlamente dies bewilligt hätten.

Diese Thesen möchte ich im folgenden erläutern.

Die Kompetenzen der Europäischen Union und ihrer Organe beruhen darauf, dass die Mitgliedstaaten entsprechende Hoheitsrechte auf die Europäische Union übertragen haben. Die Europäische Union hat kein eigenes Staatsvolk, von dem die Staatsgewalt ausgehen könnte. Sie verfügt nicht über eine eigene verfassunggebende Gewalt, sondern sie leitet ihre Hoheitsgewalt von den Staatsvölkern der Mitgliedstaaten ab. Die Mitgliedstaaten bestimmen durch die Unionsverträge, die funktional die Verfassung der Europäischen Union bilden, Struktur, Kompetenzen und Aufgaben der Europäischen Union. Es gilt das „Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung". Das heißt, dass die Europäische Union nur über diejenigen Kompetenzen verfügt, die ihr von den Mitgliedstaaten übertragen worden und durch die Zustimmungsgesetze der Parlamente der Mitgliedstaaten (wenn nicht durch Volksentscheid) gebilligt worden sind. Nur im Rahmen der Ermächtigung durch die Mitgliedstaaten sind daher die Organe der Europäischen Union demokratisch legitimiert. Außerhalb ihrer Kompetenzen handeln sie auch ohne demokratische Legitimation.

These 1 sagt nun, dass die Staatsanleihenkaufprogramme, insbesondere das OMT-Programm, nicht durch die Kompetenzen – oder, wie man auch sagt, durch das Mandat – der EZB gedeckt sind. In Bundesbankkreisen wird OMT daher süffisant mit „Outside Mandate Transactions" entschlüsselt.

Das Mandat der EZB umfasst die Geldpolitik, nicht hingegen die Fiskalpolitik. Insbesondere die Finanzierung der Eurostaaten ist der

AFP/GETTY IMAGES/JOHANNES EISELE

Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, kündigt „Outright Monetary Transactions“ (OMT) an. Er werde, sagt er am 6. September 2012, „alles Notwendige tun, um den Euro zu erhalten“, und wenn nötig Staatsanleihen der Problemstaaten in unbegrenzter Höhe kaufen. Für Investoren ist das wie eine kostenlose Versicherung: Sie können damit rechnen, dass die EZB ihnen die Anleihen abnimmt, wenn dramatische Kursverluste drohen.

EZB verboten. Natürlich versucht die EZB, ihre Staatsanleihenkäufe geldpolitisch zu rechtfertigen. Sie kann ja nicht zugeben, dass sie rechtswidrig handelt. Wie also können wir unterscheiden, ob das, was die EZB tut, vom Mandat gedeckte Geldpolitik oder nicht vom Mandat umfasste Fiskalpolitik ist? Zunächst: Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), der heute die Regeln des Vertrages von Maastricht über die Währungsunion enthält, verbietet ausdrücklich nur Käufe von Staatsanleihen am Primärmarkt, also nur den Ersterwerb der Anleihen direkt von den emittierenden Staaten. Käufe am Sekundärmarkt sind demnach erlaubt – allerdings nur dann, wenn sie im Rahmen des geldpolitischen Mandats erfolgen. Dienen sie hingegen der Staatsfinanzierung oder greifen sie aus anderen Gründen in die den Staaten vorbehaltene Fiskalpolitik über, sind sie der EZB verboten.

Entscheidend kommt es somit darauf an, ob die Staatsanleihenkäufe der Verwirklichung geldpolitischer oder fiskalpolitischer Ziele dienen. Dienen die Käufe der Wahrung der Preisstabilität? Dies indiziert Geldpolitik. Oder dienen sie dazu, einzelnen Staaten Finanzierungskonditionen zu verschaffen, die der Markt nicht hergibt? Dies indiziert Fiskalpolitik. Dabei kann aber nicht die subjektive Bekundung der EZB-Repräsentanten ausschlaggebend sein, welche Ziele sie – angeblich – verfolgen, sondern entscheidend ist die objektive Funktion der Käufe. Und insofern sprechen alle Indizien dafür, dass die EZB mit den Anleihenkäufen Fiskalpolitik betreibt. Einige dieser Indizien sind:

- Die EZB selbst hat gesagt, dass es ihr darum geht, die nach ihrer Meinung viel zu hohen Renditen für Staatsanleihen der Problemstaaten, die der Markt verlangte, massiv zu sen-

ken. Die Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten einzelner Staaten ist Fiskalpolitik.

- Geldpolitisch motivierte Staatsanleihenkäufe werden von Zentralbanken entweder zur Ausweitung der Geldbasis oder zur Zinsglättung durchgeführt. Die EZB will hier weder das eine noch das andere bewirken. Wollte sie die Geldbasis ausweiten, könnte sie Anleihen repräsentativer Eurostaaten in ihrer ökonomischen Bedeutung entsprechender Gewichtung kaufen. Gezielte Käufe von Anleihen besonders überschuldeter Staaten verfolgen offenkundig einen anderen Zweck. Und zur Zinsglättung dienen Käufe nur, wenn die Anleihen lediglich kurzfristig, nicht hingegen bis zum Laufzeitende gehalten werden.

- Geldpolitik in einer Währungsunion ist definitionsgemäß Politik für die ganze Währungsunion. Sie muss sich neutral gegenüber den einzelnen Staaten, die der Währungsunion angehören, verhalten. Das muss nicht heißen, dass die geldpolitischen Maßnahmen sich in allen Staaten ökonomisch gleich auswirken. Die Erhöhung des Leitzinses beispielsweise gilt für die ganze Währungsunion ohne Differenzierung zwischen den Mitgliedstaaten. Das kann für den einen Mitgliedstaat günstig, für den anderen eher ungünstig sein. Die Maßnahme als solche aber wirkt in allen Staaten gleich. Maßnahmen hingegen, die nur einzelne Mitgliedstaaten betreffen, regulieren nicht die Währung, sondern die ökonomischen Verhältnisse der betreffenden Staaten beziehungsweise ihre Finanzierungsbedingungen. Sie gehören daher zur Fiskalpolitik und nicht zur Geldpolitik. Dies gilt auch für Käufe von Staatsanleihen bestimmter einzelner Mitgliedstaaten.

- Staatsanleihenkäufe am Sekundärmarkt sind – den Zentralbanken verbotenen – Käufen am Primärmarkt funktionsäquivalent, wenn ihr Volumen so groß ist, dass die Marktteilnehmer darauf mit höheren Anleihekursen (also niedrigeren Renditen) reagieren. Das trifft für das SMP und für das OMT-Programm zu.

- Wer Anleihen eines Staates hält, ist Gläubiger dieses Staates. Hält er die Anleihen langfristig, beteiligt er sich an der Finanzierung dieses Staates – und zwar auch dann, wenn er die Anleihen am Sekundärmarkt gekauft hat.

- Staatsanleihenkäufe von Problemstaaten bewirken eine Umverteilung der Solvenzrisiken zwischen Staaten. Das ist nicht Aufgabe der Geldpolitik. Gerade die Einrichtung des ESM und zuvor des vorläufigen „Rettungsschirms“ durch die Eurostaaten zeigen, dass die Staaten in der Haftungsübernahme für insolvenzgefährdete Staaten eine Aufgabe der Fiskalpolitik sehen.

> *„Verfassungsrechtlich ist die Ankaufpolitik der EZB skandalös, weil sie in krasser Weise gegen das Demokratieprinzip verstößt.“*

- Mit dem OMT-Programm macht die EZB Staatsanleihenkäufe davon abhängig, dass die betreffenden Staaten sich einem makroökonomischen Anpassungsprogramm oder einem vorbeugenden Programm im Rahmen des ESM oder der EFSF unterworfen haben. Stellt die Troika (aus Kommission, EZB und IWF) fest, dass die Bedingungen nicht erfüllt werden, sollen die Ankäufe beendet werden. Programmatische Anpassungskonditionen aber sind das typische Instrument der Staatsfinanzierung. Geldpolitik hingegen ist durch Bedingungsfeindlichkeit gekennzeichnet. Auch ist kein geldpolitischer Grund dafür ersichtlich, nur Anleihen solcher Staaten zu kaufen, die von den ESM-Staaten aus fiskalpolitischen Gründen zuvor unter den „Rettungsschirm“ genommen worden sind.

In der Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht waren sich mit einer einzigen Aus-

Wir leben nicht von Provisionen. Sondern von zufriedenen Kunden.

Willkommen bei der quirin bank:

- Wir beraten Sie transparent und unabhängig.
- Wir vergüten Ihnen alle Provisionen.
- Wir machen Gewinn, wenn Sie Gewinn machen.
- Wir werden von über 80 Prozent unserer Kunden weiterempfohlen.

030 89 02 14 87 oder www.quirinbank.de

quirin bank

Die Honorarberater

nahme alle unabhängigen Sachverständigen einig, dass die EZB insbesondere mit dem OMT-Programm das geldpolitische Mandat überstrapaziert. Auch Bundesbankpräsident Jens Weidmann sowie die ehemaligen EZB-Chefvolkswirte Otmar Issing und Jürgen Stark lehnen die Anleihenkäufe ab, weil sie mit ihrem Verständnis von Geldpolitik unvereinbar sind.

Die EZB demgegenüber versucht, eine geldpolitische Rechtfertigung der Anleihenkäufe zu konstruieren, indem sie behauptet, die Käufe dienten dazu, eine „Störung des geldpolitischen Transmissionsmechanismus“ – der Wirkungskette, über die geldpolitische Entscheidungen der Zentralbank auf die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen Einfluss nehmen – zu beheben: Wegen irrationaler Ängste der Marktteilnehmer vor einer Insolvenz der Problemstaaten, so die EZB, wirkten sich ihre geldpolitischen Maßnahmen nicht mehr hinreichend auf die Realwirtschaft der betreffenden Staaten aus.

„Rettung überschuldeter Eurostaaten vor der Zahlungsunfähigkeit durch Einsatz von Steuergeldern ist Fiskalpolitik, nicht Geldpolitik.“

Dazu ist folgendes zu sagen: Die Refinanzierungsbedingungen von Banken und anderen Kreditnehmern sind immer auch von dem wirtschaftspolitischen Umfeld abhängig. Zum wirtschaftspolitischen Umfeld gehört die Haushaltspolitik der Staaten, in denen die Banken und anderen Kreditnehmer tätig sind. Ist ein Staat überschuldet, kann dies das Vertrauen in die Finanzstabilität des betreffenden Staates erschüttern, insbesondere dann, wenn die Banken in großem Maße Staatsanleihen dieses Staates halten und von einem Staatsbankrott in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Die Haushaltspolitik der Eurostaaten ist aber nicht Sache der EZB. Die Vermeidung eines Staatsbankrotts ist eine Frage der Haushaltspolitik, staatenübergreifend betrachtet der Fiskalpolitik.

Wenn Eurostaaten sich überschulden und die Marktteilnehmer deshalb das Risiko eines Staatsbankrotts in die Zinsen für Staatsanleihen einpreisen, dann ist das eine marktgerechte Reaktion auf die Haushaltslage und Finanzsituation der betreffenden Staaten. Dass sich das Risiko des Staatsbankrotts auf das Zinsniveau auswirkt, ändert nichts daran, dass die Vermeidung eines Staatsbankrotts Aufgabe der Haushalts- und Fiskalpolitik ist. Ein Staatsbankrott kann nur dadurch vermieden werden, dass die Finanzierung des Staatshaushalts sichergestellt wird. Gelingt es dem Staat nicht, aus eigener Kraft zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen und die Überschuldung – durch Steigerung der Einnahmen und / oder durch Kürzung von Ausgaben – abzubauen, kann die Finanzierung nur durch Finanzhilfen anderer Staaten – also konkret: durch Finanzhilfen der „Rettungsschirme“ – oder durch Finanzierung durch die EZB sichergestellt werden.

Was die EZB mit dem OMT-Programm erreichen will, ist exakt das, wozu eigentlich EFSF und ESM geschaffen worden sind: Die EZB will die Problemstaaten vor dem Staatsbankrott retten. EZB-Präsident Draghi hat das ausdrücklich angekündigt, indem er gesagt hat, die EZB werde „alles Notwendige tun, um den Euro zu erhalten“. Mit anderen Worten: Die EZB wird Staatsanleihen der Problemstaaten in jedem Umfang kaufen, der notwendig ist, um einen Bankrott des betreffenden Staates abzuwenden. Mit ihrem OMT-Programm garantiert die EZB den Marktteilnehmern, dass sie um jeden Preis die Zahlungsunfähigkeit eines Eurostaats dadurch abwendet, dass sie dessen Finanzierung durch Staatsanleihenkäufe sicherstellt.

„Eurorettung“ durch Einsatz von Steuergeldern – in Wirklichkeit Rettung überschuldeter Eurostaaten vor der Zahlungsunfähigkeit durch Einsatz von Steuergeldern – ist eindeutig Fiskalpolitik und nicht Geldpolitik. Ob und in welchem Umfang Steuergelder eingesetzt werden, um Eurostaaten vor dem Bankrott zu retten, muss politisch

PICTURE-ALLIANCE/DPA/JULI DECK

Das Bundesverfassungsgericht verkündet am 30. Juni 2009 das Urteil zum Lissabon-Vertrag und setzt die Rechte des Parlaments und der Abgeordneten gegen den Widerstand der Bundesregierung und der Parlamentsmehrheit durch.

entschieden und parlamentarisch verantwortet werden. Dafür hat die EZB kein Mandat, auch wenn die Gefahr eines Staatsbankrotts Rückwirkungen auf das allgemeine Zinsniveau hat.

Damit kommen wir zu These 2: Die EZB hat im Hinblick auf ihre Zusammensetzung und ihr Entscheidungsverfahren keine demokratische Legitimation. Im EZB-Rat ist jeder Eurostaat mit einer Stimme vertreten. Länder wie Griechenland oder Zypern haben das gleiche Stimmgewicht wie Deutschland, obwohl der Kapitalanteil Deutschlands 27,1 Prozent, derjenige Griechenlands 2,8 Prozent und derjenige Zyperns 0,2 Prozent beträgt und obwohl Deutschland fast achtmal so viele Einwohner hat wie Griechenland und etwa achtzigmal so viele wie Zypern.

Vor allem aber sind die Organe der EZB nicht parlamentarisch verantwortlich. Sie müssen sich für ihre Entscheidungen vor keinem Parlament rechtfertigen und schon gar nicht zuvor die Zustimmung eines Parlaments einholen. Dies liegt an der verfassungsrechtlich garantierten Unabhängigkeit der EZB. Diese Unabhängigkeit hat ihren guten Grund. Ihr liegt die historische Erfahrung zugrunde, dass unabhängige Zentralbanken besser in der Lage sind, die Geldwertstabilität zu wahren als Zentralbanken, die sich den Wünschen der Politiker fügen müssen. Unabhängige Experten, die ihre Entscheidungen nicht unter dem Druck bevorstehender Wahlen nach politischen Gesichtspunkten treffen, sondern sich allein an ökonomischen Sachgesichtspunkten orientieren und nicht nach politischen Interessen, sondern nach ihrem Sachverstand entscheiden, sollen die Geldwertstabilität sichern.

Dieser besondere Zweck der Unabhängigkeit hat das Bundesverfassungsgericht im Maastricht-Urteil dazu bewogen, die expertokratische Legitimation der EZB zu akzeptieren und sie im Gesamtgefüge der Europäischen Union als verfassungsrechtlich vertretbare „Modifika-

tion“ des Demokratieprinzips anzusehen. Diese expertokratische Legitimation trägt jedoch nur, solange die EZB mit ihren Entscheidungen strikt im Rahmen dessen bleibt, was zur Wahrung der Geldwertstabilität aufgrund geldpolitischen Expertenwissens entschieden werden kann.

Die Fragen jedoch, ob ein von Insolvenz bedrohter Staat durch Ankäufe von Staatsanleihen gerettet werden soll, ob und in welchem Umfang Solvenzrisiken zwischen den Eurostaaten umverteilt werden sollen oder ob und in welchem Umfang die Schulden eines Staates vergemeinschaftet werden sollen, sind Fragen, die sich nicht aufgrund geldpolitischer Expertise, sondern nur aufgrund politischer Bewertungen und politischer Interessen beantworten lassen. Es gibt in einem demokratischen System keine Rechtfertigung dafür, dass solche Entscheidungen von demokratisch nicht legitimierten Experten getroffen werden.

Die Kläger in den Eurorettungsprozessen haben durchgesetzt, dass Haushaltsgelder zur Rettung insolvenzbedrohter Staaten nicht ohne konstitutive parlamentarische Zustimmung eingesetzt werden dürfen. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass nicht nur die Grundsatzentscheidung zur „Rettung“ eines Staates wie Griechenland oder Portugal nur mit Billigung des Bundestages getroffen werden darf, sondern dass sogar die Auszahlung einzelner Kredittranchen einer erneuten Zustimmung des Bundestages bedarf.

Eines der Rettungsinstrumente im Rahmen des ESM ist der Ankauf von Staatsanleihen eines Problemstaates. Ohne Zustimmung des Parlaments dürfen die deutschen Vertreter in den ESM-Organen solchen Anleihenkäufen nicht zustimmen, und ohne deutsche Zustimmung ist dem ESM der Ankauf nicht möglich. Nun hebelt die EZB diesen vor dem Bundesverfassungsgericht erstrittenen Legitimationsmechanismus aus, indem sie neben den „Rettungsschirm“ des ESM einen eigenen „Rettungsschirm“ stellt, der exakt das gleiche tut, was der ESM tun kann, nämlich Staatsanleihen von Problemstaaten kaufen – nur eben ohne parlamentarische Billigung und zudem in unbegrenzter Höhe. Auch die Haftungsbegrenzung des ESM – dort hat Deutschland maximal 190 Milliarden Euro einzuzahlen – wird auf diese Weise ausgehebelt. Auch hierin liegt ein krasser Verstoß gegen das Demokratieprinzip. Und dieser Verstoß wäre sogar dann gegeben, wenn die Anleihenkäufe noch vom Mandat der EZB gedeckt wären. Dann wäre nämlich das Mandat wegen Verstoßes gegen das Demokratieprinzip verfassungswidrig.

Damit sind wir bei These 3: Das Bundesverfassungsgericht sieht die Haushaltsverantwortung des Parlaments als unverfügbaren Kernbestandteil der Demokratie an. Das Parlament darf seine Budgetverantwortung nicht durch unbestimmte Ermächtigungen auf andere Akteure übertragen; es darf sich „keinen finanzwirksamen Mechanismen ausliefern, die [...] zu nicht überschaubaren haushaltsbedeutsamen Belastungen ohne vorherige konstitutive Zustimmung führen können, seien es Ausgaben oder Einnahmeausfälle“. Um solche demokratiewidrigen Mechanismen aber handelt es sich bei den Staatsanleihenkaufprogrammen der EZB: Ohne dass der Bundestag gefragt wird, belasten sie den Bundeshaushalt mit hohen Milliardenrisiken. Die EZB macht aus der Währungsunion eine Haftungsunion. Der Bundestag dürfte die EZB selbst dann nicht zu einer solchen Politik ermächtigen, wenn die EZB-Organe demokratisch legitimiert wären.

> *„Statt die Interessen der deutschen Steuerzahler zu verteidigen hat sich die Bundesregierung auf die Seite der EZB geschlagen.“*

Mit dem SMP und mit dem OMT-Programm beschädigt die EZB die Demokratie in Europa und in Deutschland auf schwerwiegende Weise. Es ist bestürzend, dass dies kaum jemanden zu interessieren scheint. Eine kleine Gruppe

demokratisch nicht legitimierter Zentralbanker maßt sich Entscheidungen an, die schicksalhafte Auswirkungen für Europa haben, Haushaltsrisiken in gigantischem Ausmaß zwischen den Eurostaaten umverteilen und vor allem den deutschen Steuerzahler möglicherweise finanzielle Folgelasten aufbürden, an denen sie lange und schwer zu tragen haben werden. Konkrete Einbußen für den Bundeshaushalt gibt es schon jetzt: Hatte die Bundesbank im Jahre 2010 noch einen Gewinn in Höhe von 4,1 Milliarden Euro an den Bund abgeführt, so waren es im Jahre 2012 aufgrund von Wagnisrückstellungen, die die Bundesbank infolge der Eurokrise gebildet hat, nur noch zwischen 600 und 700 Millionen Euro.

Statt die Rechte des Bundestages und die Interessen der deutschen Steuerzahler zu verteidigen und entschieden gegen die Kompetenzanmaßung der EZB vorzugehen – zumindest mit einer Klage beim Europäischen Gerichtshof –, hat sich die Bundesregierung im Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht auf die Seite der EZB geschlagen. Und sogar die Bundestagsmehrheit ist im Verfassungsprozess der EZB zur Hilfe gekommen. Die EZB verletzt die Haushaltsautonomie des Bundestages, und der Bundestag unterstützt dies auch noch.

Das erinnert an andere Verfassungsprozesse der letzten Jahre: Mit den Urteilen über den Vertrag von Lissabon, über den vorläufigen „Euroretttungsschirm“ und über seine Ausgestaltung („Geheimgremium“) wurden von Peter Gauweiler und anderen Klägern Rechte des Parlaments und der Abgeordneten gegen den Widerstand der Bundesregierung und der Parlamentsmehrheit durchgesetzt. Daraus scheinen letztere nichts gelernt zu haben. Das Bundesverfassungsgericht wird sie erneut belehren müssen. ◆

Die ganze Euro-Debatte in unserem Online-Archiv

Auf unserer Website haben Sie Zugriff zu allen Beiträgen, die den Euro, die EU und Europa unter dem Blickwinkel von Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit beleuchten.

www.derhauptstadtbrief.de

LUDWIG VON MISES INSTITUTE

Prof. Dr. Philipp Bagus lehrt Volkswirtschaft an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid. Der Geld- und Konjunkturtheoretiker ist Autor der Studie *Die Tragödie des Euro. Ein System zerstört sich selbst* (FinanzBuch Verlag). Für den HAUPTSTADTBRIEF erläutert er, welchen Tatbestand die Floskel vom Zeitkaufen verdeckt.

Wie teuer ist „Zeit kaufen“?

Sparer und Steuerzahler zahlen den Preis und werden das noch in Jahrzehnten spüren | Von Philipp Bagus

Allgemein herrscht Übereinstimmung, dass die bisherige Europolitik nur Zeit gekauft hat. Die Probleme der Überschuldung und fehlenden Wettbewerbsfähigkeit sind nicht gelöst. Was aber ist mit „Zeit kaufen“ gemeint?

Wer Zeit kauft, zahlt etwas. Er ist bereit, in einen Zeitgewinn Geld zu investieren, weil er in der gewonnenen Zeit Kräfte bündeln kann, die er benötigt, um Probleme zu lösen, zu deren Beseitigung er sich derzeit noch nicht in der Lage sieht.

Ist diese Metapher für den Euroentsatz zutreffend? Zunächst gilt: Die Zeitgewinner sind nicht mit jenen identisch, die die Kosten tragen. Zu den Profiteuren des Zeitkaufens gehören vor allem Politiker und Finanzwirtschaft. Sie müssen dank Euroentsatzes (noch) nicht die Konsequenzen ihres verantwortungslosen Handelns und risikoreichen Investierens tragen. Sie gewinnen Zeit.

Im Grunde ist „Zeitkaufen“ nur ein billiger Euphemismus für eine gnadenlose und undemokratische Umverteilung.

Die Politiker der Krisenländer können den Staatsbankrott dank Rettungsschirmen und expansiver Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) verzögern. Nach offizieller Argumentation erhalten sie Zeit für das Wirken der notwendigen Reformen. Dieser Argumentation liegt indes ein Irrtum zu Grunde. Die entscheidende Frage ist: Haben diese Staaten ein Überschuldungs- oder ein Defizitproblem?

- Ist das Problem der Krisenstaaten eine Überschuldung, dann bringt ein Zeitgewinn nichts. Die Last der Schulden ist zu hoch und wird es Zukunft durch die weiter anfallenden Zinsen noch mehr sein.

- Ist das Problem hingegen eine noch tragbare Schuldenlast, die sich jedoch durch ein Defizit stetig und gefährlich vergrößert, so lässt sich das Problem schlagartig lösen.

Für die Beseitigung des Defizits braucht es keinen Zeitgewinn. Vielmehr darf keine Zeit verloren werden. Genau wie eine Familie, die in einem Monat 200 Euro mehr ausgibt, als sie einnimmt, ihr Defizit zwar schmerzhaft, aber unmittelbar abstellen kann, kann dies ein Staat auch.

Das sofortige Abstellen des Problems ist jedoch unerwünscht; denn die notwendigen Maßnahmen sind bei der Bevölkerung unbeliebt. Die Abstellung der Probleme auf einen Schlag brächte den Regierungen die Gefahr der Abwahl und des Machtverlusts. Ohne Hilfe von außen müssten sich die Regierungen

zwischen der Erklärung des Staatsbankrotts und der Durchführung umfassender Reformen entscheiden. Durch den Euroentsatz können sie die Entscheidung verschieben. So läuft der Zeiterwerb darauf hinaus, dass Regierungen ihre Ausgaben nur nach und nach verringern und Reformen wie Arbeitsmarktflexibilisierung oder Bankenrestrukturierung verschleppen. Beispielsweise war in Spanien ein plötzliches Abflauen der Reformbemühungen nach dem EU-Subventionspaket für den spanischen Bankensektor zu bemerken.

Auch Politiker der relativ gesunden Euroländer profitieren vom Zeitkauf. Einige wünschen sich einen Europastaat und begrüßen die Zentralisierungstendenzen des Zeitkaufs. Er verleiht neuen (ESM) und alten (EZB) zentralen Instanzen mehr Macht. Andere, die sich alternativlos der „Rettungspolitik“ verschrieben haben, freuen sich des Zeitkaufs. Er verspricht die Verschiebung der Kostenrealisierung, bis wichtige Wahlen gewonnen sind.

Als letzte Gruppe, die den Zeitkauf gewinnbringend nutzen kann, sind die Besitzer von Staatsanleihen der Problemländer zu nennen. Sie bekommen Zeit, sich von den toxischen Papieren zu trennen. Diese reichen sie an öffentliche Institutionen wie die EZB weiter, für deren Verluste der Steuerzahler gerade steht.

Wenn es so viele Gewinner gibt – wer zahlt dann die Rechnung? Die Kosten des seit 2010 praktizierten Zeitkaufens treffen zunächst die

236,7 Mrd. Euro

Sparer der gesamten Eurozone – nicht nur die Deutschen! Sie werden von der Niedrigzinspolitik der EZB, die den Staaten und Banken ein Weitermachen ermöglicht, schleichend enteignet. Das deutsche Bruttogeldvermögen beträgt etwa 5 Billionen (5000 Milliarden) Euro. Davon sind nach Schätzung von Professor Walter Krämer etwa 1500 Milliarden Euro in Festgeldern oder Sparguthaben angelegt. Bei Zinsen, die mindestens 1 Prozent niedriger sind, als sie es ohne Euro gewesen wären, belaufen sich die jährlichen Verluste auf 15 Milliarden Euro. Diese Schätzung deckt sich mit den Zahlen einer Postbank-Studie, die den Schaden für den deutschen Sparer für 2013 auf 14 Milliarden Euro und für nächstes Jahr auf 21 Milliarden Euro taxiert. Dem Schaden der Sparer steht das Vergnügen des Finanzministers gegenüber, der für Staatsanleihen niedrigere Zinsen zahlt (nach Berechnung der Postbank 9 Milliarden Euro 2013 weni-

FOTOLIA/EISENHANS

FOTOLIA/EYETRONIC

60 Mrd. Euro

Zeit kaufen hat zwei Seiten

Ein gutes Geschäft ist es für die, denen es bezahlt wird. Zu den Gewinnern gehören Banken, die bei Staatsbankrotten mit in den Abgrund gezogen würden. 236,7 Milliarden Euro kostet den Euro-Steuerzahler das Zeitkaufen allein für Griechenland.

Ein schlechtes Geschäft ist es für die, die es bezahlen: die Euro-Bürger. Wer fürs Alter spart, wird durch die EZB-Niedrigszinspolitik schleichend enteignet. 2013 könnten allein die deutschen Sparer mit 60 Milliarden Euro Zinsverlust auf der Verliererseite stehen.

ger), diesen Gewinn aber nicht durch Steuersenkungen an die Bürger weitergibt.

Vergleicht man den heutigen EZB-Leitzins von 0,5 Prozent mit den historischen Bundesbankzinssätzen, ist diese Verlustschätzung sehr konservativ. Der Diskontsatz der Bundesbank lag niemals unter 2,5 Prozent. Er lag also immer mindestens 2 Prozent höher als der heutige Leitzins. Ein 2-prozentiger Zinsverlust bewirkt bei einem Anlagevermögen von 1500 Milliarden Euro schon einen Verlust von 30 Milliarden Euro. Zudem galt der Bundesbankniedrigzins für rezessive Verhältnisse. Die deutsche Konjunktur läuft aber robust, sie braucht keine künstliche Stimulierung. Der Vergleich mit dem Durchschnittszins der Bundesbank von etwa 4,5 Prozent bringt schon eine Zinsdifferenz von 4 Prozent. Dann ergeben sich Verluste von 60 Milliarden Euro für die Sparer – nur in diesem einen Jahr 2013.

„Aus dem Zeitkaufen ergeben sich Verluste von 60 Milliarden Euro für die Sparer – nur in diesem einen Jahr 2013."

Zudem ist das Zeitkaufen durch die EZB tendenziell inflationär. Preise sind höher, als sie es ohne die extreme lockere Geldpolitik gewesen wären. Milch, Tomaten, Benzin oder Ferienimmobilien wären ohne Euroentsatz wahrscheinlich deutlich günstiger. Bei höheren Zinsen und einer Zentralbank, die sich von der schnellen Geldmengenausweitung in den USA und Japan absetzte, wäre unsere Währung auch international wertvoller. Wäre der Euro 20 Prozent mehr wert, müssten wir für Importgüter 20 Prozent weniger zahlen. Die Konsumenten hätten mehr Geld für andere Ausgaben übrig. Die Wirtschaftsstruktur würde sich verändern. Der stark expandierte Exportsektor würde tendenziell schrumpfen, der Binnenkonsum- und Investitionssektor wachsen.

Weitere Kosten des Zeitkaufens liegen auf den starken Schultern in der Währungsunion, d. h. auf den deutschen. Durch Kreditgarantien lauern Verluste in immenser Höhe. Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) stellen die Deutschen den Käufern von Staatsanleihen der Problemländer eine kostenlose Versicherung aus. Bekommt eine Regierung ihr Defizit nicht in den Griff, springt der deutsche Steuerzahler über den ESM in die Bresche – und zwar umsonst.

Die größten Kosten des Zeitkaufs entstehen jedoch dadurch, dass notwendige Reformen und Ausgabenstreichungen auf die lange Bank geschoben werden. Die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität Europas leidet. Massenarbeitslosigkeit in den Krisenländern führt zu riesigen Wohlfahrtsverlusten. Europa fällt zurück und kriegt sich immer mehr in die Haare. Die einen wollen noch mehr Zeit gekauft bekommen, die anderen wollen dies nicht gewähren. Der Zeitkaufzankapfel entzweit die Völker. Im Grunde ist „Zeitkaufen" nur ein billiger Euphemismus für eine gnadenlose und undemokratische Umverteilung.

Das Resultat führt Griechenland vor Augen. Nach Hilfspaketen von 236,7 Milliarden Euro, Anleihenkäufen der EZB, ESM-Garantien und einem privaten Schuldenschnitt ist nach über drei Jahren des Hinausschiebens kein Ende in Sicht. Auf ein drittes Hilfspaket hat der Finanzminister die Deutschen bereits eingestimmt. Das Spiel geht also mit verheerenden Folgen weiter. Politiker und Bankiers wollen weiter Zeit kaufen. Die Kosten werden Sparer und Währungsnutzer noch in Jahrzehnten spüren. ◆

IMPRESSUM Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Bruno Waltert | Redaktionsdirektor: Dr. Rainer Bieling
Art Director: Paul Kern | Gestaltung und Layout: Mike Zastrow | Bildbearbeitung: Manuel Schwartz
Verlag: HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin
Telefon 030 - 21 50 54 00 | Fax 030 - 21 50 54 47 | info@derhauptstadtbrief.de, www.derhauptstadtbrief.de
Druck: ESM Satz und Grafik GmbH, Berlin | Redaktionsschluss: 10. September 2013 | Wiedergabe von Beiträgen aus dem HAUPTSTADTBRIEF stets mit der Quellenangabe: © DER HAUPTSTADTBRIEF. Für unverlangte Zusendungen keine Haftung.
ISSN 2197-2761

porta!

möbel & mehr

Der Möbelgigant in Potsdam

Weltstadt-Auswahl für Berlin und Brandenburg

Eine Auswahl der Qualitätsmarken in unserem Hause:

PASCHEN MÖBEL FÜR INDIVIDUALISTEN · NEFF ELEKTROGERÄTE · JOOP! · LIEBHERR · MONDO Die creative Möbelmarke · Miele · hülsta · ROLF BENZ · now! by hülsta · KAHLA PORZELLAN FÜR DIE SINNE · JAB ANSTOETZ · LIV'IN DIE JUNGE MÖBELMARKE · B LEUCHTEN B - LEUCHTEN Design by Bankamp

14480 Potsdam • Porta Möbel Handels GmbH & Co. KG Potsdam • Zum Kirchsteigfeld 4
direkt neben dem Stern-Center • Telefon 0331/20085-0 • Mo-Sa 10-20 Uhr • www.porta.de

PRIVAT

Daniel D. Eckert ist Finanzanalyst bei der *Welt* und *Welt am Sonntag*, Wirtschaftsblogger bei *Twitter* unter @Tiefseher und Autor des Buchs *Weltkrieg der Währungen* (2010 zum Deutschen Wirtschaftsbuchpreis nominiert, Neuauflage 2012). Aus Anlass seines neuen Buchs *Alles Gold der Welt* (Juni 2013) bat ihn der HAUPTSTADTBRIEF um eine Beschreibung der Risiken und Nebenwirkungen des Papiergeldsystems.

Mit dem Papiergeld kam die Staatsverschuldung

Der lange Schatten des Richard Nixon: Seit er 1971 die Goldbindung der Leitwährung Dollar beseitigte, eskaliert die Staatsverschuldung. Das Experiment mit dem Geld aus dem Nichts steht auf der Kippe | Von Daniel Eckert

Das Kernforschungszentrum CERN bei Genf mit seinem 27 Kilometer langen Teilchen-Beschleuniger gilt gemeinhin als das größte Experiment der Menschheit. Diesen Ehrfurcht erregenden Titel könnte mit ebenso viel Recht auch unser modernes Papiergeldsystem tragen. Dieses größte Experiment der Wirtschaftsgeschichte ist mindestens ebenso komplex wie CERN. Nur ist es weitaus gefährlicher, und sein Ausgang ist vollkommen ungewiss.

Es war im August 1971, als Richard Nixon eine Sondersendung ansetzte. Der US-Präsident war sichtlich nervös. Dann verkündete er einen Coup: Die Bindung zwischen Dollar und Gold war mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Nixon läutete eine neue Ära ein. Zum ersten Mal waren alle Währungen auf der Welt nur noch Papiergeld („Fiat money“, wie es im Englischen heißt, „es sei Geld“ nach Art des fiat lux – es sei Licht). Der Wert dieses Geldes aus dem Nichts beruhte nicht mehr auf einem Sachwertkern, sondern allein auf dem Vertrauen, das die Bürger diesem Geld und den Institutionen entgegenbrachten.

Nixon sah die einseitige Aufkündigung der Goldbindung als politischen Befreiungsschlag. Für ihn war es nur Teil eines Maßnahmenpakets, um Amerika kurzfristig Handlungsspielräume zu verschaffen. Die US-Wirtschaft befand sich im Abschwung, und der Vietnamkrieg zwang die Supermacht zur Mobilisierung ungeheurer Kapitalien. So wirkte der Befreiungsschlag denn auch doppelt: Die folgende Dollar-Abwertung verbesserte die preisliche Wettbewerbsposition der amerikanischen Firmen, und die von den „Fesseln“ des Goldes befreite Staatsfinanzierung ermöglichte die Fortsetzung des Krieges in Südasien.

> *„Regierungen, Notenbanken und Geschäftsbanken sind zu einem politisch-finanziellen Komplex zusammengewachsen.“*

Die Auflösung der Goldbindung durch die Führungsnation der freien Welt war ein Vertragsbruch. Gemäß den 1944 geschlossenen Vereinbarungen von Bretton Woods sollte ein goldunterlegter Dollar die Stabilität des globalen Währungssystems garantieren. Das störte Nixon wenig. Sein Finanzminister hatte den Europäern bei anderer Gelegenheit bereits zugeraunt: „Unsere Währung, euer Problem.“ Nixons Kalkül ging auf: Die einseitige Aufkündigung rettete seine politische Karriere – zumindest bis zum Watergate-Skandal.

Nixon ist längst gegangen, sein Papiergeld aber blieb. Es war nicht das erste seiner Art, aber alle

historischen Papiergeldexperimente hatten eines gemeinsam: Sie endeten in inflationärer Selbstzerstörung. So schienen die Jahre nach dem Zerfall von Bretton Woods die Befürchtungen der Skeptiker umgehend zu bestätigen. Die gesamte westliche Welt erlebte eine Zeit beschleunigter Geldentwertung. Altehrwürdige Industrienationen wie Großbritannien litten zeitweise unter Inflationsraten von 20 Prozent und mehr. Befreit von Rücksichtnahmen auf die Goldbestände, konnten die Notenbanken die Geldmengen nun nach Belieben ausweiten. Natürlich taten sie das nie leichtfertig, sondern nur wenn es dafür gute Gründe gab.

Gute Gründe für eine Ausweitung der Geldmenge ließen sich in dem ersten Jahrzehnt des Papiergeld-Standards oft finden. Zum Beispiel steigende Rohstoffpreise. Verteuerten die ölproduzierenden Staaten das Schwarze Gold, so drohte eine Verschärfung der Rezession. „Notenbank, gib Geld“, hieß es dann. Konnten die Gewerkschaften höhere Löhne durchsetzen, um das Hochschnellen der Verbraucherpreise auszugleichen, so drohte der Wirtschaft eine Kapitalknappheit. „Notenbank, gib Geld“, hieß es dann. Ende der Siebzigerjahre zeichnete sich ab, dass sich das neue Papiergeldsystem in einen Abwärtsstrudel befand.

Das Hochschnellen des Goldpreises zeigte an, dass sich immer mehr Menschen von den Papierwährungen ab- und dem Edelmetall als Ersatzwährung zuwandten. In der zweiten Hälfte wurde der Dollar so weich, dass er südamerikanischen Währungen glich. In ihrer berechtigten Inflationsangst flüchteten die Amerikaner ins Gold. Das war im Jahr 1974 endlich wieder für Privatanleger legalisiert worden – 1933 hatte Präsident Franklin D. Roosevelt privaten Goldbesitz in den USA verboten. Der Ansturm ließ den Preis der Unze von 42 Dollar auf 850 Dollar im Jahr 1980 hochschnellen.

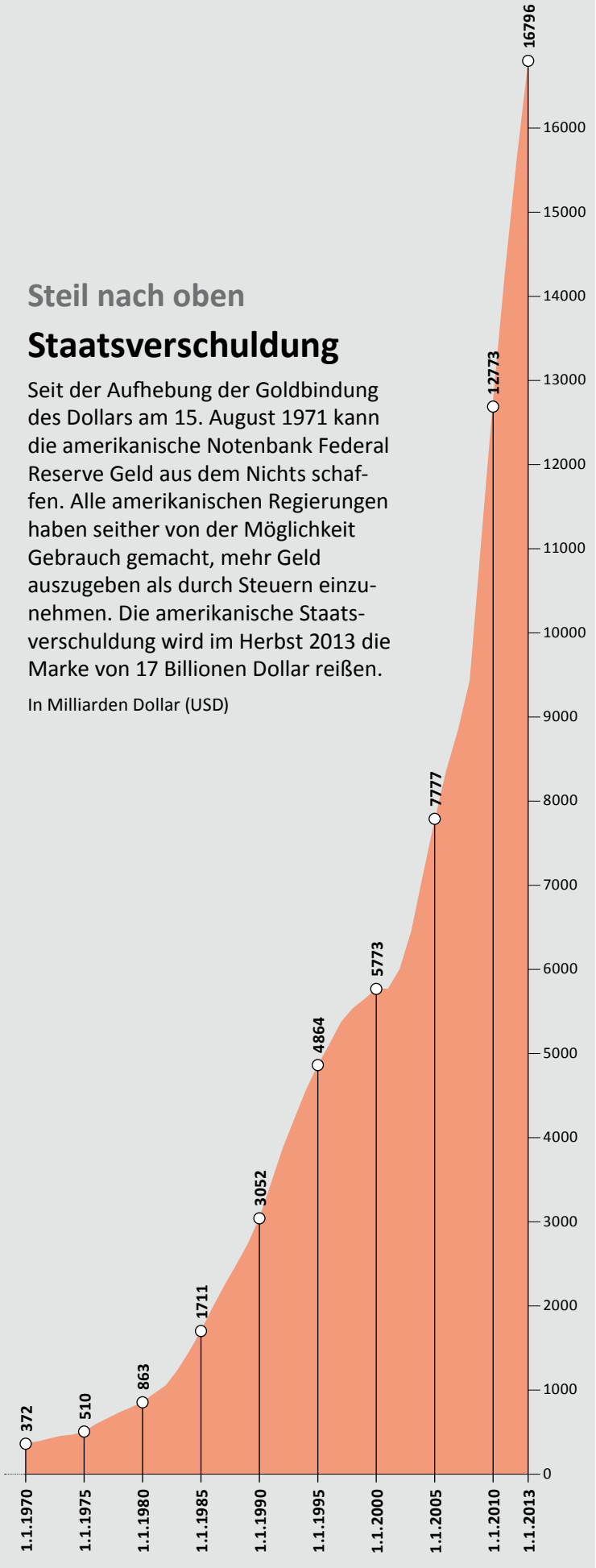
Dann jedoch kam der Gegenschlag. Der ist mit dem Namen Paul Volcker verbunden. Im August 1979 zum neuen Chef der Federal Reserve

Steil nach oben

Staatsverschuldung

Seit der Aufhebung der Goldbindung des Dollars am 15. August 1971 kann die amerikanische Notenbank Federal Reserve Geld aus dem Nichts schaffen. Alle amerikanischen Regierungen haben seither von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, mehr Geld auszugeben als durch Steuern einzunehmen. Die amerikanische Staatsverschuldung wird im Herbst 2013 die Marke von 17 Billionen Dollar reißen.

In Milliarden Dollar (USD)

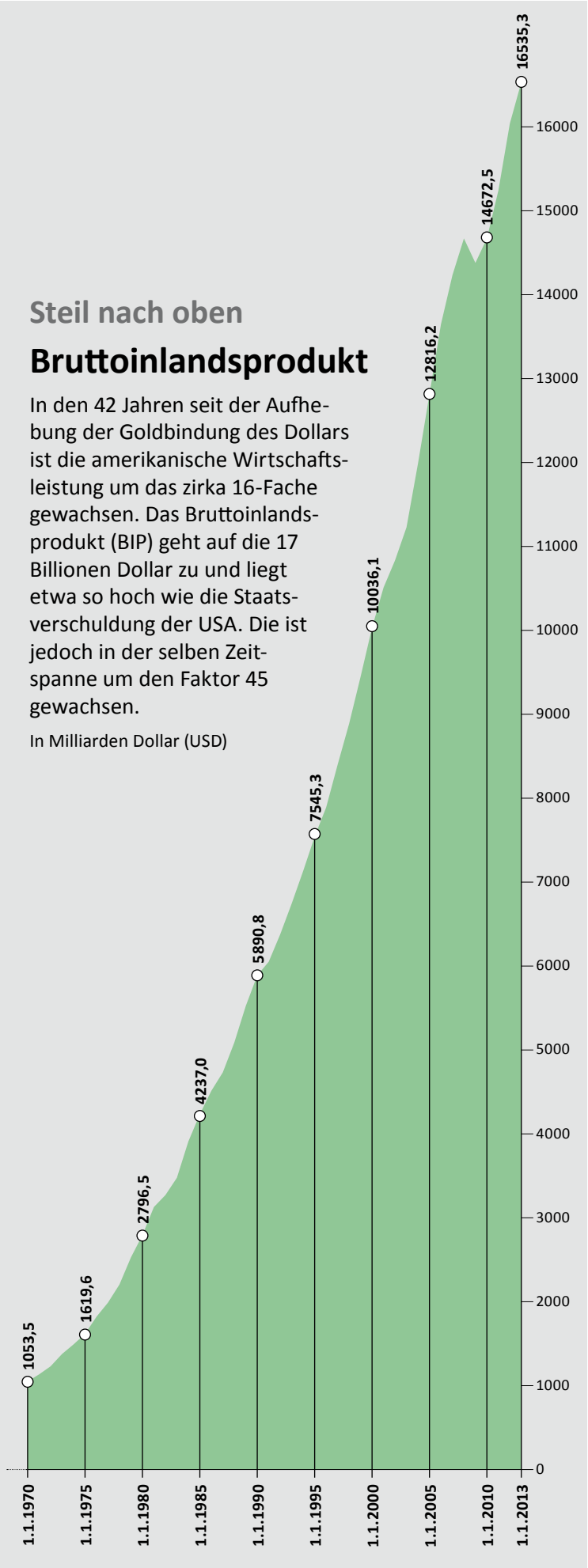


gewählt, wuchtete er die Zinsen nach oben. Damit erstickte er die Inflationserwartungen und brach den Teufelskreis sich gegenseitig beschleunigender Preis- und Lohnkostensteigerungen. In den 1980er-Jahren bekamen die meisten Industriestaaten ihre Inflationsraten in den Griff. Volckers Modell machte Schule, obwohl negative Ausnahmen blieben. Bezeichnenderweise befanden sich unter den Nationen mit beharrlichen Geldwertproblemen einige heutige Eurostaaten, darunter Griechenland und Italien.

Dennoch schien das Experiment des globalen Papiergeldsystems einen gutartigen Verlauf zu nehmen. Nun konnten die westlichen Volkswirtschaften die Vorteile von elastischen Währungen, deren Geldmenge sich beliebig expandieren lässt, auskosten: Während die sozialistischen Planwirtschaften des Ostblocks vor den Augen der Welt in sich zusammenfielen, verzeichneten die kapitalistischen Marktwirtschaften eine Phase stabilen Wachstums und moderater Preisanstiege. Auch Dank des allzeit leicht verfügbaren Kredits war es eine Ära der Innovation und des beschleunigten Produktivitätswachstums.

Und doch hatte das Papiergeldsystem eine dunkle Seite. Geld als Kredit anzusehen, der jederzeit verfügbar war, eröffnete eine unerwartete Möglichkeit: Nun konnte ein vermeintliches Perpetuum mobile gestartet werden, das höchst stimulierend auf die Konjunktur wirkte. Wenn Geld Kredit ist, liegt es nahe, die Möglichkeiten von Zukunftsinvestitionen voll auszuschöpfen. Über die Ausgabe von Anleihen können Staaten am Kapitalmarkt mit Leichtigkeit Geld aufnehmen, um Straßen und Häfen, Kliniken und Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen zu bauen. Eine Grenze der Kreditaufnahme ist schwer auszumachen, solange die Abnehmer der Meinung sind, dass die Rückzahlung gesichert sei.

Doch von Investitionen in die Zukunft konnte bei vielen Schuldenmachern bald nicht mehr die Rede sein. Häufig dienten die Schulden nur



oneworld
Ihr Komfort. Ihre Airline.
Entspannt auf Langstrecken: mit ausgezeichnetem Bordservice, Inseat Entertainment in jedem Sitz und hervorragendem Sitzkomfort – in der Business Class sogar in bequemen Liegesitzen.
airberlin.com
Your Airline.

dazu, die Kosten sozialstaatlicher Wohltaten zu decken. Die Idee des „deficit spending“ wurde ad absurdum geführt. Von dem Ökonomen John Maynard Keynes ursprünglich als sinnvolle Politik konzipiert, um Rezessionen abzumildern, wurde die Ausgabenpolitik auf Pump zum Dauerzustand – und zwar diesseits und jenseits des Atlantiks.

Zum Perpetuum mobile wird dieser Prozess dadurch, dass Banken die Staatsanleihen als Pfänder bei der Notenbank nutzen. Indem sie die Papiere an das Zentralinstitut weiterreichen, können sie sich frisches Geld besorgen. Als sicher geltende Staatsanleihen wurden zum Grundpfeiler der Refinanzierung des Finanzsektors. Der in der Finanzkrise oft behauptete Gegensatz von Staaten und Spekulanten ist daher nur eine Verschleierung. In den Zeiten nach Ende von Bretton Woods sind Regierungen, Notenbanken und Geschäftsbanken zu einem politisch-finanziellen Komplex zusammengewachsen.

Was auf dem Spiel steht, zeigt das Hochschnellen der US-Staatsschulden um den Faktor 45 in einer Zeitspanne, in der die Wirtschaftsleistung nur auf das zirka 16-Fache kletterte. Auch Geldmengen und globale Liquidität, wie sie sich zum Beispiel in den Währungsreserven spiegelt, explodierten. Die Schaubilder auf diesen Seiten zeigen das deutlich.

Griechenland war das erste europäische Land, bei dem dieses Gewebe zu zerreißen drohte. Der Euro, der wie ein Hebel wirkt, machte Griechenlands Insolvenz zum internationalen Problem. Das erklärt die Eile, mit der die Rettungspolitik seit 2010 immer neue Konstruktionen einführte, um den politisch-finanziellen Komplex zu erhalten. Kritik an der Bankenrettung aus den Reihen des politischen Establishments ist meist wohlfeil; denn die Geldhäuser sind von den Regierungen so abhängig wie die Regierungen von den Geldhäusern.

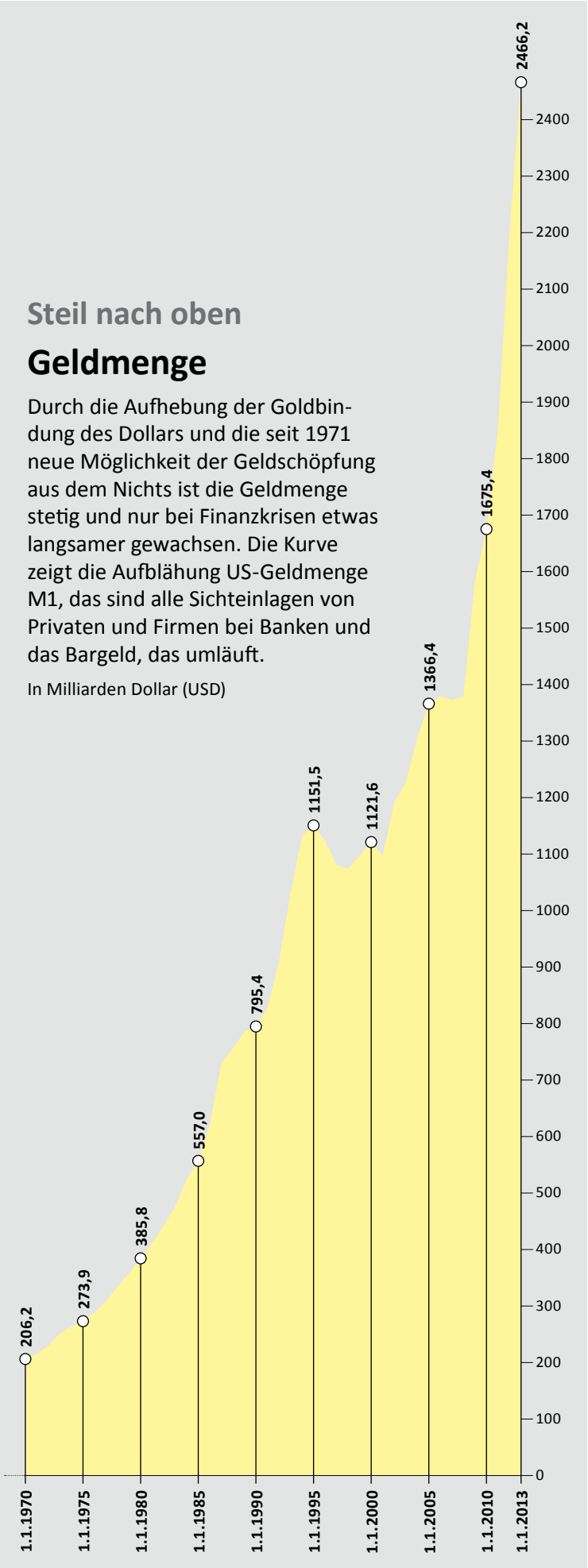
Eine Auflösung des politisch-finanziellen Komplexes wäre erst möglich, wenn die Defizite und

Steil nach oben

Geldmenge

Durch die Aufhebung der Goldbindung des Dollars und die seit 1971 neue Möglichkeit der Geldschöpfung aus dem Nichts ist die Geldmenge stetig und nur bei Finanzkrisen etwas langsamer gewachsen. Die Kurve zeigt die Aufblähung US-Geldmenge M1, das sind alle Sichteinlagen von Privaten und Firmen bei Banken und das Bargeld, das umläuft.

In Milliarden Dollar (USD)



Verschuldungsniveaus sinken. Das liegt aber in weiter Ferne. In diesen Wochen erreicht der Schuldenberg der USA eine Höhe von 17 Billionen Dollar. Das entspricht einer Quote von mehr als 100 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die Gesamtschulden Amerikas, inklusive Unternehmen und Privathaushalten, liegen weit höher, jüngsten Statistiken zufolge bei rund 60 Billionen Dollar. Die Schulden sind bereits vorweggenommener Wohlstand, verkonsumierte Zukunft.

Auf diesem Niveau von Verbindlichkeiten gleichen Staaten und ganze Gesellschaften Hedgefonds, die mit einem hohen „Hebel“ von Fremdkapital agieren. Treffen sie die richtigen Entscheidungen, ernten sie Wohlstand, liegen sie falsch, rasen sie sehenden Auges auf die Pleite zu. In diesem Stadium sind wir seit der Ausrufung der „Quantitative-Easing“-Programme angelangt. „Quantitative Lockerung“ ist eine Chiffre für die Beeinflussung der Zinsmärkte durch direkte fortgesetzte Interventionen der Notenbanken. Das Papiergeldsystem kann nur stabil gehalten werden, indem die Notenbank den Geldmarkt immer hemmungsloser manipuliert und mit ihrer quasi gottgleichen Macht zum alles beherrschenden Akteur wird.

Die jüngste Rettungswelle sah den radikalsten Eingriff in die Geldmärkte seit den 1940er-Jahren. Es wird jedoch nicht der letzte gewesen sein. Denn die Manipulation des Geldpreises gebiert ständig neue Verzerrungen und Spekulationsblasen. Der nächste „Knall“, vielleicht sogar der große, liegt in der Logik eines hochgedopten Finanzsystems. Das gewagte Experiment Papiergeld tritt in sein nächstes, bisher gefährlichstes, Stadium. ◆

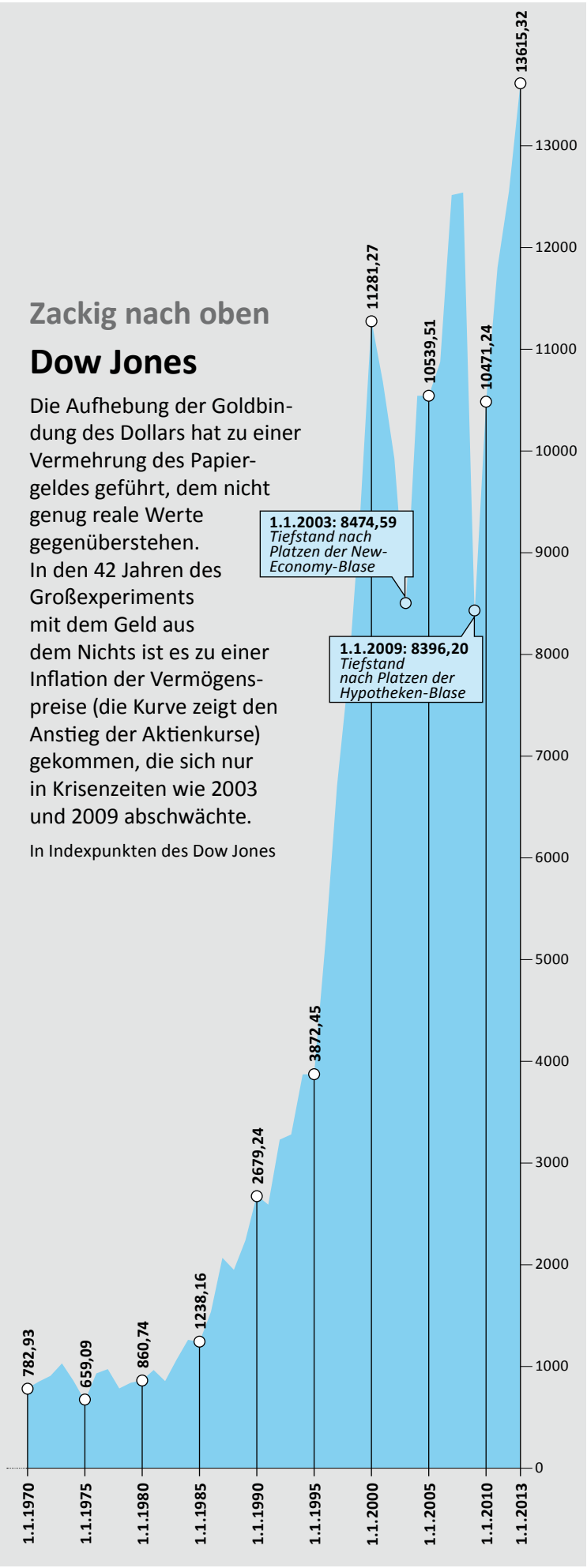
Alles Gold der Welt. Die Alternative zu unserem maroden Geldsystem. Von Daniel D. Eckert. FinanzBuch Verlag, München 2013. 240 Seiten, 19,99 Euro.
In dem Buch beschreibt der Autor das bis 1971 gültige goldgeckte Geldsystem, das dem in unserem Beitrag analysierten Papiergeldsystem vorausging, und nennt und bewertet Alternativen zum Geld aus dem Nichts.

Zackig nach oben

Dow Jones

Die Aufhebung der Goldbindung des Dollars hat zu einer Vermehrung des Papiergeldes geführt, dem nicht genug reale Werte gegenüberstehen. In den 42 Jahren des Großexperiments mit dem Geld aus dem Nichts ist es zu einer Inflation der Vermögenspreise (die Kurve zeigt den Anstieg der Aktienkurse) gekommen, die sich nur in Krisenzeiten wie 2003 und 2009 abschwächte.

In Indexpunkten des Dow Jones



PRIVAT

Marko Martin ist Schriftsteller und Publizist. Zuletzt erschien in der von Hans Magnus Enzensberger gegründeten *Anderen Bibliothek* sein Erzählband *Die Nacht von San Salvador*. Für den HAUPTSTADTBRIEF nimmt er Wortschöpfungen und Sprachregelungen aufs Korn, mit der uns Euroretter und Volksfürsorger zum Glauben an ihr Gutmeinen erziehen wollen.

Ein Primärüberschuss, Herr Professorin!

Wie EU-kompatibler Nebelsprech jegliche Vernunft ausmanövriert

Eine Polemik von Marko Martin

Oh Zauber positiv besetzter Begriffe! „Unorthodoxe Maßnahmen“ seien vonnöten, hört man aus der Chefetage der Europäischen Zentralbank EZB. Das klingt vortrefflich und sogar ein wenig rebellisch – bis man sich daran erinnert, dass solche Rede vordergründig zwar nach unbürokratischer Flexibilität klingt, im Grunde aber ein alter Hut ist. Er stammt von John Maynard Keynes. Der hat seit den 1940er-Jahren den Sinn von Stabilitätspolitik in Abrede gestellt und sie als „orthodox“ gebrandmarkt. „Unorthodox“ dagegen sei es, das Wirtschaftswachstum durch vermehrte Geldausgabe des Staates zu beflügeln, auch wenn der sich das Geld erst pumpen muss. Im Neusprech der EZB ist dann von „expansiver Geldpolitik“ der Notenbank die Rede, die amerikanische Fed spricht von „quantitativer Lockerung“, wenn sie Geld ohne Ende schafft, dessen die Regierung sich bedienen kann.

> *Positiv besetzte Vokabeln wie komplex, solidarisch oder verantwortungsvoll dienen nun als Zuchtmittel, um einer Sackgassen-Politik Legitimation zu verschaffen.*

Wer den Notenbank-Nebelsprech von „unorthodoxen Maßnahmen“ und „unkonventionellen Mitteln“ auf Normalmaß herunterdimmt, entdeckt weitere europäische Steuerzahler-Milliarden für reformunwillige Staatsstrukturen. Sowohl die Serientransfers nach Griechenland als auch die Eurorettung werden in Endlosschleifenrhetorik zu einer Frage von Leben oder Untergehen hochmoralisiert, während aus der alten Marxismus-Schule, wo man das „objektive Bewegungsgesetz der Geschichte“ zu kennen glaubte, der Begriff von der „alternativlosen Entscheidung“ beigesteuert wird.

„Bei der Heiligen Geista“, möchte man da ausrufen, ganz im Sinne der „Bibel in gerechter Sprache“. An der Leipziger Universität hat diese nun ihr säkulares Pendant gefunden: Nach hausinterner Regelung lautet hier seit kurzem die korrekte Anrede „Professorin“ – für weibliche wie für männliche Professoren gleichermaßen. Da die Verordnung jedoch nicht nur eine Spaltung des Lehrkörpers verursacht, sondern auch zu einer Flut von Protestbriefen geführt hat, wird die gesammelte Kritik nun sprachwissenschaftlich ausgewertet – finanziert vermutlich aus „Drittmitteln“, sprich ums Eck herum aus Steuergeldern.

Man muss nun bei all dem gar nicht erst auf George Orwells Klassiker *1984* und die dort eindringlich beschriebene Methode verweisen, mittels „Neusprech“ durch gezielte Wortneuschöpfungen das Denken im Sinne des „Großen Bruders“ zu beeinflussen, um zu der beklemmenden Erkenntnis zu gelangen, dass die Praxis der Sprach- und damit Denk- und Handlungsvernebelung robuster ist als jede Diktatur. Aus

mandatsüberschreitend verantwortungsvoll

unorthodoxe Maßnahmen KOMPLEX

solidarisch expansive Geldpolitik

unkonventionelle Mittel Primärüberschuss

ALTERNATIVLOS quantitative Lockerung

FOTOLIA/VETKIT

deren Geist/Geista aber stammen die Versatzstücke, um die gegenwärtige Krise zu kaschieren. Da gellt die vermeintlich frohe Kunde vom griechischen „Primärüberschuss“ besonders im Ohr: Der Athener Staat nehme inzwischen mehr ein, als er ausgebe, wenn man von den Schulden absehe. Die Milchmädchenrechnung vom „Primärüberschuss“ ignoriert einfach (und das gewiss nicht aus Zufall) die unerfreuliche Tatsache, dass ja ohne die vereinbarte Stundung weiterhin Zinsen für die Staatsschulden aufzubringen wären – und letztere nicht einmal centweise getilgt werden.

Solche Zuhilfenahme korrekt wirkender, den Laien oft einschüchternder Termini, um desolate Sachverhalte schönzureden und dabei die simpelsten Gesetze der Ökonomie auszuhebeln, erinnert fatal an die Rede vom „Mehrwert“, die einst linke „Professorinnen“ in Ost und West verbreiteten, um die Marktwirtschaft als permanenten Raubzug zu denunzieren: Ein Produkt kostet auf dem Markt soundso viel, sein Fertiger (seine „Fertigerin“) erhält von der erzielten Summe jedoch nur einen Bruchteil – logisch, rafft doch der Zigarre paffende Kapitalist (damals nur existent in der maskulinen Form) den „Mehrwert“ in die eigene Tasche. Wer es etwas komplexer sah, wurde mit der Bemerkung abgekanzelt, er durchschaue eben den „Verblendungszusammenhang“ nicht.

Die Skeptiker der EU-Finanzpolitik müssen sich dagegen – und das ist tatsächlich eine Neuerung – nicht etwa den Vorwurf gefallen lassen, einfache Dinge mutwillig zu verkomplizieren, sondern „komplexe Sachverhalte“ „populistisch zu vereinfachen“. Positiv besetzte Vokabeln wie komplex, solidarisch oder verantwortungsvoll dienen nun als Zuchtmittel, um einer Sackgassen-Politik Legitimation zu verschaffen. Und fast scheint es, dass selbst Kritiker solchen Verfahrens sich einer ungenauen, wattierten Diktion zu bedienen hätten, um ja nicht in den Ruch zu geraten, „verantwortungslos“ zu sein.

Wenn nämlich die EZB den geplanten unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen als „Outright Monetary Transaction“ (in etwa „Vorbehaltlose Zahlungstransaktion“) bezeichnet, darf die Bundesbank derlei natürlich nicht klar als verboten benennen. Stattdessen verpackt sie die Kritik am geplanten Gesetzesbruch, indem sie das Programm als „mandatsüberschreitend“ bezeichnet. Lerne: Je sanfter der Euphemismus, desto gruseliger die Fakten, die er verbirgt. Freilich könnte zumindest eines trösten: Derlei Nebelsprech hat keinen „Migrationshintergrund“, sondern ist selbstgemacht und kommt in diesem Fall nun tatsächlich „aus der Mitte der Gesellschaft“. Glückwunsch! Es ist ein Primärüberschuss, Herr Professorin. ◆

MISES INSTITUTE

Prof. Dr. Jörg Guido Hülsmann ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Angers, Frankreich, und Senior Fellow des Ludwig von Mises Instituts in Auburn, Alabama, USA. Sein jüngstes Buch *Krise der Inflationskultur* erschien im Mai 2013. Für den HAUPTSTADTBRIEF zählt er die Methoden der versteckten Besteuerung. Er kommt auf 15.

Die 15 Techniken der verdeckten Besteuerung

Wir erleben heute Steuerpropaganda in einem Ausmaß, das die klassischen Ökonomen wohl kaum für möglich gehalten hätten. Eine Erinnerung an verschwundene Erkenntnisse | Von Jörg Guido Hülsmann

Offene und verdeckte Besteuerung ist ein großes Thema, das bereits von den klassischen Ökonomen mit der gebührenden Aufmerksamkeit behandelt worden ist. Ich erinnere an David Ricardos Studie *Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung* von 1817. Heute sucht man in der Wirtschaftsliteratur vergebens nach so einer intensiven Behandlung der Steuerproblematik. Über Besteuerung wird kaum gesprochen. Das passt nicht zum Staat in seiner Heldenrolle.

Was dem Staat natürlich nur recht sein kann. Sein Bestreben ist, dass die Bürger gar nicht mitbekommen, in welchem Maße sie eigentlich zur Kasse gebeten werden.

Der Staat tritt lieber als Retter auf den Plan. Er sorgt dafür, dass endlich mehr Geld ausgegeben wird. Zunächst einmal besteuert er die Wohlhabenden höher; denn je mehr Geld jemand hat, desto weniger davon gibt er für Konsum aus, relativ gesehen. Der Staat kommt und sagt: Nun nehmen wir mal den Reichen das Geld weg und geben es den Armen; denn die geben viel mehr davon wieder für Konsumgüter aus. Das ist die bekannte Robin-Hood-Methode.

Wenn die Wirkung nachlässt, weil die Leute immer noch nicht im erwünschten Maß konsumieren, muss der Staat selbst ran. Er wird sagen: „Leute, wir haben das Geld, das wir brauchen, um die Wirtschaft wieder richtig in Schwung zu bringen. Das Problem ist bloß, es ist auf eurem Bankkonto, und da sollte es nicht liegen." Deshalb wird er sich etwas einfallen lassen, möglichst unauffällig an dieses Geld zu kommen.

> *„Die Theorie der verdeckten Besteuerung hat vor 110 Jahren bereits der italienische Ökonom Amilcare Puviani entwickelt."*

Die Theorie der verdeckten Besteuerung hat in einer weiteren großen klassischen Publikation vor 110 Jahren der italienische Ökonom Amilcare Puviani in seiner *Teoria della illusione finanziaria* entwickelt, auf Deutsch erstmals 1960 unter dem Titel *Die Illusionen in der öffentlichen Finanzwirtschaft* erschienen. Puviani beschreibt darin die verschiedenen Techniken, mit denen Regierungen versuchen, das Ausmaß der Besteuerung, des Rupfens zu verschleiern, um die goldene Gans bei Laune zu halten. Puviani hat elf Techniken hervorgehoben, auf die ich näher eingehen werde – und dann noch vier weitere anführen, die seither hinzugekommen sind; denn Puviani schrieb zu

FOTOLIA/GINA SANDERS

Heute muss ein Unternehmer einen Teil seiner Arbeitszeit oder der von ihm bezahlten Arbeitszeit seiner Mitarbeiter darauf verwenden, nicht Güter zu produzieren, sondern Steuern einzutreiben. Er muss, vom Staat zwangsverpflichtet, Mehrwertsteuer, Lohnsteuer und dergleichen erheben.

einer Zeit, in der sich Regierungen noch nicht all die Sachen trauten, die sie sich heute trauen.

Die **erste Technik** besteht darin, der direkten eine indirekte Besteuerung vorzuziehen, so dass die Steuer im Preis der Güter versteckt ist. Das klassische Beispiel ist der Benzinpreis. Man geht zur Zapfsäule und zahlt 1,40 Euro für Diesel. Beim Tanken spürt man nicht, dass davon 1,10 Euro direkt an den Staat weitergehen. Es ist nicht die böse Ölgesellschaft, die die hohen Preise nimmt, es ist der Staat, der darin eine hohe Steuer versteckt.

Die **zweite Technik** ist die Inflation, denn sie mindert die Staatsschulden. Inflation bringt die so genannten Cantillon-Effekte hervor, benannt nach dem irisch-französischen Ökonomen Richard Cantillon, einem weiteren Klassiker. Die Erhöhung der Geldmenge führt dazu, dass die Geldpreise steigen, aber die Geldpreise steigen nicht gleichzeitig, sondern nur im Verlauf der Zeit – nämlich in dem Ausmaß, in dem das zusätzliche Geld ausgegeben wird. Es verbreitet sich nach und nach durch die Wirtschaft, so dass einige Preise vor anderen steigen. Das bedeutet auch: Einige Einkommen steigen vor den anderen Einkommen. Dadurch ergeben sich Verschiebungen der Realeinkommen sowie der realen Vermögen in der Gesellschaft. Deshalb kommt alles darauf an: Wer ist in der *Pole-Position?* Wer ist ganz vorne und damit Gewinner? Das sind diejenigen, die das neue Geld ausgeben können, solange die Preise noch relativ niedrig sind – der Staat und die Finanzwirtschaft. (Siehe HAUPTSTADTBRIEF 116, Seite 23 – Anm. d. Red.)

Die **dritte Technik** besteht in Krediten. Der Staat nimmt Kredite auf, um seine Ausgaben zu finanzieren. Das ist eine sehr interessante Technik. Man braucht den Bürgern nicht das Geld per Steuern aus der Tasche zu ziehen; denn wenn man

einen Kredit aufnimmt, handelt es sich um ein Tauschgeschäft. Der Staat sichert nicht nur die Rückerstattung zu, sondern auch noch Zinsen und obendrein eine relativ sichere Anlage. Da sind die Kreditgeber hoch erfreut, sie leihen dem Staat Geld, weil es dazu keine bessere Alternative gibt. Realwirtschaftlich gesehen handelt es sich hier um eine Form der Besteuerung nach dem Motto: Finanziere einen wesentlichen Teil der Staatsausgaben durch Kredite, um so die Steuern auf künftige Generationen zu verschieben.

ASE.SIGNUM.SNS.IT

Amilcare Puviani (1854 bis 1907), Wirtschaftsprofessor in Perugia, entwickelte und veröffentlichte 1903 die Theorie der verdeckten Besteuerung. Erst 1960 erschien das Werk „Die Illusionen in der öffentlichen Finanzwirtschaft“ auf Deutsch. Es zählt elf Techniken zur Verschleierung der Besteuerung auf.

Die **vierte Technik** besteht darin, Steuern gezielt auf Luxusgüter und auf Geschenke zu erheben, also auf Güter, mit denen grundsätzlich Freude verbunden wird. Im Moment des Bezahlens ist für den Steuerzahler diese Freude zwar etwas gemindert, es bleibt aber dennoch eine Form des Steuerentrichtens, die weniger als den üblichen Grimm auslöst.

Die **fünfte Technik** besteht darin, zeitweilige Steuern einzuführen, nach dem Motto: Wir machen dieses Jahr eine Solidaritätszulage. Nur für dieses Jahr – und auf einmal sind es zwanzig Jahre. Es beginnt mit einer kleinen Abgabe, als befristet angekündigt, und wird Jahr um Jahr verlängert und gern auch erhöht.

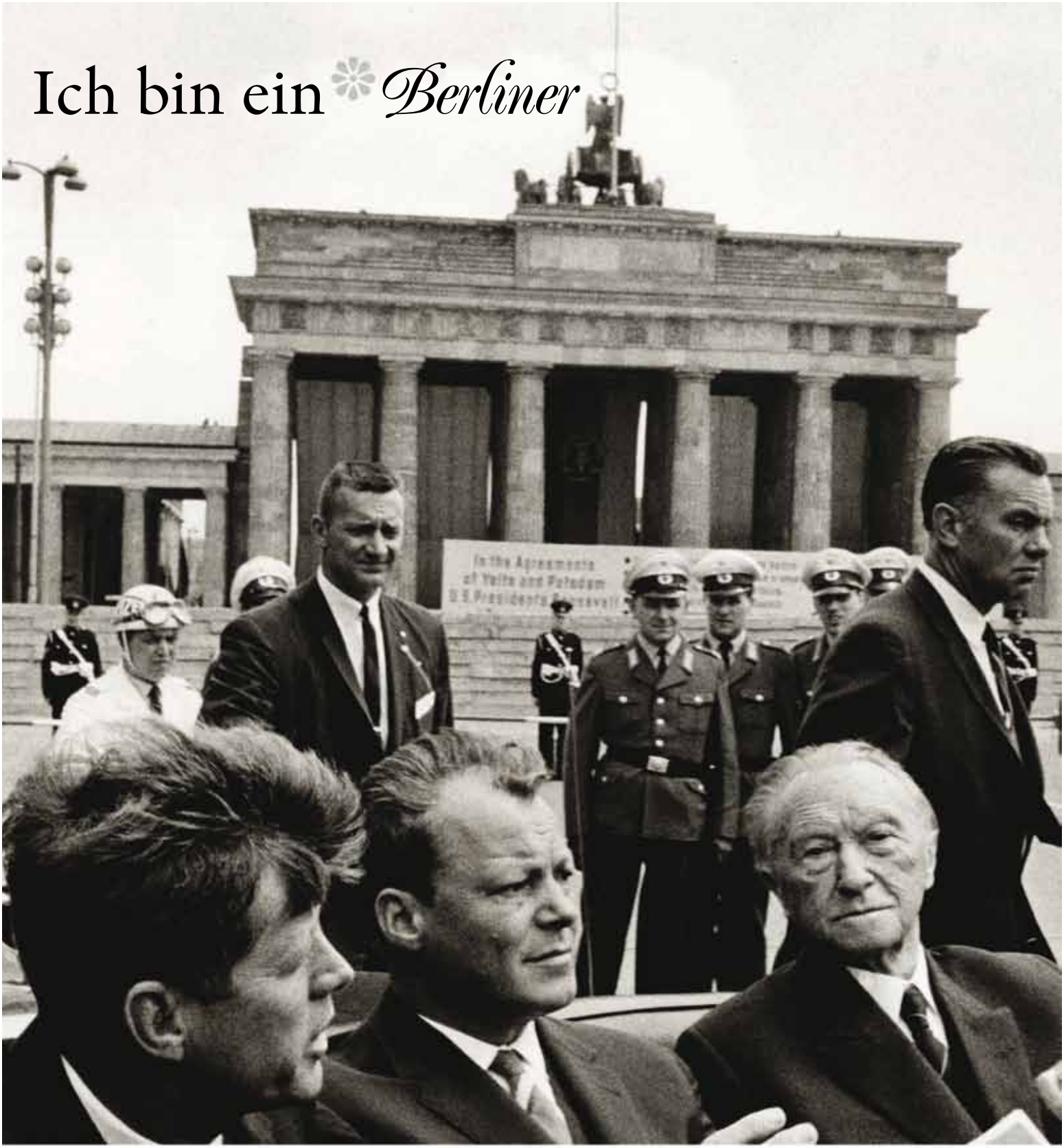
Die **sechste Technik** sind Steuern, die Ressentiments ausnutzen. Ein Beispiel hier wäre der Emissionshandel. Den betroffenen energieintensiven Industriebetrieben und Fluggesellschaften geschieht dies in der öffentlichen Wahrnehmung recht. Der Staat „bestraft“ Firmen, die als Umweltverschmutzer gelten, indem er bei ihnen zulangt. Auch bei dieser Technik fängt man niedrig an, kann aber später den Preis für Emissionszertifikate bei Bedarf anheben.

Die **siebte Technik**, ganz beliebt: Die Drohung damit, dass alles den Bach runtergehen wird, wenn wir nicht zahlen. Das Argument kam 2008 in der Krise, da hieß es: Wir müssen jetzt schnell von heute auf morgen ein paar Hundert Milliarden bereitstellen. Das erscheint euch ein hoher Preis zu sein? Aber wenn ihr jetzt nicht zahlt, wird alles noch viel, viel teurer. Das hören wir seit 2010 auch bei der Eurorettung. Griechenland, Irland, Zypern, zwei Dutzend Milliarden hin, drei Dutzend Milliarden her, Schnickschnack. Überlegt euch mal, was passiert, wenn wir da rausgehen. Dann haben wir auf einmal wieder 1913. Und dann ist es nur ein Jahr bis 1914.

> *„Über Besteuerung wird in der heutigen Wirtschaftsliteratur kaum gesprochen. Das passt nicht zum Staat in seiner Heldenrolle.“*

Die **achte Technik** besteht darin, die Steuerbelastung in kleine, überschaubare Einheiten herunter zu brechen. Beispiel: die monatliche Lohnsteuer, direkt abgezogen vom Einkommen, statt einmal im Jahr die große schmerzhafte Steuerrechnung vorzulegen. Der Bürger empfindet es als schlimm genug, dass jeden Monat dieser Betrag abgeht, aber es ist leichter auszuhalten, als wenn einmal im Jahr eine hohe Summe zu zahlen wäre.

Ich bin ein *Berliner*



Die historienreiche Hauptstadt und das Hotel Adlon Kempinski faszinieren und interessieren... Werden Sie Teil einer einzigartigen Zeitreise und genießen Sie Berlin nicht nur von A bis Z – Erleben Sie auch das Gestern und Heute mit unserem “Ich bin ein Berliner”-Package...

Hotel Adlon Kempinski
BERLIN

Kempinski

reservation.adlon@kempinski.com • +49 30 2261 1111 • www.kempinski.com/berlinadlon

John F. Kennedy, Willy Brandt und Konrad Adenauer am Brandenburger Tor, Berlin, 26. Juni 1963 Credit: W[illegible] Bade
(das Originalbild ist zu sehen im Museum THE KENNEDYS)

WIKIPEDIA

Für David Ricardo (1772 bis 1823), Börsenmakler und Nationalökonom, waren offene und verdeckte Besteuerung ein großes Thema, das er 1817 in seiner Studie „Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung“ mit einer Aufmerksamkeit behandelte, die dem Thema heute versagt bleibt.

INED

Richard Cantillon (1680 bis 1734), Bankier und Geldtheoretiker, war der erste Ökonom, der den Gedanken eines Geldkreislaufs ausarbeitete und dabei auf die Bedeutung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes stieß: Wer neues Geld zuerst erhält, profitiert am meisten davon – die Banken und der Staat.

Die **neunte Technik**: Steuern, deren Auswirkung nicht direkt zu erkennen ist oder bei deren Beurteilung der Bürger einer Täuschung unterliegt. Ein Beispiel hier ist die Gewinnsteuer. Oder ein anderes klassisches Beispiel: Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung. Da denken Leute, die keine ökonomischen Grundkenntnisse haben: Das ist gut, da zahlen die Firmen mit bei der Sozialversicherung. Aber das geht alles von der Wertschöpfung der betreffenden Person ab.

> *Wir erleben heute eine Steuerpropaganda in einem Ausmaß, das Puviani zu seiner Zeit wohl kaum für möglich gehalten hätte.*

Die **zehnte Technik** beruht darauf, bei der Konstruktion des öffentlichen Haushalts nicht die bürgerfreundliche Vereinfachung zu suchen, sondern im Gegenteil möglichst komplexe Begriffe und Verschachtelungen zu verwenden, mit Sondervermögen, sprich: einem Schattenhaushalt zu arbeiten und insgesamt die Sache so undurchsichtig wie möglich zu gestalten.

Die **elfte Technik**, die letzte, bei der ich mich auf Amilcare Puviani beziehe: In öffentlichen Haushalten bewusst sehr allgemein gehaltene Ausgabenkategorien hervorzuheben wie Bildung oder Verteidigung. Und weniger Erfreuliches im Detail zu verbergen. Ein extremes Beispiel ist in den USA das Budget des Pentagons, des amerikanischen Verteidigungsministeriums. Ein beträchtliches Budget, das Detail aber ist nur dem zuständigen Ausschuss bekannt. Das Parlament und selbstverständlich auch die Bürger bekommen die konkreten Ausgabeposten niemals zu Gesicht.

Amilcare Puviani schrieb zu einer Zeit, in der es in Sachen verdeckte Steuern noch recht zivilisiert zuging. Er erwähnt also einige Techniken nicht, die wir seitdem erst kennengelernt haben:

Die **zwölfte Technik** ist die Fehlklassifizierung bestimmter Komponenten des Bruttoinlandsprodukts. Es wäre ja aufschlussreich zu sehen, wie hoch der Staatsanteil ist. Bloß: Was zählt als Staat? Da haben wir beispielsweise die Bahn – die zählt als privat und taucht gar nicht mehr bei den Staatsausgaben auf. Die Post: ebenfalls privat. Oder Energieunternehmen – in den meisten EU-Ländern staatliche Monopolisten, aber sie werden dem Bereich der Privatwirtschaft zugeschlagen. Dadurch entsteht schnell der Eindruck, der Staatsanteil liege beispielsweise bei 56 Prozent, während er in der Tat viel höher liegt – vielleicht bei 60 Prozent, vielleicht auch bei 70 Prozent.

> *„Heute muss der Unternehmer einen Teil seiner Arbeitszeit darauf verwenden, nicht Güter zu produzieren, sondern Steuern einzutreiben."*

Die **dreizehnte Technik** sind erzwungene Arbeitsleistungen. Bei Besteuerung denkt man zunächst vorrangig an Geldzahlung. Aber es gibt auch so etwas wie Zwangsarbeit – nicht mehr die Zwangsarbeit früherer Zeiten, die die Untertanen an bestimmten Tagen des Jahres für die Obrigkeit zu leisten hatten, aber eine versteckte Form der Zeitaneignung. Wenn man an die Erhebung von Steuern denkt, die direkt von den Unternehmen durchgeführt werden muss – Mehrwertsteuer, Lohnsteuer und dergleichen –, fällt auf, dass der Unternehmer hier zum Steuereintreiben zwangsverpflichtet wird. Er muss einen Teil seiner Arbeitszeit oder der von ihm bezahlten Arbeitszeit seiner Mitarbeiter darauf verwenden, nicht Güter zu produzieren, sondern Steuern einzutreiben.

Die **vierzehnte Technik**: Wir erleben heute eine Steuerpropaganda in einem Ausmaß, das Puviani zu seiner Zeit wohl kaum für möglich gehalten hätte. Nicht nur den Bürgern, auch den jungen Ökonomen an den Universitäten werden Rechtfertigungen eingebläut, damit sie bloß nicht auf den Gedanken kommen, dass an der herrschenden Steuerpropaganda irgend etwas falsch sein könnte. Wenn die Ökonomen heute Dinge nicht mehr wissen, die ihren Kollegen bereits im 19. Jahrhundert selbstverständlich waren, dann ist es für sie schwer, in profunder Weise Kritik zu üben.

Die **fünfzehnte Technik** und zugleich die letzte: Wir erleben heute, was in der Fachpresse finanzielle Repression genannt wird. Dabei geht es darum, dass der Staat durch verschiedene Eingriffe die Sparer, aber auch die Finanzinstitutionen, drängt, Staatsanleihen zu kaufen anstelle von Finanzpapieren. Um nur einige Methoden zu nennen, wie dabei vorgegangen wird: Versicherungen und auch Banken werden mittels Finanzmarktregulationen genötigt, einen bestimmten Anteil ihrer Bilanzsumme in Form staatlicher Anleihen zu halten. Auch mittels Bankenregulierung werden große Anreize gesetzt, staatliche Anleihen zu kaufen, statt beispielsweise Kredite an Handwerksfirmen zu vergeben. Und schließlich der staatliche Kampf gegen alternative Investitionsformen, insbesondere Auslandsbesitz von Bankkonten.

Die Liste könnte über die genannten fünfzehn Techniken hinaus fortgeschrieben werden – fest steht, dass im Lichte des hier Ausgeführten die tatsächliche Steuerbelastung viel höher ist, als aus dem offiziellen Zahlenmaterial hervorgeht. ◆

Krise der Inflationskultur. Geld, Finanzen und Staat in Zeiten der kollektiven Korruption. Von Jörg Guido Hülsmann. FinanzBuch Verlag, Edition Lichtschlag, München 2013. 320 Seiten, 17,99 Euro.

In dem Buch zeigt der Autor, wie und warum unsere marktwirtschaftliche Ordnung durch expansive Geldpolitik alle Werte inflationiert und schleichend Merkmale einer Staatswirtschaft annimmt. Der obige Beitrag basiert auf seinem Vortrag auf der Konferenz des Mises Instituts Deutschland (siehe HAUPTSTADTBRIEF 116, Seite 85).

PRIVAT

Dr. Hans-Georg Jatzek ist Steuerberater und Partner in der Kanzlei Jatzek & Partner in München. Der an der Universität Stuttgart promovierte Diplomkaufmann war in der finanzwissenschaftlichen Abteilung des Ifo-Instituts tätig. Für den HAUPTSTADTBRIEF beschreibt er die Wirkung der französischen Steuerpolitik unter Präsident Hollande.

Durch Steuererhöhungen zu Mindereinnahmen

Ein Praxisbeispiel aus Frankreich, das zu denken gibt | Von Hans-Georg Jatzek

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2012 hat der sozialistische französische Staatspräsident François Hollande ein 60-Punkte-Programm vorgelegt, dessen Inhalt im Bereich der geplanten Steuer- und Finanzpolitik große Ähnlichkeiten mit den Wahlprogrammen von SPD und Grünen für die bevorstehende Bundestagswahl aufweisen. Ein Praxisbeispiel also, das man sich gar nicht genau genug ansehen kann.

Die steuerpolitischen Vorstellungen Hollandes und ihre Entsprechungen bei der SPD und den Grünen sehen folgendermaßen aus:

- Erhöhung der Ertragsteuern für „Reiche“. Darunter fallen Bezieher von Einkommen ab 150 000 Euro (Hollande), 100 000 Euro (SPD) beziehungsweise 80 000 Euro (Grüne). Die hierdurch erzielten Mehreinnahmen werden zur Finanzierung anderer Wahlprogrammziele und zum Abbau der Staatsverschuldung eingesetzt. Hollande versprach, durch diese Maßnahme sowie durch höhere Vermögensteuern (siehe nächster Absatz) solle die Neuverschuldung 2013 auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und bis 2017 auf Null sinken. Auch SPD und Grüne erhoffen sich von ihrer Steuererhöhungspolitik Mittel für einen Abbau der Staatsverschuldung.
- Erhöhung der Vermögensteuer für Vermögen über 800 000 Euro mit Steuersätzen von 0,55 Prozent bis 1,8 Prozent (Hollande). SPD und Grüne wollen ebenfalls durch Vermögensteuer und/oder Vermögensabgaben zusätzliche Steuereinnahmen erzielen.
- Erhöhung der Erbschaftsteuer, unter anderem durch Senkung des Kinderfreibetrags auf 100 000 Euro. Allerdings bleibt in Frankreich – im Gegensatz zu Deutschland und den Plänen von SPD und Grünen – der Ehegatte weiterhin von dieser Steuer verschont. Die Steuersätze in Frankreich betragen bei Verwandten in gerader Linie bis zu 40 Prozent (ab 1,7 Million Euro) und bei Geschwistern und sonstigen Erben 45 Prozent (ab 23 299 Euro) beziehungsweise 60 Prozent (ebenfalls ab 23 299 Euro).

> *„Die Gesamtsteuerbelastung Tausender von Franzosen ist gewaltig gestiegen – ohne positive Effekte anderswo.“*

Nachdem Präsident Hollande diese Pläne inzwischen weitgehend durchgesetzt hat – soweit er nicht durch das französische Verfassungsgericht daran gehindert wurde – liegen nun erstmals offizielle Daten zu den Auswirkungen dieser Politik auf den französischen Staatshaushalt vor: Die Steuererhöhungen

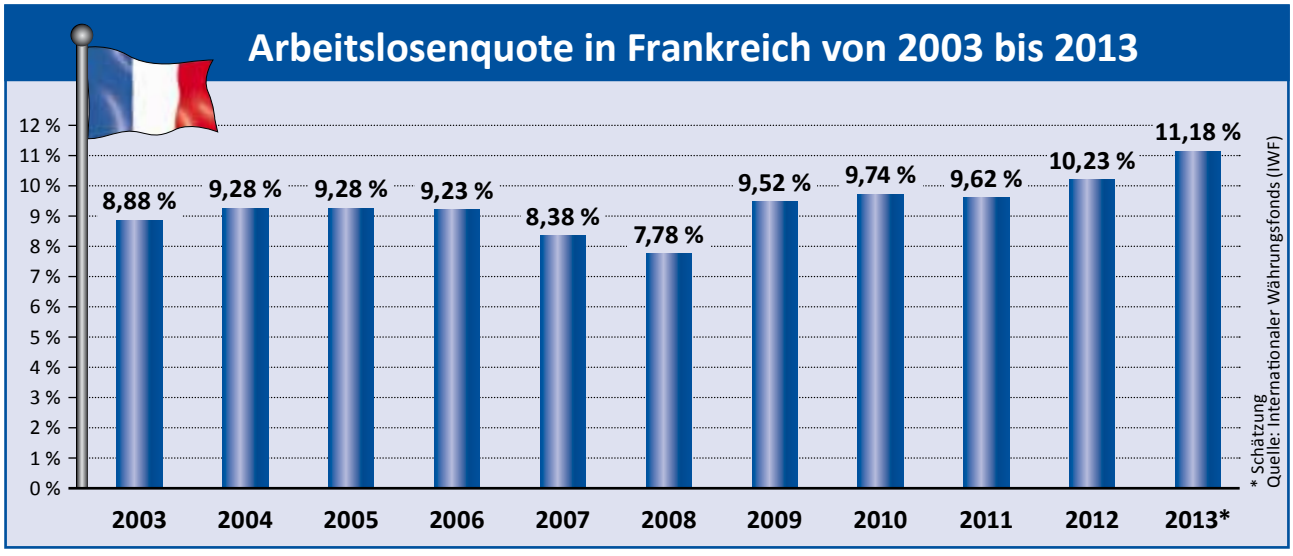
PICTURE ALLIANCE/ABACA/POOL/LUDOVIC

Beginn einer Hoffnung: 15. Mai 2012 – der alte Präsident Sarkozy geht, der neue Präsident Hollande kommt. Er wollte den Reichen nehmen, den Armen geben. Nun sind die Armen noch ärmer. Die Reichensteuer treibt die Arbeitslosigkeit hoch.

haben dazu geführt, dass die Gesamtsteuerbelastung Tausender von Franzosen 2012 gewaltig gestiegen ist – ohne jedoch zu den erwarteten positiven Effekten zu führen.

Am 7. Juni 2013 hat die Zeitung Le Figaro die amtlichen Zahlen zur Entwicklung des französischen Haushalts in den ersten vier Monaten 2013 veröffentlicht. Statt der von der Regierung erwarteten 298,5 Milliarden Euro für das gesamte Jahr 2013 waren es von Januar bis April tatsächlich nur 88,364 Milliarden Euro. Das entspricht gerade einmal einem Zuwachs von 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, inflationsbereinigt somit sogar einem Rückgang.

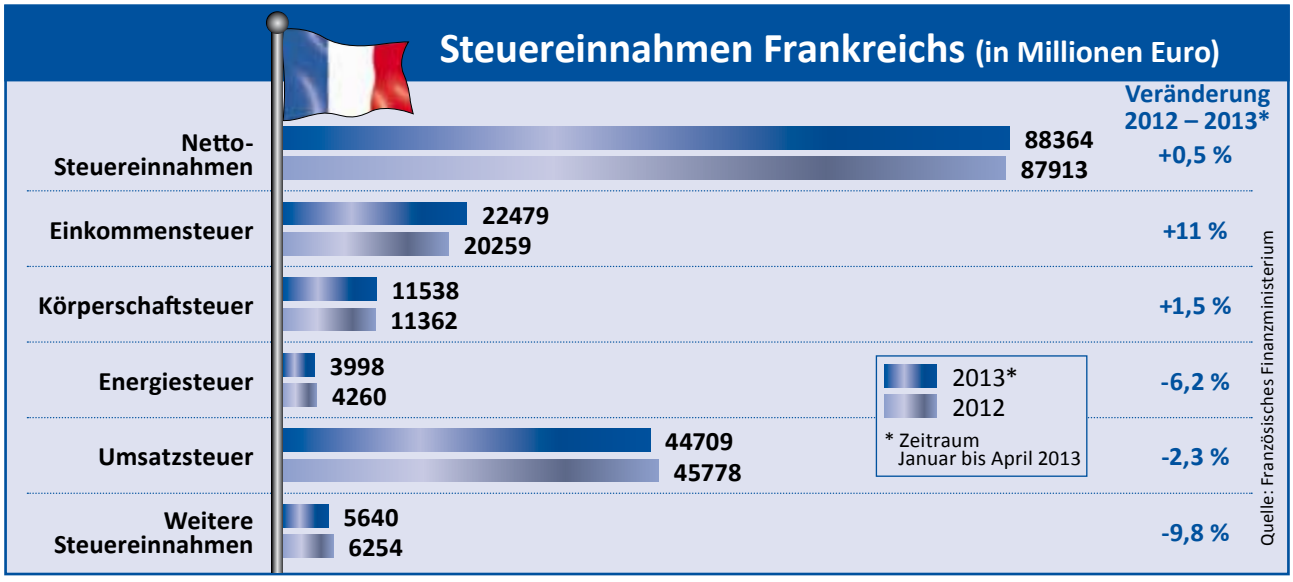
Die alte Milchmädchenrechnung „Ich erhöhe die Steuern um 10 Prozent und nehme also 10 Prozent mehr ein“ ist wieder einmal nicht aufgegangen. Diesbezüglich hätten auch die misslichen Erfahrungen der britischen Kollegen von der Labour Party den französischen Sozialisten als warnendes Beispiel dienen können. Diese hatten 2010 den Spitzensteuersatz in Großbritannien bei der Einkommensteuer von 40 Prozent auf 60 Pro-



Die Steuererhöhungen für „Reiche“ haben einen nachteiligen Effekt auf den Arbeitsmarkt, die Arbeitslosigkeit wird im Jahre 2013 wieder stark ansteigen.

zent erhöht – mit der Folge, dass der britische Fiskus 2011 rund 10 Milliarden Pfund weniger Steuereinnahmen von seinen Besserverdienenden hatte, da als Folge dieser Änderung deutlich weniger Einkommensmillionäre ihr Einkommen überhaupt noch in Großbritannien versteuerten.

Der Effekt, dass Steuersatzerhöhungen auch zu Mindereinnahmen führen können, ist bereits seit Jonathan Swifts „Steuereinmaleins“ von 1728 bekannt, in dem der irische Autor ausführt, dass im Falle einer Besteuerung über das vertretbare Maß hinaus 2 plus 2 nicht mehr 4 ergibt, sondern niemals mehr als 1 und gehört seit der sogenannten Laffer-Kurve des amerikanischen Ökonomen Arthur Betz Laffer von 1974 zum wirtschaftswissenschaftlichen Grundwissen.



Die Steuereinnahmen bleiben hinter den Erwartungen zurück: So sind die Körperschaftsteuereinnahmen um 1,5 Prozent gestiegen, erwartet waren 29,7 Prozent.

Die Analyse der französischen Zahlen für die ersten vier Monate 2013 bringt unter anderem folgende bedenkenswerte Erkenntnisse:

- Die Einkommensteuereinnahmen sind um 11 Prozent gestiegen, erwartet waren 23 Prozent.
- Die Körperschaftsteuereinnahmen sind um 1,5 Prozent gestiegen, erwartet waren 29,7 Prozent.
- Die Umsatzsteuereinnahmen sind um 2,3 Prozent gesunken, erwartet war ein Plus von 3,4 Prozent.
- Die Energiesteuereinnahmen sind um 6,2 Prozent gesunken, erwartet war ein Plus von 1,8 Prozent.

Zurückzuführen ist das auf folgende Umstände:

- Bei der Einkommensteuer musste Frankreichs Fiskus auf Steuerzahlungen zahlreicher Großverdiener verzichten, da diese nunmehr ihre Einkommen lieber in Belgien und anderswo versteuern – ein Effekt, der noch zunehmen dürfte und der mit den britischen Erfahrungen vergleichbar ist. Somit waren in Wahrheit hauptsächlich der französische Mittelstand und die Arbeitnehmer von den Steuererhöhungen betroffen.
- Bei der Körperschaftsteuer verhält es sich ähnlich. Große milliardenschwere Beteiligungsgesellschaften haben ihren Geschäftssitz von Paris nach London verlegt. Bedeutende Wirtschaftskapitäne wie Frankreichs bislang bester Steuerzahler Bernard Arnault, Chef des Luxusgüterkonzerns LVHM mit einem Vermögen von zirka 41 Milliarden Euro, versteuert nunmehr in Belgien, ebenso wie der „Fielmann von Frankreich“ Alain Afflelou und zahlreiche andere Unternehmer.
- Der Rückgang der Umsatzsteuereinnahmen – sie stellen die mit Abstand größte Einnahmeposition dar – geht darauf zurück, dass die französischen Bürger nicht mehr so viel Geld zum Konsumie-

ren übrig haben wie bisher, da der Fiskus ihnen deutlich mehr vom Einkommen wegnimmt.

Folge dieser ökonomisch unsinnigen Politik ist,

- dass die Arbeitslosigkeit deutlich steigt. Wenn der Staat Nachfrage und Konsum drosselt, indem er den Bürgern immer mehr von ihrem Einkommen nimmt, wird zwangsläufig weniger produziert und investiert;
- dass die Sozialausgaben hierdurch deutlich steigen (Anstieg der Arbeitslosenquote von 10,23 Prozent auf 11,18 Prozent, wodurch im Juli in Frankreich eine neue Rekordarbeitslosenzahl von 3,286 Millionen Arbeitslosen erreicht war – 10 Prozent mehr als im Vorjahr), während gleichzeitig die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen sinken;
- dass hierdurch zwangsläufig die Staatsverschuldung nicht sinkt, sondern steigt.

Die EU-Kommission erwartet für 2013 auf Grund dieser Entwicklung in Frankreich ein negatives Wachstum von -0,1 Prozent und eine deutliche Überschreitung der EU-Defizitgrenze mit 3,9 Prozent – und für 2014 sogar mit 4,2 Prozent. Schlechte Nachrichten, die inzwischen auch die französische Regierung erreicht haben. Die Presseagentur Reuters meldete am 29. August 2013: „Frankreich rudert nach Kritik an Steuererhöhungen zurück." Nachdem sowohl der Internationale Währungsfonds als auch die EU-Kommission angesichts der desolaten wirtschaftlichen Lage Frankreich gemahnt hatten, nun besser zu sparen anstatt Steuern zu erhöhen, kündigte Haushaltsminister Bernard Cazeneuve an, als ersten Schritt die Progressionsstufen bei der Einkommensteuer konform mit der Inflationsrate anzuheben.

Fazit dieses Praxisbeispiels ist: Politiker, die mit Steuererhöhungen liebäugeln, sollten vorher sorgsam prüfen, welche Risiken und Nebenwirkungen diese Maßnahmen mit sich bringen. ◆

Ihre CARE Paket-Patenschaft ermöglicht uns ...

... tausende Kinder vor Unterernährung zu bewahren. Vier Millionen waren es im letzten Jahr.

Als CARE Paket-Paten retten Sie Leben.

Wir brauchen 1.000 neue Paten! Helfen Sie mit. Gemeinsam können wir die Welt bewegen.

care®
Die mit dem CARE-Paket.

www.care.de/carepaketpate

Fahren Sie ohne.
Zahlen Sie mit.

In Berlin können Sie in über 1000 Taxen mit ihrer EC- oder Kreditkarte bezahlen. Achten Sie auf den **cabcharge** Aufkleber auf der Heckscheibe. Falls Sie Ihr Taxi über Telefon bestellen, sagen Sie einfach: „Ich möchte ein **cabcharge** Taxi."

cabcharge

Taxibestellung: 26 10 26 **Funk Taxi Berlin**

WWW.ACATECH.DE

Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling ist Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl a. D. und Vorsitzender des Stahlinstituts VDEh a. D. Im HAUPTSTADTBRIEF plädiert er für eine Revision der Energiewende mit dem Ziel eines völligen Stopps des Ausbaus der erneuerbaren Energien.

Lasst uns die Energiewende revidieren

Die globale Erwärmung macht Pause. In der Energiepolitik können und müssen wir völlig umdenken | Von Dieter Ameling

Die viel beschworene globale Erwärmung stagniert. Erst jüngst hat der Klimaforscher Prof. Hans von Storch, Institutsleiter am Helmholtz-Zentrum Geesthacht, im Spiegel (25/2013) sehr deutlich dargelegt, dass eine Erderwärmung seit 15 Jahren nicht mehr stattfindet. Die globalen Temperaturwerte zeigen nahezu o Prozent Anstieg – und das, obwohl die Kohlendioxid-Emissionen weiterhin von Jahr zu Jahr steigen, neuerdings sogar stärker als befürchtet (siehe Schaubilder auf den nächsten Seiten).

Der lange Zeit für unstrittig gehaltene direkte Zusammenhang zwischen steigendem CO_2-Gehalt der Luft und dem dadurch bedingten Temperaturanstieg existiert also nicht. Prof. von Storch geht davon aus, dass in den gängigen Vorhersagen und Klimamodellen ein fundamentaler Fehler steckt – sei es, weil die Treibhausgase, insbesondere das CO_2, eine deutlich geringere Wirkung haben als berechnet, oder dass in den Simulationen der Wissenschaftler unterschätzt wurde, wie stark das Klima auch ohne diese Einflüsse schwankt. Es ist also Zeit für einen Freispruch des CO_2 – mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen:

- Revision der CO_2-Einsparziele. „Klimaschutz“ durch CO_2-Reduktion ist nicht möglich. Das globale Klima ist eine zu komplexe Angelegenheit, um einer Rettung durch Einsparziele zu bedürfen. Der Klimawandel verlangt nach differenzierteren Antworten.

- Revision der Energiewende mit Ziel: Totaler Stopp für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Ausstieg aus der Kernenergie allerdings sollte wie geplant umgesetzt werden.

- Revision der überzogenen CO_2-Grenzwerte für die Automobilindustrie.

- Konsequente Umsetzung aller volks- und betriebswirtschaftlich sinnvollen Maßnahmen zum Einsatz fossiler Energien mit dem Ziel einer höheren Energieeffizienz.

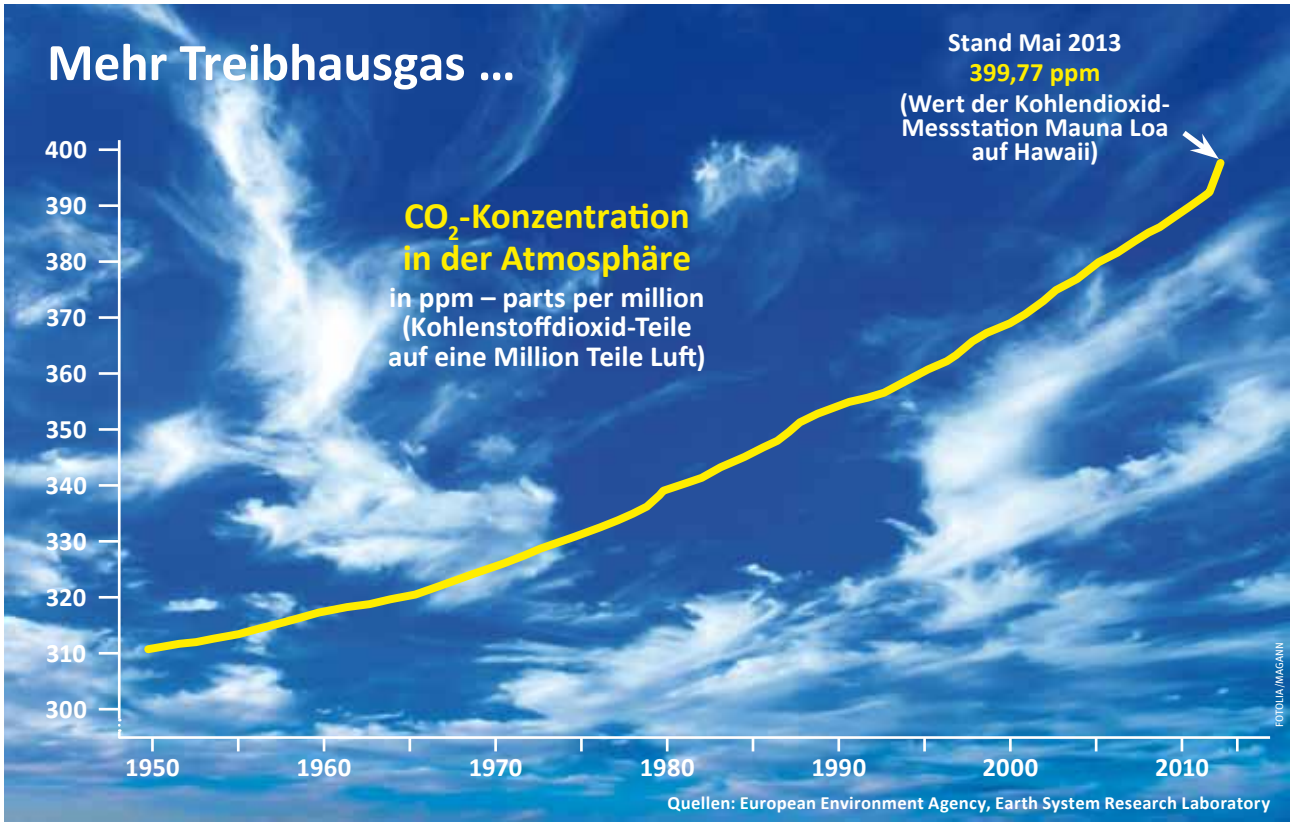
> *„Die Devise „Erneuerbare Energien ausbauen, egal was es kostet“ nimmt die Deindustrialisierung Deutschlands in Kauf.“*

All dies sage ich auch vor dem Hintergrund, dass die Energiewende im Sinne von Kanzlerin Merkel ohnehin bereits als gescheitert anzusehen ist. Umweltminister Peter Altmaier befürchtet Kosten von mehr als einer Billion Euro, die durch den Umstieg auf erneuerbare Energien auf uns zukommen. Die energiepolitische Revolution wird immer teurer – und die Devise „Erneuerbare Energien ausbauen, egal was es kostet“ nimmt die Deindustrialisierung Deutschlands in Kauf.

Minister Altmaier wird den Spezialauftrag des Kabinetts, den Strompreisanstieg zu verhindern oder

doch wenigstens zu verhüten, dass die Bundesregierung dafür haftbar gemacht wird, nicht erfüllen können. Die Stromrechnung, die nächstes Jahr auf den Tisch des Hauses flattert, könnte zu einer Katastrophe werden, politisch wie wirtschaftlich. Die Strompreisumlage für erneuerbare Energien beträgt in diesem Jahr 5,3 Cent je Kilowattstunde. Der ungebremste Ausbau vor allem der Photovoltaik wird dazu führen, dass die Umlage in 2014 auf rund 7 Cent/kWh ansteigt. Damit wird ein durchschnittlicher privater Haushalt von drei Personen und einem Verbrauch von 3500 Kilowattstunden im Jahr statt bisher 186 Euro dann rund 245 Euro zu zahlen haben. Und wenn die in der Energiewende geforderten Ziele, z. B. für das Jahr 2030 mit 50 Prozent EEG-Stromanteil, erreicht werden, wird die Belastung auf mehr als 500 Euro pro Jahr ansteigen – eine gnadenlose Kaufkraftvernichtung mit beträchtlichen Folgen für die deutsche Wirtschaft.

Die Industrie sieht diese Gefahr, meldet sich nun endlich auch zu Wort und schlägt Alarm. So sieht E.ON-Chef Johannes Teyssen gravierende Fehler bei der Energiewende. Er fordert eine radikale Reform: „Deutschland ist auf dem falschen Weg." „Die Kosten fahren die Energiewende gegen die Wand", warnt Justus Haucap, Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE). Auch international ist die Energiewende ein Flop. Der deutsche Weg findet weltweit keine Nachahmer. Im In- und Ausland ist offensichtlich geworden, dass das frühere Versprechen unserer Politiker einer so gut wie kostenlosen Energierevolution nichts als eine Vorspiegelung falscher Tatsachen war. Die deutsche Klimapolitik wird als reines Wunschdenken erkannt und kritisiert. „Wir sind auf dem Holzweg", so sieht es auch EU-Energiekommissar Günther Oettinger. „Deutschland setzt seine Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel. Unsere Industrie-Strompreise gehören inzwischen zu den höchsten weltweit."



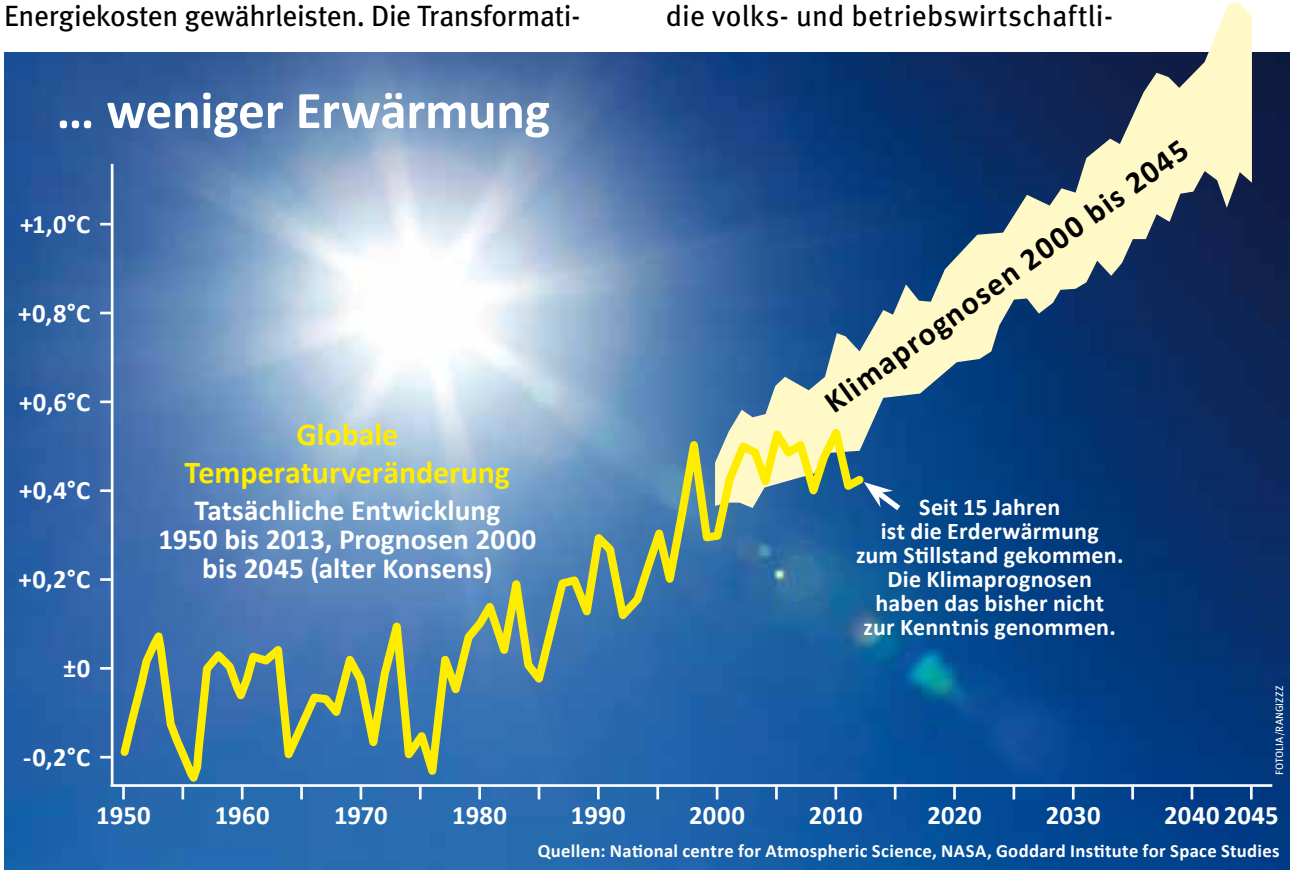
Klarer Himmel mit Schönheitsfehler: Die CO_2-Emissionen sind in letzter Zeit sogar stärker angestiegen als vorausgesehen.

Vor allem die energieintensiven Industrien wie Stahl, Metall, Papier, Zement, Chemie, Keramik haben die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Das gefährdet ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit in höchstem Maße. Mittlerweile fahren diese

Industrien schon ihre Investitionen zurück – auch aus mangelnder Planungssicherheit, mit gutem Grund: Die Investition in einen neuen Hochofen beispielsweise muss sich über die gesamte Laufzeit von 30 Jahren rentieren. Dass in Deutschland je noch einmal ein neues Stahlwerk gebaut wird, eine große Chemiefabrik oder ein Werk für Karbonfasern, ist unwahrscheinlich. Wer die freie Wahl hat, wird sich für Standorte entscheiden, die niedrige Energiekosten gewährleisten. Die Transformationsstrategie des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat zum Ziel, bis 2050 auf fossile Energieträger völlig zu verzichten. Dies ist nur zu erreichen, wenn zur Stahlerzeugung kein Kohlenstoff mehr genutzt werden darf. Das aber bedeutet das Aus für jede Stahlerzeugung in Deutschland, weil Eisenerz wirtschaftlich nur mit Kohlenstoff zu metallischem Eisen umgewandelt werden kann.

Bereits heute sind ausländische Investitionen in Deutschland stark zurückgegangen. Wir sind in der Statistik auf Platz 39 abgefallen. Umgekehrt sind deutsche Investitionen im Ausland stark angestiegen. Wer als Unternehmer die freie Wahl hat, wird immer öfter woanders hingehen. In den USA wird der Strom viermal billiger, wenn die Erdgasproduktion durch Fracking gesteigert wird.

Selbstverständlich muss die Automobilindustrie energieeffiziente Fahrzeuge bauen. Aber auch im Automobilbau dürfen dabei die volks- und betriebswirtschaftlichen Grundregeln nicht außer Kraft gesetzt werden. Warum muss – koste es, was es wolle – die CO_2-Emission von Kraftfahrzeugen überzogen tief abgesenkt werden, obwohl CO_2 – wie wir inzwischen wissen – nicht der Sündenbock ist, zu dem es gemacht worden ist? Wollen wir denn alle nur noch Polo fahren?



Globale Erwärmung im Stillstand: Der Temperaturanstieg fiel in den letzten 15 Jahren weit geringer aus als prognostiziert.

Die Deindustrialisierung in Deutschland verringert den Wohlstand, schwächt das soziale Netz. Das ist ein schleichender Prozess – und er hat bereits begonnen. Hoffentlich bemerkt die Öffentlichkeit dies nicht erst, wenn es zu spät ist. ◆

WIRTSCHAFTSWOCHE

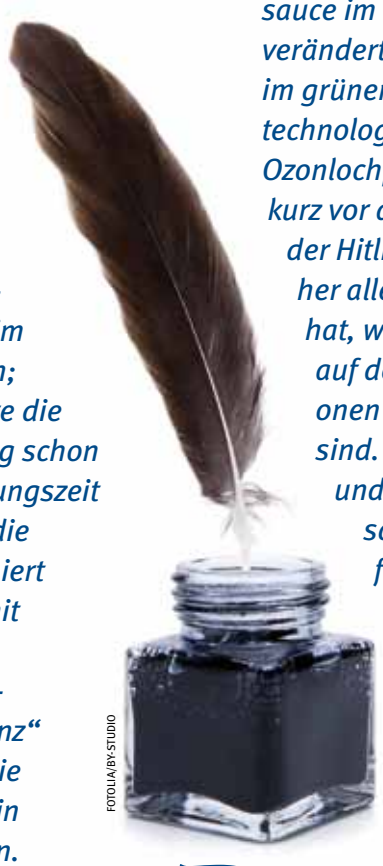
Roland Tichy ist Chefredakteur des Magazins *Wirtschaftswoche*. Der studierte Volkswirt war in den 1980-er Jahren Mitarbeiter im Planungsstab des Bundeskanzleramtes, 2008 erhielt er den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik. Für den HAUPTSTADTBRIEF analysiert er den Wandel der Grünen von der Protestbewegung zur Weltanschauungspartei.

Grüne Glaubenskrieger

Was sich aktuell beim Erneuerbare-Energien-Gesetz zeigt, dass viele Grüne nicht mehr verhandlungsfähig sind, ist nur Symptom einer neuen politischen Religion | Von Roland Tichy

Es sind nur fünf Wörter im rot-grünen Koalitionsvertrag in Niedersachsen und ist doch Sprengstoff: „Das Projekt HannoverGEN wird beendet." Seit 2008 konnten sich Zehntausende Gymnasiasten über Möglichkeiten der Gentechnologie im Schülerlabor informieren; selbstverständlich warnte die pädagogische Begleitung schon in der schwarzen Regierungszeit stets vor den Gefahren, die gemeinhin damit imaginiert werden. Aber selbst damit muss jetzt Schluss sein. Denn die neue Landesregierung will „Null-Toleranz" in Sachen Gentechnologie durchsetzen, und damit in der Ausbildung anfangen.

Zwar wird jeder Diabeteskranke mit gentechnisch hergestellten Medikamenten behandelt, enthalten jedes Baumwollhemd aus fairem Handel und jede Sojasauce im Lebensmittelregal gentechnisch veränderte Ausgangsmaterialien. Aber im grünen Pandämonium rangiert Gentechnologieangst nach Atomkraftfurcht, Ozonlochpanik und Wachstumsbedenken kurz vor der den Klimawandelsorgen in der Hitliste der Angstmacher. Was bisher allenfalls Kopfschütteln ausgelöst hat, wird Gebot, seit grüne Politiker auf dem Marsch durch die Institutionen an deren Spitze angekommen sind. Jetzt sollen auch Wissenschaft und Forschung politisch gleichgeschaltet werden. Denn auch sie fallen unter den Bannstrahl, dass Niedersachsen gentechnikfreie Zone werden und jegliche Förderung dafür eingestellt werden soll. Die Freiheit von Lehre und Forschung ist wohl noch nie mit so quasireligiöser Inbrunst und Verfolgungseifer bedroht worden.



FOTOLIA/BY-STUDIO

Die fremde Feder

Das ist neu. Eigentlich waren die Grünen ja als emanzipatorische Kraft angetreten, setzten sich für allerlei tatsächlich

oder vermeintlich unterdrückte Minderheiten wie Frauen, Atomkraftgegner, Naturbewahrer, Migranten ein; sie waren die politische Heimstatt vieler Gruppierungen, an deren Ende die AG SchwuP steht, die „Arbeitsgemeinschaft Schwule und Päderasten“. Von der schillernden und widersprüchlichen Buntheit ist nicht viel übriggeblieben, nur Einheitsgrün. Es erinnert an das Umschlagen vieler emanzipatorischer Bewegungen seit der französischen Revolution, die ihre Gegner an Härte und Grausamkeit schnell übertrafen: Aus der geforderten Toleranz wird jakobinische „Null-Toleranz“.

Das erfährt gerade auch die eurokritische AfD. Sie sei ein Staubsauger für alle rechten Ideen, behauptet ohne Beleg der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck. In der grünen Glaubenswelt steht Rechts aber für Häresie. Kein Wunder, dass jüngere und noch stürmischere Vertreter der Grünen Jugend Becks Sprüche für Fakten nehmen und den AfD-Wahlkampf mit Schmierereien, Pöbeleien, Pfeffergas und Messerstichen begleiten. Brandstifter Volker Beck hat sich nicht distanziert.

> *Jetzt sollen auch Wissenschaft und Forschung politisch gleichgeschaltet werden.*

Dahinter steckt ein Konzept: Nicht um die Verteidigung der Meinungsfreiheit der Andersdenkenden geht es, vielmehr sollen die Grenzen des politisch noch Erlaubten eng gezogen werden. Gerne beruft man sich auf die Regel, dass wo Recht zu Unrecht, Widerstand zur Pflicht wird. Damit rechtfertigt Grün seit jeher den militanten Kampf etwa gegen das atomare Zwischenlager in Gorleben. Nun mag man das noch als grenzwertigen, aber unvermeidlichen Preis politischer Auseinandersetzungen in einer offenen Gesellschaft hinnehmen, wenn es um so leidenschaftlich debattierte Fragen wie Kernenergie geht. Aber mit der dort eingeübten Mischung aus Glaubenseifer, der sich kritischer Rationalisierung entzieht und einer Rücksichtslosigkeit, die sich mit der Größe der Aufgabe „Weltrettung“ rechtfertigt, zieht das Führungspersonal der Grünen in die bescheidenen Stuben der Regierungsämter ein. An die Stelle technokratisch-nüchterner Abwägung auf der Nahtstelle zwischen Notwendigem, Machbarem und Wünschenswertem, tritt eine pathetische Emotionalität, nach der die natürlichen Lebensgrundlagen bedroht, ja der ganze Planet vor der Selbstzerstörung stehe.

Wer aber so absolute und quasireligiöse Ziele wie die Rettung der Welt und der gesamten Menschheit verfolgt, kann bei der Wahl der Mittel nicht zimperlich sein. Mit dieser Grundüberzeugung aber sind viele Grüne nicht mehr verhandlungsfähig, was sich aktuell beim Erneuerbare-Energien-Gesetz zeigt: Was sind schon Hunderte von Milliarden, die dadurch vernichtet werden, angesichts einer drohenden globalen Gesamtzerstörung? Die Korrektur eines Gesetzes, dessen dynamische Wirkung auf Ausbaugeschwindigkeit und Verdrängung bestehender Energiestrukturen unterschätzt wurde, wird zum Glaubenskrieg.

Den Nachteil trägt die Gesellschaft: durch eine Zunahme von gesellschaftlichen Konflikten, irrationalen Entscheidungen, neuen Tabus und letztlich einem Verlust an Wohlstand und Diskursfähigkeit. ◆

Königliche
Porzellan-Manufaktur
Berlin
KURLAND
BLANC NOUVEAU
250 JAHRE
KPM
WWW.KPM-BERLIN.COM

Energiesicherheit ist ein unterschätzter Sicherheitsfaktor

Zum ersten Mal beriet eine Sicherheitskonferenz, wie die weltweite Nachfrage nach Energie zu befriedigen – und zu sichern sei. Sie wurde ein Weckruf

Wenn in Deutschland Entscheider und Multiplikatoren aus Europa, Nah- und Fernost zu einer Konferenz zusammenkommen, bei der es um Energiesicherheit geht, muss es sich um ein Anliegen handeln, das von hohem deutschen Interesse ist. Tatsächlich hat der Verlauf der Konferenz *Energy Security. How to Feed and Secure the Global Demand* am 10. Juli 2013 gezeigt, dass Deutschland und mit ihm die ganze Europäische Union vor einer Herausforderung stehen, die wohl selbst den meisten politisch Verantwortlichen noch nicht bewusst ist.

Zur *Energy Security* hatte ein Veranstalter-Duo eingeladen, das für Sicherheitskompetenz und Urteilskraft steht: die Münchener Sicherheitskonferenz (*Munich Security Conference, MSC*) und das *Frankfurter Allgemeine Forum*, die Veranstaltungstochter der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ). Die MSC veranstaltet seit 50 Jahren die internatio-

WWW.KLAUSWEDDIG.COM

Botschafter Wolfgang Ischinger (links), Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz und Mitveranstalter der Energy Security, im Gespräch mit Rostam Ghasemi, Ölminister der Islamischen Republik Iran.

nale Münchner Sicherheitskonferenz, bei der die NATO-Partner den sicherheitspolitischen Dialog mit Verantwortlichen aus aller Welt führen. Die FAZ begleitet die Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung vor 64 Jahren mit Berichten, Analysen und Kommentaren.

WWW.KLAUSWEDDIG.COM

Dr. Günther Nonnenmacher, Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, spricht für das Frankfurter Allgemeine Forum, den Mitveranstalter der Energy Security.

Der Gedanke, nun erstmals auch Sicherheit über das rein Militärische hinaus als Versorgungssicherheit zu denken und gemeinsam zu erörtern, liegt bei diesen beiden Initiatoren so nahe wie in besten Händen. Dem Vertrauensvorschuss in die Seriosität der Veranstalter ist es zu verdanken, dass sich Akteure aufs Parkett gewagt haben, die sonst eher nicht den öffentlichen Auftritt suchen. So kam aus der Volksrepublik China der Stellvertretende Generaldirektor des Energy Research Institute, Prof. Wang Zhongying, der die Sicherheit der Energieversorgung durch umweltbelastende einheimische Steinkohlegewinnung und -verbrennung zu erläutern hatte. So kam aus der Islamischen Republik Iran der Ölminister, Rostam Ghasemi, der sich der Frage zu stellen hatte, weshalb der ölreiche Iran auf Urananreicherung beharrt, die von der internationalen Gemeinschaft als Bedrohung gesehen wird, weil sie zum Stoff führt, aus dem die Atombombe ist.

Von Seiten der Veranstalter machte Botschafter Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der MSC, gleich eingangs deutlich, dass die Einladung der iranischen Delegation in voller Absicht geschehen sei: Der Wille der internationalen Staatengemeinschaft, den Atomwaffensperrvertrag mit allen Mitteln durchzusetzen, von denen die laufende Wirtschaftsblockade nur eines ist, und die Bereitschaft zur ausgestreckten Hand bei einem iranischen Umdenken, den Willen der Weltgemeinschaft nicht testen zu wollen, seien miteinander vereinbar und zielten auf ein gutes Ende des Konflikts. Wie sehr sich eine Eskalation des Konflikts auf die Energiesicherheit auswirken könnte, macht ein Blick auf die Landkarte klar: Der Iran liegt am Persischen Golf und könnte versucht sein, den freien Verkehr der Öltanker zu behindern.

Wer nun glaubte, Energiesicherheit sei also eine Frage der Golfpolitik und hinge vom Ausgang des Spiels mit dem iranischen Ball ab, sah sich im Verlauf der Konferenz eines Besseren belehrt. Es ist am Golf auch der amerikanische Ball im Spiel, und der rollt gerade zurück nach Amerika. Der Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Dr. Günther Nonnenmacher, verwies auf einen FAZ-Artikel, der im Vorfeld der Konferenz erschienen war und dessen Überlegung sich als wichtiger Impuls herausstellen sollte: Es geht um die unkonventionelle Öl- und Schiefergasförderung, kurz Fracking, die in den USA eine Energierevolution mit weitreichenden Folgen ausgelöst hat.

Die „Schiefergasrevolution“ verbilligt die Energiegewinnung drastisch, macht die USA autark und

bald zum Nettoexporteur von Öl und Gas, beflügelt die Reindustrialisierung der USA, begünstigt einen Neoisolationismus – und könnte der Anfang vom Ende des amerikanischen Engagements am Persischen Golf sein. Was aber, wenn die USA den Schutzschirm zusammenklappen, unter dem sich die Europäer kuscheln? Werden sie, die so abhängig von arabischem Öl sind, dann kuschen, wenn jemand am Golf mit dem Säbel rasselt?

Botschafter Ramzy Ezzeldin Ramzy, Leiter der Mission der Liga der Arabischen Staaten in Wien, war in der Lage, diese Bedenken als nicht aktuell zu zerstreuen. Und Dr. Ashti Hawrami, Minister für natürliche Ressourcen der Kurdischen Regionalregierung des Irak, wies auf die Ölreserven seines Landes hin, das der freien Welt wohlgesonnen sei.

Die Europäer und mit ihnen die Deutschen müssen sich allerdings darauf einstellen, dass die Energiesicherheit am Persischen Golf eines Tages nicht mehr von den Vereinigten Staaten geliefert wird, sondern von der Europäischen Union herzustellen ist. So gesehen wurde die Frankfurter *Energy Security* unversehens zum Weckruf: Deutschland muss heute schon in der Eurokrise Transferleistungen in unbekannter Höhe schultern – was aber, wenn morgen die Aufrüstung europäischer Streitkräfte Not tut? Wer soll das bezahlen?

Im nächsten Jahr wird die zweite *Energy Security* sicher Aufschluss geben, was die Deutschen und ihre Miteuropäer besser bald als später unternehmen können, damit Energieversorgung so sicher bleibt wie der Sonnenaufgang. *Dr. Rainer Bieling*

Prof. Wang Zhongying, Stellvertretender Generaldirektor des Energy Research Institute der Volksrepublik China.

Dr. Ashti Hawrami, Minister für natürliche Ressourcen der Kurdischen Regionalregierung des Irak.

Botschafter Ramzy Ezzeldin Ramzy, Leiter der Mission der Liga der Arabischen Staaten in Wien.

WWW.KLAUSWEDDIG.COM (3)

CHRISTIAN KRUPPA

Dr. Hans Kremendahl ist habilitierter Politikwissenschaftler. Der Sozialdemokrat war Staatssekretär im Senat von Berlin und Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal. Heute ist er Politikberater und Publizist. Hier knüpft er an seine Überlegungen zur Armutszuwanderung im HAUPTSTADTBRIEF 114 an und analysiert die Zunahme der Asylgesuche.

Wen lassen wir eigentlich ins Land?

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland steigt wieder. Um mit der Komplexität der Situation besser umzugehen, brauchen wir mehr Mut zur Wahrheit. Ein Plädoyer für klare Linien und differenzierte Lösungen | Von Hans Kremendahl

Am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg befindet sich seit zehn Monaten ein Flüchtlingscamp, von dem aus Asylbewerber ihrem Protest gegen die gegenwärtige Asylpolitik und ihrer Forderung nach Änderung Ausdruck geben. Sie fordern unter anderem eine Arbeitserlaubnis und die Abschaffung der sogenannten Residenzpflicht, die sie während des laufenden Anerkennungsverfahrens an einen Aufenthaltsort bindet. Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) würde das rechtswidrige Camp am liebsten auflösen, das von den Grünen geführte Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg sperrt sich dagegen und unterstützt die Forderungen der Asylsuchenden. Auch zahlreiche Anwohner stellen sich auf deren Seite und unterstützen sie durch Sachspenden und andere Hilfeleistungen.

In der Carola-Neher-Straße in Berlin-Hellersdorf wird eine ehemalige Oberschule zur Asylbewerberunterkunft umgewidmet. Bereits im Vorfeld und weiter seit dem Einzug der ersten Flüchtlinge Mitte August, überwiegend aus Afghanistan und Syrien, kommt es zu massiven Protesten durch Anwohner, lautstark unterstützt von NPD und Pro Deutschland mit Parolen wie „Heute sind wir tolerant, morgen fremd im eigenen Land“. Linke Gruppierungen marschieren gegen die Protestierer auf, und Hellersdorfer Familien geben Spielsachen für die Flüchtlingskinder ab.

Was seit Mitte der 1990-er Jahre zeitweise überwunden schien, ist erneut zu einer großen Problematik und zum Anlass für Kontroversen geworden: die Asylfrage. Damals hatte eine einschneidende Verfassungsänderung mit der Einführung von Artikel 16a des Grundgesetzes zu einem deutlichen Rückgang bei der Zahl der Asylsuchenden in Deutschland geführt – vor allem aufgrund der Bestimmung, dass über einen „sicheren Drittstaat“ Einreisende keinen Anspruch auf ein Asylverfahren mehr hatten, ebenso wie jene aus Ländern, in denen es keine politische Verfolgung gibt.

> *„Die Mehrzahl der Asylbewerber der letzten Zeit kommt nicht etwa aus Syrien, sondern aus der Russischen Föderation.“*

Aktuell aber steigen die Asylbewerberzahlen wieder deutlich an: Allein im Juli 2013 gingen 9516 Anträge beim zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein. Im Juli des Vorjahres waren es 4498 Anträge, eine Steigerung also um 112 Prozent. Im gesamten Jahr 2012 gab es 64 539 Anträge, in den ersten sieben Monaten 2013 aber bereits 52 754.

Daneben setzt sich das Problem der Armutsmigration aus den EU-Staaten Bulgarien und Rumänien fort, das ich im HAUPTSTADTBRIEF

PICTURE ALLIANCE/DPA/SOEREN STACHE

Seit zehn Monaten harren am Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg Asylsuchende unter beschwerlichen Bedingungen aus, um gegen die deutsche Asylpolitik zu protestieren.

114 beschrieben habe. Und von 2014 an wird für Bulgaren und Rumänen die volle Arbeitnehmer-Freizügigkeit innerhalb der EU gelten. Die Zahl der Zuwanderer – und damit die Belastung der betreffenden Kommunen – dürften sich dann drastisch erhöhen. So rechnet die Stadt Dortmund mit einem Kostensprung um 80 Prozent allein für die Unterbringung und Versorgung rumänischer und bulgarischer Armutsmigranten. Dies und die steigenden Asylbewerberzahlen stellen die Kommunen vor Probleme, die sie aus eigener Kraft nicht lösen können.

Hier erweist sich wieder einmal: Die EU und der Bund bestellen die Musik, die Kommunen müssen sie bezahlen. Sie müssen für Armutsmigranten und Asylbewerber Unterkünfte schaffen, für die Betreuung und Bildung ihrer Kinder sorgen, ihre Sicherheit garantieren, den öffentlichen Frieden zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten suchen und vieles mehr.

Und es tut sich eine weitere Frage auf – die der inneren Sicherheit. Niemand wird ernsthaft etwas dagegen einwenden wollen, dass wir Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg aufnehmen, ob direkt aus Syrien oder aus den Lagern in der Türkei und Jordanien. Die Mehrzahl der Asylbewerber der letzten Zeit kommt jedoch nicht von dort, sondern aus der Russischen Föderation, im Juli 2013 allein rund 1600. Und 90 Prozent davon sind Tschetschenen. Darunter mögen gewiss Menschen sein, die in der Tat um Leib und Leben fürchten. Aber eben auch viele Armutsflüchtlinge, die den Verheißungen krimineller Schlepperbanden aufgesessen sind, die – zur eigenen Bereicherung – gezielt Gerüchte über die großzügige Alimentation von Asylsuchenden in Deutschland verbreiten.

Und, auch das muss einmal gesagt sein: Dies ist auch ein Zugangsweg für gewaltbereite Terroristen. Nach Verfassungsschutzangaben

halten sich derzeit beispielsweise rund 200 Anhänger der Terrorgruppe „Kaukasisches Emirat“ als Asylbewerber in Deutschland auf. Islamistischer Terrorexport durch das trojanische Pferd des Asylverfahrens? Auszuschließen ist es leider nicht. Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger hat kürzlich etwas getan, was eine falsch verstandene Political Correctness zu häufig unterbindet. Er hat darauf hingewiesen, dass von rund 54 000 Wohnungseinbrüchen in Nordrhein-Westfalen 2012 (4 Prozent mehr als im Vorjahr) die weitaus meisten auf das Konto organisierter südeuropäischer Banden gingen, vor allem aus Bulgarien und Rumänien. Der Mut zur Wahrheit des Ministers ist anerkennenswert – und führt zu der Frage: Wen lassen wir eigentlich ins Land?

In der Bundesrepublik Deutschland erhalten Menschen Asyl, die in ihren Heimatländern aus politischen, religiösen oder anderen Gründen, sei es ethnische Herkunft oder geschlechtliche Orientierung, verfolgt und an Leib und Leben und in ihrer Freiheit bedroht sind. Das ist das Kriterium, und es läuft darauf hinaus, dass letztlich ein großer Teil von Asylanträgen nicht anerkannt werden kann. Dies allerdings erst nach einem langen Verfahren (neun Monate und mehr sind die Regel), während dessen die Antragsteller in Deutschland leben, untergebracht und alimentiert werden müssen – auch dann, wenn von Vornherein kaum berechtigte Hoffnung auf einen längerfristigen Aufenthaltsstatus gegeben ist.

Eine Verfahrensbeschleunigung täte hier bitter Not. Drei, höchstens sechs Monate müssten doch genügen, um festzustellen, ob ein Asylantrag zu Recht oder missbräuchlich gestellt worden ist. Liegt Missbrauch vor, darf es nicht als unziemliche Härte gelten, die abgelehnten Antragsteller umgehend zur Ausreise zu verpflichten – nicht zuletzt auch im Interesse der betroffenen Menschen selbst. Insbesondere jenen, die falschen Versprechungen von Schleppern aufgesessen sind, kann mit monatelanger Ungewissheit über ihr Schicksal nicht gedient sein. Je länger sie hier in Untätigkeit und Abhängigkeit leben, desto härter wird dann die notwendige Rückkehr und Umorientierung.

Aber auch differenziertere Lösungen als bisher, was die Chancen der Antragsteller auf dem deutschen Arbeitsmarkt angeht, halte ich für unerlässlich. Unter den Kriegsflüchtlingen und Asylbewerbern, beispielsweise aus Syrien, sind gut ausgebildete Menschen, Akademiker, Facharbeiter, Selbständige und andere Qualifizierte. Sie wären gegebenenfalls schneller und unbürokratischer in Arbeitsstellen zu vermitteln – angesichts des drohenden Fachkräftemangels in Deutschland ein Gewinn für beide Seiten.

> *Differenziertere Lösungen als bisher und bessere Chancen der Antragsteller auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind unerlässlich.*

Und diejenigen, die letztlich aus rein wirtschaftlichen Gründen versuchen, in Deutschland unterzukommen? Ich plädiere noch einmal für das, was ich bereits im HAUPTSTADTBRIEF 114 ausgeführt haben: Die beste und einzig wirkungsvolle Hilfe ist die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Heimatländern. Es wäre zukunftsweisend, wenn sich hierauf künftig sowohl die Strukturfonds der EU wie die Entwicklungshilfe konzentrieren würden. Denn nur indem wir helfen, die Ursachen von Migration zu verringern, reduzieren wir auch die Belastungen, die diese für unsere Gesellschaft – vor allem für die Kommunen und ihre Bürger – mit sich bringt.

Armutsmigration und wachsende Asylbewerberzahlen sind Munition für rechtsextreme Gruppen und Parteien. Sie werden als Rechtfertigung missbraucht, um ausländerfeindliche und nationalistische Parolen zu verbreiten und verstärkt Aufmerksamkeit und gegebenenfalls auch ein Interesse besorgter Bürger auf die

REUTERS/FABRIZIO BENSCH

Seit kurzem leben die ersten Asylbewerber in einer zum Wohnheim umgewidmeten stillgelegten Oberschule in Berlin-Hellersdorf. Dagegen gab es öffentliche Proteste.

Aktivitäten von Organisationen wie der NPD und Pro Deutschland zu leiten. Dies würde kaum gelingen, gäbe es nicht die tatsächliche Sorge von Menschen, die sich vor einem Umkippen ihres Nachbarschaftsquartiers fürchten oder erleben, dass der Handlungsspielraum ihrer Heimatkommune immer mehr durch externe Belastungen eingeschränkt wird. Dem darf nicht auch noch Vorschub geleistet werden. Von rechtsextremen Zurschaustellungen und ausländerfeindlichen Parolen wird nicht nur das politische Klima, sondern auch die Lebensqualität von Millionen Menschen migrantischer Herkunft beeinträchtigt, die gut integriert in unserer Gesellschaft leben und erfolgreich zu ihrem wirtschaftlichen und kulturellen Gedeihen beitragen. Und es beeinträchtigt auch die Chancen und die Situation derjenigen, die nach Deutschland kommen, weil ihre Freiheit und ihr Leben im Herkunftsland gefährdet sind – und die sich deshalb zu Recht an uns um Hilfe wenden.

Wer aber auf der anderen Seite die Probleme um Asylpolitik, Armutswanderung und Wirtschaftsflucht verschweigt, drückt sich um die Wahrheit. Wir müssen offen über diese Fragen debattieren. Die Rassismus-Keule, mit der jedem gedroht wird, der sich dieses Themas ohne Scheuklappen annimmt, gehört auf den Schutthaufen der Geschichte. Festzustellen, dass unsere Kommunen durch die Zahl von Asylbewerbern und Armutsmigranten in ihrem Zuständigkeitsbereich immer öfter überfordert und dabei allein gelassen sind oder zu kritisieren, dass organisierte kriminelle Banden aus dem Ausland Deutschland als ein bevorzugtes Operationsgebiet betrachten dürfen, hat mit Rassismus nicht das Geringste zu tun. Ich erinnere an das Wort des Gründers der deutschen politischen Arbeiterbewegung, Ferdinand Lassalle: „Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist“. ◆

hellweg.de

HELLWEG®

Die Profi-Baumärkte IDEEN MUSS MAN HABEN

Ab 20. September auch in Berlin-Kreuzberg • Yorckstraße 38-39

Bester Baumarkt 2011 • 2012 • 2013

DEUTSCHES INSTITUT FÜR SERVICE-QUALITÄT GmbH & Co. KG
1. PLATZ
Testsieger Baumärkte
Service
TEST Feb. 2011
Im Vergleich:
9 Baumarktketten
www.disq.de
Privatwirtschaftliches Institut

n-tv
DEUTSCHER SERVICEPREIS 2012
Kategorie Einzelhandel
Non-Food
Im Vergleich: 34 Unternehmen
Preisträger TOP 3
DISQ GmbH & Co. KG
www.disq.de

DEUTSCHES INSTITUT FÜR SERVICE-QUALITÄT GmbH & Co. KG
1. PLATZ
Testsieger Baumärkte
Service
TEST April 2013
Im Vergleich:
9 Baumarktketten
www.disq.de
Privatwirtschaftliches Institut

15x in und um Berlin, 1x auch in Ihrer Nähe!

PRIVAT

Irena Nalepa ist in der Kunstvermittlung und im Kunsthandel tätig. Sie war von 1984 bis 2010 Galeristin in Berlin. In den Jahren 1993 und 2004 würdigte sie Meret Oppenheim mit je einer Ausstellung. Für den HAUPTSTADTBRIEF hat sie die große Retrospektive der Werke Meret Oppenheims im Martin-Gropius-Bau besucht.

Von Träumen und gelebter Freiheit

Meret Oppenheim war mit ihrer Kreativität, die sich jeder stilistischen Einordnung entzog, eine der mutigsten und ungewöhnlichsten Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts | Von Irena Nalepa

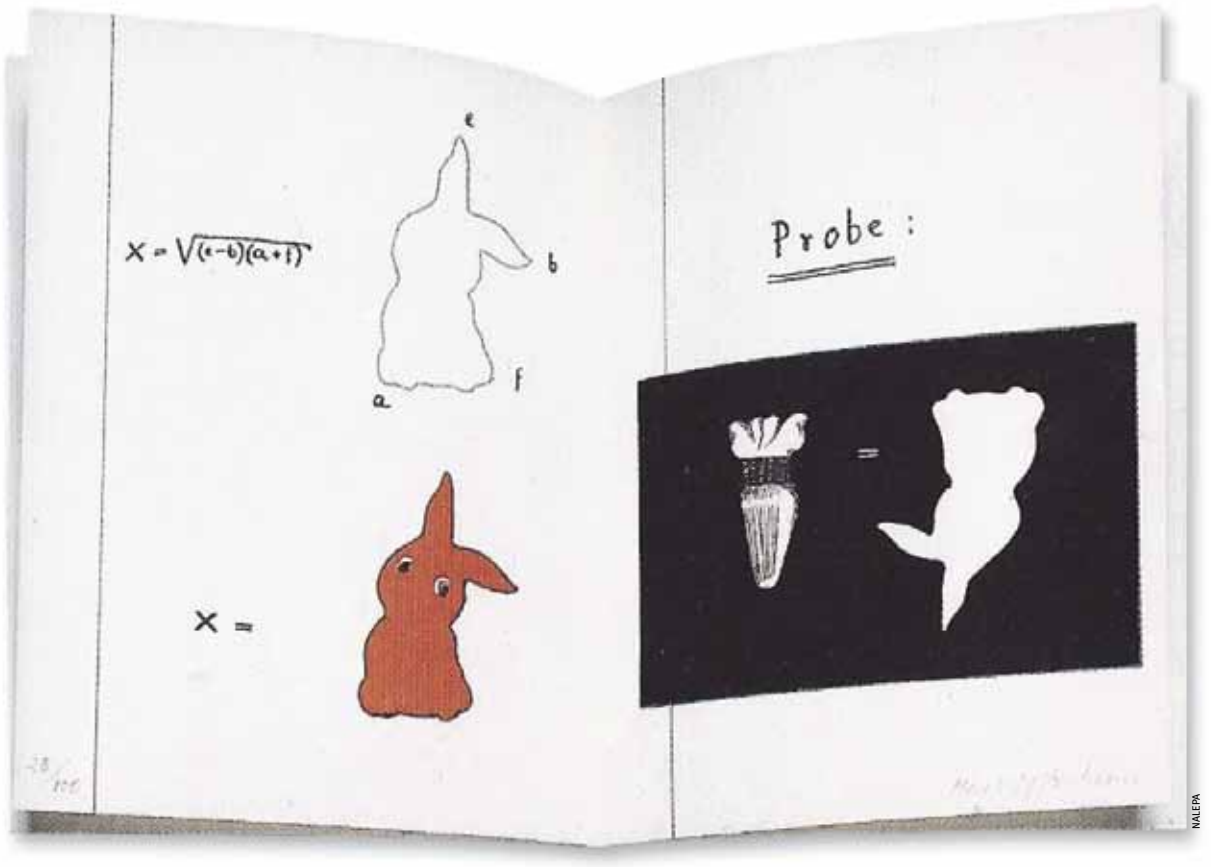
Erstmals ist Meret Oppenheim eine große Retrospektive in ihrer Geburtsstadt Berlin gewidmet. Voll neugieriger Erwartung auf ein Wieder-Entdecken betrete ich die Ausstellung im Martin-Gropius-Bau. Und gleich im ersten Ausstellungsraum der in acht beachtliche Themenräume untergliederten Schau stehe ich vor dem „Schulheft X = Hase“. Vor zwanzig Jahren in Basel begeisterte mich dieses – im Original leider verschollene – Werk zum ersten Mal, das 1973 als Farblithografie in einer limitierten Auflage von 100 Exemplaren herausgebracht worden war. Ich musste einfach eines erwerben. Es war der Beginn einer bis heute andauernden Faszination, die unter anderem dazu führte, das wir bei Schoen+Nalepa im Herbst 1993, anlässlich ihres 80. Geburtstags, eine Hommage à Meret Oppenheim zeigten – und die nun durch diese hervorragend kuratierte Ausstellung erneut bestätigt wird.

„Die Exponate zeugen von der Gabe Meret Oppenheims, sich selbst mit Hintersinn zu zitieren und von ihrer großen geistigen Unabhängigkeit.“

Bereits als Gymnasiastin vollzieht Meret Oppenheim den Schritt von der höheren Tochter zur Malerin. Sie zeichnet auf einer Doppelseite ihres Mathematikheftes auf der linken Seite das verblüffende Rechenexempel „ X = Hase“ und illustriert es auf der rechten Seite – eine assoziationsreiche Logik des Absurden. Schon diese erste Arbeit birgt ihre Nähe zum Surrealen und zeigt doch bereits nachdrücklich ihre gedankliche und künstlerische Eigenständigkeit.

Meret Oppenheim geht nach Paris. Sie ist jung, neugierig und von androgyner Schönheit. Die berühmten Aktfotos aus der Serie „Érotique voilée“ (Verschleierte Erotik), die Man Ray Anfang der 1930er-Jahre von ihr aufnimmt – und die heute neben Oppenheims berühmter Pelztasse zu den bedeutendsten Werken des Surrealismus zählen – machen Furore und Skandal. Meret Oppenheim findet rasch Aufnahme in den Kreis der bereits etablierten Surrealisten, die sich regelmäßig im Café de la Place Blanche treffen – Bestätigung für ihren von früh an freiheitswilligen Lebensstil. Sie pflegt Kontakt zu Alberto Giacometti, Hans Arp, Max Ernst, Marcel Duchamp, André Breton, Francis Picabia und Man Ray und es folgen Einladungen zu Surrealisten-Ausstellungen, in denen sie mit ihren Arbeiten Aufsehen erregt.

1936 wird in einer Ausstellung der Galerie Charles Ratton erstmals die berühmte Pelztasse gezeigt, ein mit chinesischem Gazellenfell bezogenes Früh-



NALEPA

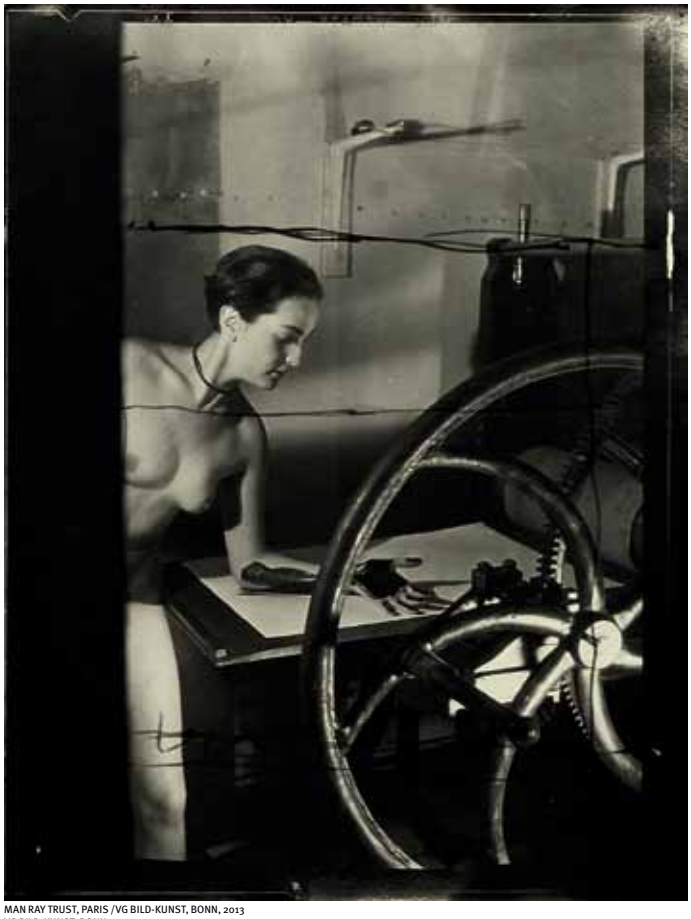
Wie alles begann: das Schulheft, in dem Meret Oppenheim noch als Schülerin die surrealistische Rechnung X = Hase aufstellte.

VG BILD-KUNST, BONN, 2013

Bierseidel mit Pelzschwanz als Griff: das Eichhörnchen von 1969.

stücksgedeck, von André Breton „Déjeuner en fourrure“ (Frühstück im Pelz) betitelt und für die recht bescheidene Summe von angeblich 250 Schweizer Franken von Alfred Barr, dem Gründungsdirektor des Museum of Modern Art, sofort angekauft.

Die Entstehungsgeschichte der Pelztasse belegt, wie sehr der spontane Impuls ein Merkmal von Oppenheims Kunst ist: Bei einem geselligen Zusammensein im Café de Flore mit Pablo Picasso und Dora Maar trägt sie einen von ihr selbst gefertigten, mit Pelz bezogenen Armreif. Picasso ist begeistert und macht die Bemerkung, dass man in ähnlicher Weise auch andere Dinge mit Fell verkleiden könne. Das gelte auch für die Tasse vor ihr auf dem Tisch, sagt Meret Oppenheim. Später sieht sie im Schaufenster eines Hauswarengeschäfts eine große Kaffeetasse, kauft sie und bezieht sie, zusammen mit einem Unterteller und einem Löffel, mit dem bei der Schmuckproduktion übriggebliebenen Fell …



MAN RAY TRUST, PARIS /VG BILD-KUNST, BONN, 2013
VG BILD-KUNST, BONN, 2013

Die frühe Berühmtheit und damit einhergehende einseitige Rezeption empfindet sie bald als Einengung. Auf stilistische Einheitlichkeit und Wiedererkennbarkeit legt sie keinen Wert. „Jeder Einfall wird geboren in seiner Form“, sagt sie. „Ich realisiere die Ideen, wie sie mir in den Kopf kommen. Man weiß nicht, woher die Einfälle einfallen; sie bringen ihre Form mit sich…“ Eben diese Uneinheitlichkeit und Vielseitigkeit ihres Werks wird tatsächlich erst viel später, vor allem durch Jean-Christophe Ammans intensive Werkanalyse in den 1980er-Jahren, als eigenständige künstlerische Qualität und als ein wesentliches Merkmal von Oppenheims Modernität erkannt.

Érotique voilee: 1934 posierte Meret Oppenheim für Man Rays spektakuläre Fotoserie „Verschleierte Erotik“ neben einer Kupferstichpresse.

Pelz, Holz und roter Nagellack: die Pelzhandschuhe von 1936.

ARCHIV CHRISTIANE MEYER-THOSS, FRANKFURT/MARGRIT BAUMANN

Sechs Wolken auf einer Brücke: Die Künstlerin 1977 mit ihrem Werk.

Sie malte und zeichnete, schuf Objekte und Collagen, entwarf Mode, Schmuck und Möbel, führte seit ihrem vierzehnten Lebensjahr ein Traumtagebuch und verfasste Gedichte. Nun also ist diese spielerische Genre- und Stilunbekümmertheit anhand von 200 Arbeiten aus allen Schaffensphasen im Martin-Gropius-Bau zu bestaunen. Die Ausstellung stellt die realisierten Werke den oft skizzenhaften Entwürfen gegenüber – Zeichnungen, die eilig ausgeführt wirken, als sei die Idee schneller gewesen als die Hand, korrespondieren mit extravaganten, phantasievollen Objekten. Ein Halsband aus kleinen Plastikknochen, Lederhandschuhe, auf denen gemalte Adern feine Verästelungen bilden, ein Tisch mit Krähenfüßen, Pelzhandschuhe, an deren Spitzen rotlackierte Nägel blitzen, ein Bierseidel mit einem Eichhörnchenschwanz. Sie alle zeugen von der Gabe Meret Oppenheims, sich selbst mit Hintersinn zu zitieren und von ihrer großen geistigen Unabhängigkeit.

Anlässlich ihrer Ehrung mit dem Kunstpreis der Stadt Basel 1975 konstatierte sie: „Die Freiheit wird einem nicht gegeben, man muss sie nehmen“. Davon sprach sie immer wieder – und war selbst lebender Beweis dafür, dass Künstlerinnen im gleichen Maß wie männliche Künstler vom Genius geküsst sein können. Und: “Ich möchte sogar fast sagen, dass das Geistig-Männliche in den Frauen noch gezwungen ist, eine Tarnkappe zu tragen. Warum wohl?“ Diese emanzipatorische, nonkonformistische Haltung, sowie ihre kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Festschreibungen und zugewiesenen Geschlechterrollen, ihre Selbstironie und ihr intelligenter Witz machten sie zu einer zentralen Identifikationsfigur für nachfolgende Generationen von Künstlerinnen und Künstlern.

In der Retrospektive wird begreiflich, dass es Meret Oppenheim überzeugend gelungen ist, tatsächlich so etwas wie einen eigenen Kosmos mit ihren Kunstformen zu schaffen. Das zeichnerische und skulpturale Element verbindet sich in ihrem Werk mit poetischen und metaphysischen Zügen zu einer Chronik ihrer künstlerischen und persönlichen Emanzipation. Meret Oppenheim sagte: „Es sind die Künstler, die träumen für die Gesellschaft“. Diese Ausstellung lädt verführerisch dazu ein – mit allem gebotenen Humor und Realitätssinn – mitzuträumen. ◆

Meret Oppenheim. Retrospektive. Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin. Bis 1. Dezember 2013. Mittwoch bis Montag 10 bis 19 Uhr, Dienstag geschlossen. Eintritt 10 Euro, ermäßigt 7 Euro, bis 16 Jahre Eintritt frei. www. gropiusbau.de

Kolja Kleeberg & Hans-Peter Wodarz

PALAZZO

Europas erfolgreichstes Gourmet-Theater

NEUE SHOW
Yevgeniy Voronin presents
»Der Ball des Grafen«
Special Guest Melanie Stace

★★★★★★

NEUES MENÜ
von Berlins beliebtem TV- und Sternekoch
Kolja Kleeberg

Kulinarik & Entertainment der Spitzenklasse

13. November 2013 bis 2. März 2014 in Berlin

Ticket-Hotline: 01806 - 388 883* - www.palazzo.org

*0,20 €/Anruf aus dem Festnetz, Mobilfunk max. 0,60 €/Anruf

Berliner Morgenpost
DAS IST BERLIN

Audi

Wall

SCHLOSSHOTEL IM GRUNEWALD
AlmaBerlin

Tel +49 030 89 58 40
www.almahotels.com